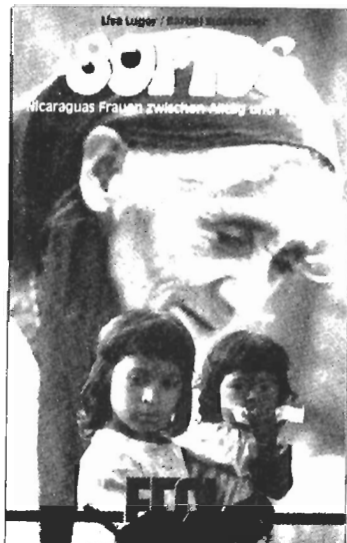


FUCL

FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /
Bärbel Sulzbacher

SOMOS — Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung

286 S. mit 40 Abb., DM 12,80

„**SOMOS**“ — „**Wir sind**“ ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem 'Lesebuch' informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den „machismos“
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

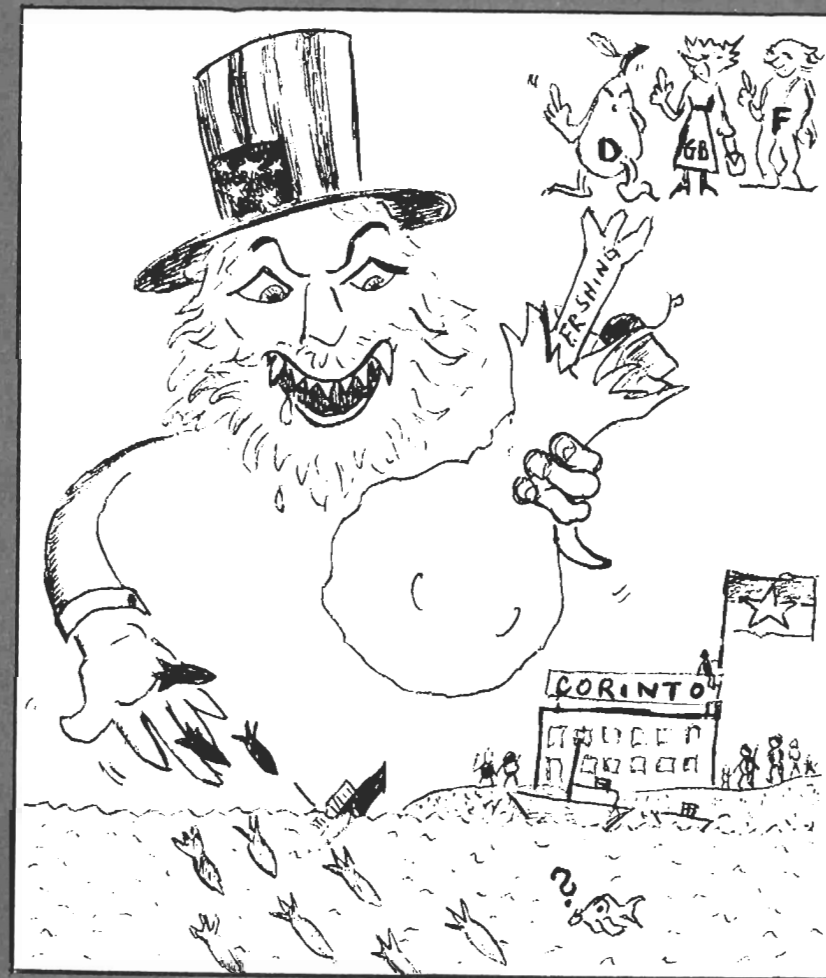
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 126

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: Vermunungsaktion — Terrorakt der USA — **CHILE:** Die Schrauben werden wieder angezogen — **URUGUAY:** Meinungsäußerung mit den Füßen trotz Repression — **ARGENTINIEN:** Der argentinische Wirtschaftsminister als Bankenschreck

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— NICARAGUA: Vermünungsaktion in Nicaragua — Terrorakt der USA	4
— EL SALVADOR: Präsidentschaftswahlen: Was folgt auf das Chaos?	16
— CHILE: Die Schrauben werden wieder angezogen	17
Mapuche Indianer werden bedroht	20
Y VA CAER!	23
Diakonin am Protesttag festgenommen	31
Wir bleiben hier!	32
— URUGUAY: Meinungsäußerung mit den Füßen trotz Repression	35
— ARGENTINIEN: Der argentinische Wirtschaftsminister	
als Bankenschreck	40
Brief der politischen Gefangenen von Villa Devoto	43
Die Organisation der ehemaligen politischen Gefangenen	45
— BRASILIEN: "Diretas já"	49
Interview mit Dalmo Dallari (2. Teil)	54
— KOLUMBIEN: Die kolumbianische Politik: Die Sterilität von Wahlen	58
Zusammenarbeit von Militär und	
paramilitärischen Gruppen	62
— BRD-CHILE: Chile im Bundestag	67
— SOLIDARITÄT: Gründung einer alternativen Stiftung	70
Aufruf	72
Frauenaktion gegen Schering	73
betr.: Kriegsgerichtsprozesse gegen Miristas	75
— REZENSIONEN: Selbst unter der Bitterkeit	76
Von einem der auszog, die Wahrheit zu finden... ..	78
— Eingegangene Bücher	79
— Zeitschriftenschau	80

Zu diesem Heft

Nicaraguas Häfen werden vom CIA vermint. Mit Hilfe der USA dringt die Contra weit ins Landesinnere ein. Den Internationalen Gerichtshof wollen sie erst gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Da zeigen sich sogar die SPD und die CDU besorgt, denn was schon jahrelang bekannt war, erregt immer dann ihr Interesse, wenn es sozusagen zu spät ist.

Das jüngste Beispiel für diese Sensibilität post festum ist Genschers Besuch in Argentinien. Dort hat er sich mit den Angehörigen der 71 Deutschen getroffen, die seit so vielen Jahren verschollen sind, daß die Peinlichkeit seines Auftritts durch nichts zu überbieten war.

In Chile werden drei Angehörige des MIR beschuldigt, auf den Bürgermeister von Santiago ein Attentat verübt zu haben. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt, das heißt, daß sie innerhalb eines Tages - höchstwahrscheinlich zum Tode - verurteilt werden können. Es gibt gegen solche Verfahren keine Rechtsmittel. Alles hängt an der internationalen Solidarität.

In Brasilien läuft die nationale Kampagne für die Direktwahlen des Präsidenten auf ihren vorläufigen Höhepunkt am 25. April zu. Diese in der Geschichte Brasiliens einmalige Massenmobilisierung brachte am Montag, den 16. April nochmals 1,3 Mio. Menschen auf die Straße. Unter diesem öffentlichen Druck und angesichts der Gefahr des Abbröckelns der Einheit der Regierungspartei hat der Präsident Figueiredo ein scheinbares Zugeständnis gemacht: Die Amtszeit seines Nachfolgers wurde von sechs auf vier Jahre verkürzt, und danach soll der Präsident direkt vom Volk gewählt werden.

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin West
Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. April 1984

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehrlinghof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

NICARAGUA

Verminungsaktion in Nicaragua – Terrorakt der USA

In den letzten zwei Monaten sind in Nicaraguas Gewässer acht Handelsschiffe aus verschiedenen Ländern beschädigt und zwei behelfsmäßige Minensuchboote versenkt worden. Die Verminung der Häfen Nicaraguas war bereits Anfang Januar von der von Honduras aus gegen die sandinistische Regierung operierenden, von den USA unterstützten, FDN angekündigt worden. Nicaragua hat seitdem ständig vor dem UN-Sicherheitsrat moniert. Jetzt hat sich die Anschuldigung Nicaraguas, CIA und US-Regierung seien maßgeblich an dieser Verminungsaktion beteiligt, offiziell bestätigt.

Aus Kongreß und Regierungsquellen in den USA war es zu erfahren: Zusammen mit vom CIA finanzierten antisandinistischen Guerillakämpfern haben CIA-Angehörige von CIA-eigenen Schnellbooten aus die Minen in Corinto und anderen Häfen gelegt. Bei den Minen handelt es sich angeblich um sog. akustische Minen, die kein Schiff versenken können und nicht die Häfen blockieren, sondern lediglich die Schifffahrt verunsichern sollen, um Nicaraguas Wirtschaft zu schädigen und so eine Unterstützung Nicaraguas an die Rebellen in El Salvador zu verhindern.

Die Nachricht über eine direkte Einmischung des CIA in Nic. wurde bekannt, als der US-Senat zusätzlich 21 Mio. US-Dollar für "verdeckte Operationen" des CIA gegen Nicaragua genehmigte. Hierbei ist der Geheimdienstschuß des Senats über die Verminungsoperation voll unterrichtet worden. Präsident Reagan hatte die Verminung auf Vorschlag seines Sicherheitsberaters Robert McFarlane und des Verteidigungsministeriums persönlich genehmigt. Die zuständigen Parlamentarier waren jedoch nicht unterrichtet worden.

Klage vor dem Internationalen Gerichtshof – wen kümmerts?

Nicaragua hat am 9.4.1984 beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen die verdeckten Maßnahmen der USA zur Destabilisierung Nicaraguas eingereicht und eine umfassende und öffentliche Untersuchung der von ihr gegen die USA vorgebrachten Vorwürfe gefordert.

Nicaraguas Außenminister D'Escoto erklärte, die Sandinistische Regierung verspreche sich von diesem Verfahren den Beweis, daß die Unterstützung der USA für die antisandinistischen Rebellen eindeutig das Völkerrecht verletze. Er beschuldigte erneut die USA, einen verdeckten Krieg gegen Nicaragua zu führen, der nichts anderes sei, als ein direkter Angriff auf die internationale Rechtsordnung, ein Versuch, internationales Verhalten auf ein "Steinzeit-Niveau" zurückzubringen, auf dem Macht gleich Recht ist.

Durch die Aktionen der von den USA unterstützen Contras seien Nicaragua große Schäden entstanden: Seit Ende des Jahres 1981 seien mehr als 1.300 Nicaraguaner getötet und materielle Schäden in Höhe von mehreren Hundert Mio. US-Dollar angerichtet worden. Nicaragua bat den Internationalen Gerichtshof, die USA aufzufordern, ihre Hilfe für die regierungsfeindlichen Kräfte sofort zu stoppen und Nicaragua Entschädigung zuzusprechen.

Bereits wenige Tage vorher hatte das US-Außenministerium vor der UNO mitgeteilt, daß die USA in den kommenden zwei Jahren Rechtsprechungen des Internationalen Gerichtshofes, die sich aus ihren Mittelamerika-Aktivitäten ergeben, nicht akzeptieren wird.

Als Begründung gab das US-Außenministerium bekannt, daß die USA verhindern wollen, daß Nicaragua den Internationalen Gerichtshof als Forum für eine Propagandakampagne benutzt. Ferner hieß es, die USA seien in einem Verfahren des Internationalen Gerichtshofes im Nachteil, weil Geheimhaltungsbestimmungen die Regierung daran hinderten, alle relevanten Dokumente zu veröffentlichen und Geheimdienstoperationen öffentlich zu diskutieren. Als weiteren Grund gab das US-Außenministerium an, die friedenspolitischen Aktivitäten der Contadora-Gruppe schützen zu wollen. Nur durch ihr Veto konnte die USA im UN-Sicherheitsrat eine Resolution verhindern, die die militärische Intervention in Nicaragua verurteilt.

Doch auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat wenig Macht. Er kann zwar Urteile sprechen, jedoch Strafen vollziehen kann er nicht. Obwohl die Richter von der UN-Generalversammlung und dem UN-Sicherheitsrat gewählt werden, wird der Internationale Gerichtshof und seine Rechtssprechung doch nicht von allen Mitgliedstaaten anerkannt. Frankreich z.B. hat sich im Zusammenhang mit seinen Atombombenversuchen im Pazifik nicht der Rechtsprechung gebeugt, sondern seine Zustimmungserklärung über die bindende Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes zurückgezogen. China hat bisher die Konzeption nicht akzeptiert. Die Sowjetunion fühlt sich nicht gebunden. Die USA hat unter Truman 1946 zwar die Statuten unterschrieben, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Zuständigkeit des Gerichtshofs da aufhört, wo die US-Rechtsprechung anfängt. Und, erst kürzlich hat gerade die USA den Internationalen Gerichtshof dazu benutzt, um gegen den Iran Stimmung zu machen.

Empörung und Entrüstung im Senat und Repräsentantenhaus

Die am 15. April bekanntgewordene direkte Beteiligung des CIA an der Verminung von Nicaraguas Häfen hat innen- und außenpolitisch eine Welle der Kritik bis hin zur erbosten Empörung ausgelöst.

In beiden Häusern des amerikanischen Kongresses wurden inzwischen mit überwältigender Mehrheit fast gleichlautende Resolutionen verabschiedet, die jegliche Beteiligung der USA an solchen Verminungen verurteilen und untersagen. Beide Resolutionen sind allerdings für den Präsidenten nicht bindend.

Demokraten und gemäßigte Republikaner fühlten sich übergangen und nicht informiert über die Aktionen des CIA. Sie zeigten sich verärgert über die Entscheidung ihrer Regierung, die nächsten zwei Jahre kein Urteil des Internationalen Gerichtshofes über die Mittelamerika-Politik der USA zu akzeptieren.

Der demokratische Präsident des Repräsentantenhauses O'Neill bekundete, daß der bisher verdeckte Krieg der USA gegen Nicaragua moralisch nicht zu verteidigen gewesen wäre, und nun auch juristisch nicht. Er verurteilte die Verminung als "schlimmste Form des Terrorismus".

Der Führer der Demokraten im Senat, Robert Byrd, beschuldigte die CIA sogar der "Gesetzlosigkeit". Die Senatoren seien sich der Rolle der USA nicht bewußt gewesen, als sie für die US-Hilfe an die Antisandinisten gestimmt hätten. Die negativen Äußerungen überschlugen sich. Senator Moynihan tritt sogar aus Protest von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstausschusses zurück.



Reagan vor dem US-Kongreß: Die Gefahr Nicaragua.

Doch die Entrüstung in Kongreß und Repräsentantenhaus erscheint unverständlich und unglaublich, angesichts der Politik, die die Senatoren besonders in Bezug auf die Konfliktlösung in Mittelamerika betreiben. Erst Anfang April hatte der US-Senat erneut 21 Mio.Dollar zur Unterstützung der gegen Nicaragua operierenden Kräfte bewilligt. Den Kongreßabgeordneten ging es bei ihrer Empörung wohl weniger um die Verminung an sich und um eine Schädigung Nicaraguas, sondern um die Wahllosigkeit der Ziele. "Wenn der CIA Froschmänner losschickte, um Minen an Schiffen anzubringen, die der salvadorischen Guerilla Nachschub liefern, würden wir das unterstützen. Die Unterstützung der Contra findet auch weiterhin Zustimmung." So ein republikanischer Senator.

So schleicht sich sehr leicht der Verdacht ein, daß die Verminungsoperation bei Senat und Repräsentantenhaus erst dann diesen lautstarken Protest und ein moralisches Gewissen auslöste, als das Problem öffentlich wurde, sprich: die Wähler davon Kenntnis erhielten. Nun will man sich schnell seine Hände in Unschuld waschen, hat von alledem nichts gewußt, CIA und Reagan werden als Buhmänner angeprangert.

Das Argument, Senat und Repräsentantenhaus seien nicht informiert

gewesen, zählt ebenfalls nicht. Seit spätestens Ende Februar war die Mehrheit der Kongreßmitglieder über die Minenaktion unterrichtet gewesen. So stellt sich die Frage nach der Aufmerksamkeit und der Ernsthaftigkeit, mit der die Senatoren ihr Amt und die Kontrollfunktion wahrnehmen.

Seit mehr als zwei Jahren klagt Nicaragua die USA bereits an, einen unerklärten Krieg gegen sein Land zu führen und die antisandinistischen Gruppen in Honduras massiv zu unterstützen. Seit dieser Zeit wurden im Repräsentantenhaus und im Senat immer wieder Gelder bewilligt, die zur Destabilisierung Nicaraguas oder zur Bekämpfung der Befreiungsbewegung in El Salvador eingesetzt werden sollten. Von massiven Protesten der Senatoren gegen diese völkerrechtsfeindliche Politik war in der Vergangenheit wenig zu hören. Im Gegenteil: Anscheinend ziemlich einhellig stimmten sie Reagans Argumentation und Mittelamerika-Politik zu.

Kissinger und Kirkpatrick: Verminung ist legal

Der frühere US-Außenminister und jetztige Vorsitzende der Regierungskommission für Mittelamerika, Henry Kissinger, und die amerikanische UNO-Botschafterin, Jeane Kirkpatrick, halten die Verminung von Häfen in Nicaragua mit amerikanischer Beteiligung für richtig.

In einem Interview mit der US-Fernsehanstalt ABC am 15.4. sagte Kissinger, er halte die Verminung für gerechtfertigt und betonte den ständigen Vorwurf der Regierung Reagans, Nicaragua unterstütze die revolutionären Bestrebungen in anderen mittelamerikanischen Staaten und stelle eine direkte Bedrohung für diese Länder dar. Weiter erklärte Kissinger, er halte die Anstrengungen der USA zur "Verhinderung einer kommunistischen Machtergreifung" in der Region nicht für ausreichend. Kissingers Kommission hat für die Bekämpfung revolutionärer Bewegungen in Mittelamerika wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA in Höhe von 8 Mrd. Dollar gefordert.

In derselben Sendung erklärte auch UNO-Botschafterin, Jeane Kirkpatrick, die Verminung als legal, da sich Nicaragua in einem Prozeß der bewaffneten Aggression gegen seine Nachbarländer befindet. Diese hätten somit das Recht, andere Länder zu Hilfe zu rufen, wie die Organisation der Ostkaribischen Staaten es (vor der Invasion Grenadas) getan haben. Amerikanische Truppen würden nur dann direkt in Mittelamerika eingreifen, wenn die vitalen Interessen unmittelbar bedroht wären. Das sei aber genau das, was die USA zu verhindern suchen. Wenn die amerikanische Regierung gegenwärtig keine umsichtigen Maßnahmen treffen würde, um den Ländern der Region zu helfen, sich zu verteidigen, würden sie sich in Kürze einer wirklich größeren Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit gegenübersehen. Mittelamerika und die Karibik seien zu nahe an der amerikanischen Grenze, als daß die Vereinigten Staaten der Krise in der Region den Rücken kehren könnten. -Soweit Jeane Kirkpatrick.

Internationale Reaktionen auf die Verminung

An internationalen Reaktionen auf die Verminung sind Proteste vornehmlich aus Mexiko, Großbritannien, Frankreich, Kanada und der UdSSR gekommen. Spontane Hilfe bei einer Entminungsaktion hat bisher lediglich Frankreich angeboten. Da Frankreich jedoch nicht im Alleingang tätig werden wollte, hat es die Regierungen Europas

und Mittelamerikas zur Stellungnahme aufgefordert. Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, so Frankreichs Außenminister, Claude Cheysson, haben lediglich ihre Ansichten ausgetauscht, eine gemeinsame Initiative sei nicht erwogen worden.

Die Contadora-Gruppe fühlt sich nicht zuständig. Das erklärte der kolumbianische Außenminister Lloreda auf die Anfrage Frankreichs. Die von Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama gebildete Gruppe, die sich seit über einem Jahr um eine friedliche Lösung der Mittelamerika-Konflikte bemüht, sei ein politisches und kein technisches Gremium, betonte der Minister. Die Verminung der Häfen sei ein Sicherheitsproblem mit wirtschaftlichen Auswirkungen für Nicaragua, doch sei dies nicht das einzige Problem Mittelamerikas. Trotzdem werde sich die Contadora-Gruppe bei ihrer nächsten Sitzung am 23. April mit diesem Thema befassen.

Hoher wirtschaftlicher Verlust durch Verminung

Rund 200.000 US-Dollar Verlust durch den Ausfall von Hafenbenutzungsgebühren sind Nicaragua nach offiziellen Angaben bislang durch die Verminung der wichtigsten Häfen des Landes entstanden. Besonders von der Verminung betroffen ist der Hafen Corinto, über den rund 80 % des Imports und Exports abgewickelt werden. Nach Angaben von Nicaraguas Handelsminister Dionisio Marengo sind mittlerweile sechs Handelsschiffe mit Trockenmilch, Butter, Maschinen und Ersatzteilen an Bord gezwungen worden, Ausweichhäfen in Costa Rica anzulaufen. Marengo sicherte einlaufenden Schiffen den Schutz Nicaraguas zu: Schiffe, die Nicaraguas Häfen anlaufen, sollen künftig mittels Schlepper durch die entminnten Gewässer gelotet werden.

Ein Minensuchboot für Nicaragua!!

Mittlerweile haben Kommandos von Marineeinheiten, Küstenpatrouillen und Fischern längs der nicaraguanischen Küsten mit Minensuchaktionen begonnen. Insgesamt 29 Minen sind bereits entschärft worden. Von Nicaraguas bedrohlicher Aufrüstung, permanenter Vorwurf seitens der USA, ist wenig zu spüren, wenn man sieht, mit welcher hilflosen und wahnwitzigen Methoden Nicaragua gegen die Verminung seiner Gewässer vorgeht: 128 kleine Fischerkutter der Pazifikfischfangflotte sind im Einsatz. Mit Netzen, durch schwere Eisenketten beschwert und Dynamitstäben gehen sie auf Minenfang. Zwei Kutter sind bereits außer Gefecht gesetzt und mindestens acht Besatzungsmitglieder verletzt worden.

Daß die durch die Verminung bedingte Behinderung des Imports und Exports direkte Auswirkungen auf Nicaraguas ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation hat, zeigen deutlich die wachsenden Schlangen vor den Supermärkten, die zunehmenden Klagen der Mütter wegen fehlender Trockenmilch. Es mangelt an allem, Medizin, Brot, Bohnen, Mais, Benzin, Ersatzteilen....

In den Häfen Nicaraguas stauen sich die beiden wichtigsten Exportgüter Nicaraguas: Kaffee und Baumwolle - beides leicht verderbliche Waren und aufgrund der schlechten Ernte dieses Jahr ohnehin knapp - und warten auf ihre Verschiffung.

Verminung eingestellt - doch der Kampf geht weiter

Obwohl offensichtlich die Verminung seit Ende März eingestellt wurde, ist Nicaragua gegenwärtig in die heftigsten Kämpfe mit antisandinistischen Gruppen verwickelt seit Beginn der militärischen Angriffe vor zwei Jahren. In den letzten Wochen sind nach Angaben von Nicaraguas Innenminister Tomás Borge 219 nicaraguanische Soldaten gefallen und 204 verletzt worden. Nicaraguas Generalstabschef Joaquín Cuadra spricht von mindestens 11.000 Contras, wovon rund 5.000 sich im Landesinneren, hauptsächlich im Norden befinden und über eine Luftbrücke aus Honduras versorgt werden. Der ganze Norden Nicaraguas befindet sich im Kriegszustand. Die Kämpfe finden hier in den Dep. Nueva Segovia, Matriz, Esteli, Matagalpa, Jinotega statt.



Die Meldungen über die Kämpfe sind sehr widersprüchlich und schwer überprüfbar. Während die Contras in Tegucigalpa und San José mit Erfolgen protzen, sind aus Managua nur spärliche Informationen zu erfahren.

So ist mittlerweile bekannt geworden, daß konterrevolutionäre Truppen der FDN im Norden damit begonnen hätten, Straßen im Grenzgebiet Nicaraguas zu Honduras zu verminen. Auf der Straße, die von Puerto Cabezas, einem wichtigen Hafen an der Karibikküste, zum Grenzort Waspan führt, sind bereits drei Militärlastwagen auf Minen aufgefahren. Inzwischen haben sich Contras auf dem Kilambé in Jinotega, dem höchsten Berg des Landes (1.700 m) eingenistet. Gegen die im dichten Wald verschanzten und durch einen Minengürtel zusätzlich geschützten Anti-Sandinisten kann nur per Luft vorgegangen werden. Vom Cerro Helado (Provinz Jinotega), aus Waslala (Prov. Matagalpa) und aus Quilalí (Prov. Nueva Segovia) werden Großattacken der Contras gemeldet, die von den Sandinisten nur mit knapper Not zurückgeschlagen werden konnten. Ende März wurde der Staudamm des Kraftwerkes bei der Mine von Bonanza zerstört. In Zelaya Norte sind Hinterhalte, Verschleppungen, Brückensprengungen und Stra-

Benverminungen an der Tagesordnung. Joaquin Cuadra, Nicaraguas Generalstabschef, erklärte, die Aktivitäten der Contras in dieser Gegend richteten sich u.a. gegen jene Bauern, die von der seit Dezember geltenden Amnestie Gebrauch gemacht haben und aus Honduras zu ihren Familien in Nicaragua zurückkehren durften. Vor allem jüngst Amnestierte, Milizsoldaten und in sandinistischen Massenorganisationen Aktive zählen zu den vorrangigsten Opfern.



Eden Pastora im Süden: Ende der Finanzschwierigkeiten

Auch aus dem Süden des Landes, den Dep. Rio San Juan und Zelaya Süd, werden erneut schwere Kämpfe gemeldet. Die von Costa Rica aus operierenden Kräfte der antisandinistischen ARDE unter Eden Pastora haben am 13.4. die nur 3 km von der Grenze zu Costa Rica entfernte kleine Hafenstadt San Juan del Norte eingenommen, mit dem Ziel, eine Gegenregierung auszurufen und internationale Beziehungen aufzunehmen. Bei der eingenommenen Stadt handelt es sich um ein unwegsames unerschlossenes Sumpfgebiet, das weder strategisch noch wirtschaftlich von Bedeutung ist. Die Bevölkerung dieses Gebietes ist schon im August letzten Jahres evakuiert worden. Vor Ort seien lediglich 75 sandinistische Soldaten zur Verteidigung zurückgeblieben. Zwischenzeitlich hat die sandinistische Armee das von den Contras eingenommene Gebiet wieder zurückgewinnen können. Eden Pastora und seine Mannen sind auf dem Seeweg nach Costa Rica zurück geflüchtet.

Daniel Ortega beschuldigte Costa Rica erneut, die antisandinistische ARDE zu unterstützen. Die Neutralität Costa Ricas bezeichnete er als Augenwischerei, denn Teile der Regierungsvertreter hätten Geld vom CIA erhalten, um die antisandinistischen Truppen mit logistischer Hilfe zu unterstützen.

Daß Pastora massive Waffenlieferungen von seiten der CIA erhalten hat, scheint sich durch den Absturz eines mit Waffen beladenen Flugzeuges zu bestätigen, das am 23. März im bergigen Dschungel-



gebiet etwa 24 km südlich der Grenze zu Nicaragua, einem Gebiet, das als Ausgangsbasis der antisandinistischen Gruppen bekannt ist, zerschellte. Unter den Toten seien offensichtlich vier Nordamerikaner gewesen. Der Vorfall war in der costaricanischen Presse erst zwei Wochen später gemeldet worden; obwohl Gerüchte über den Vorfall existierten, wußte die Regierung angeblich nichts davon. Bewohner dieser Gegend haben Journalisten von verdächtigen Nachtflügen in der Gegend seit mehreren Monaten berichtet.

Eden Pastora, der militärische Führer der ARDE, hat die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch den CIA verurteilt. Derartige Aktionen durch die USA seien geeignet, vom internen Charakter des Kampfes gegen die sandinistische Regierung abzulenken. Er unterstrich das Recht seiner Organisation zu solchen Aktionen. So habe ARDE Minen in den Häfen Corinto, El Bluff und am Südufer des Nicaragua-Sees gelegt.

Pastora hatte ständig bestritten, vom CIA Gelder erhalten zu haben. (Noch vor wenigen Monaten hatte er öffentlich erklärt, mangels Finanzmittel seinen Kampf aufgeben zu müssen.) Doch die Menschenrechtsvereinigung "Council on Hemispheric Affairs" (Rat für Angelegenheiten der Hemisphäre) in Washington hatte Hinweise erhalten, wonach ARDE über ausländische Kanäle Finanzmittel in Millionenhöhe erhalten haben soll. Laurence Birns, Wissenschaftler aus den USA und Direktor dieser Organisation, hatte am 18.3. im Rahmen einer Experten-Anhörung der Grünen in Bonn erklärt, daß er von Mitarbeitern des CIA erfahren habe, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung in den vergangenen Monaten CIA-Gelder an die von Eden Pastora geführte antisandinistische Guerilla-Organisation ARDE weitergeleitet habe. Eden Pastora habe die Gelder nicht direkt vom CIA annehmen wollen. Bei den Geldern soll es sich um eine Summe von etwa 1,5 Mio. Dollar gehandelt haben.

Im US-amerikanischen Nachrichtenmagazin "Time" vom 23.3.84 berichtet Jon Anderson, der den Angriff auf San Juan del Norte miterlebte, von einer unmittelbaren Beteiligung der US-Navy an den Kämpfen. ARDE verfügt über keinerlei entsprechende Kapazitäten, um auf dem Seeweg gegen Nicaragua vorzugehen. Ebenso seien 10 Tage vor dem Angriff auf San Juan del Norte 82 mm-Granatwerfer und Maschinengewehre des Kalibers 50 von einem C-47-Transportflugzeug US-amerikanischer Herkunft eingeflogen worden und nachts in zahlreichen Flügen Lebensmittel und Munitionen abgeworfen worden. Die Piloten seien ebenfalls US-Bürger. Die Flugzeuge starteten in San Salvador, wo auch die DC-3 abgehoben hatte, die am 23. März abgestürzt war.

Auch die nicaraguanische Nachrichtenagentur ANN berichtet, daß fast alle Waffen der ARDE US-amerikanischer Herkunft sind. Die Versorgungskisten tragen die Buchstaben "US", die Munitionskisten hätten die Aufschrift "Nato". Ein Großteil des Nachschubs für ARDE werde über die Landepiste des nahe der nicaraguanischen Grenze gelegenen Chamoritto de Cotris angeliefert.

Intervention hin - Wahlen her

Der aktive Part der USA in diesem Konflikt ist offensichtlich. Von allen Angriffen (national und international) unbeirrt geht die Reagan Administration weiter ihren Weg. - Doch mit für uns unklarem Ziel. Hat man noch vor einigen Tagen aufgetaucht als das Ende der Verminungsaktion bekannt wurde und auf eine Beruhigung der Lage in Mittelamerika gehofft, halten uns nun wieder die neuesten Schlagzeilen über die Großoffensive der Contras und die massive CIA-Beteiligung dabei in Atem. Die Spekulationen über eine mögliche Intervention der USA in Nicaragua gehen weiter:

- In Anbetracht der Wahlen in den USA im November 84 drängt Reagan die Zeit, eine Lösung des Mittelamerika-Konflikts vorweisen zu müssen. Eine Intervention müßte deshalb möglichst bald (innerhalb der nächsten zwei Monate) stattfinden, damit sich innenpolitisch wieder die Wogen glätten könnten.

- Eine Intervention der USA nach den Wahlen in Nicaragua (ebenfalls im November 84) ist schlecht möglich, denn wenn Nicaragua demokratische Wahlen durchgeführt hat, fällt eines der Hauptargumente Reagans (mangelnde Demokratie) weg.

- Doch eigentlich besteht für eine direkte militärische Intervention keine Notwendigkeit; denn die USA kann durch den Einsatz anderer, subtilerer Mittel - Drohgebährden, Verminung der Häfen, Sabotageakte, ständige Überfälle und Zerstörungen durch von den USA-gestützten Contras - die wirtschaftliche Situation Nicaraguas noch derart verschlechtern, daß Nicaragua gezwungen sein kann, seine Zugeständnisse für die Wahlen, z.B. Aufhebung des Ausnahmezustandes Anfang Mai, nicht einzulösen oder die Wahlen zu verschieben. Dies wiederum käme der Opposition gerade recht, ein willkommener Anlaß, die Wahlen zu boykottieren. Demokratische Öffnung und gleichzeitige totale Mobilisierung funktionieren nicht.

EL SALVADOR

Präsidentenwahlwahlen: Was folgt auf das Chaos?

Am 25. März dieses Jahres sind in El Salvador "die Wahlen im Chaos untergegangen" (So zwei Tage später die TAZ). In der Hauptstadt sprach der Sprecher des Wahlausschusses von einem völligen Durcheinander, US-amerikanische Beobachter meinten, der eigens aus ihrem Heimatland importierte Computer sei für die Salvadorianer zu kompliziert gewesen. Diese Ereignisse haben die Behörden jedoch nicht daran gehindert, ein amtliches Wahlergebnis vorzulegen. Danach fielen auf den Christdemokraten Duarte 43% der Stimmen, auf D'Abuisson von der rechtsextremen ARENA 29%. Sie treten am 6. Mai in einer Stichwahl gegeneinander an.

Trotz fehlender Stimmzettel und Urnen, trotz streikender Computer und mancherorts geschlossener Wahllokale, trotz der Tatsache, daß die Parteien der FDR/FMLN und damit die gesamte Opposition die Wahlen boykottierten, trotz Augenzeugen, die berichteten einzelne Parteien hätten die Wähler kontrolliert - trotzdem waren bundesrepublikanische, US-amerikanische und kanadische Beobachter mehrheitlich zufrieden und meinten, das Ganze sei halt ein bißchen chaotisch gewesen.

In die BRD zurückgekehrt, begrüßten die Herren der CDU (Scharrenbroich), der SPD (Herterich) und der FDP (Schäfer) die hohe Wahlbeteiligung und meinten, von Manipulation könne keine Rede sein. Die Grünen hatten auf einen Beobachter verzichtet, sie werteten das Wahlergebnis als reine Farce.

Lediglich die Beobachter der westdeutschen Solidaritätsbewegung äußerten grundsätzliche Zweifel. Die Vertreter von 'Terre des Hommes', 'Medico International' und der 'Christlichen Initiative El Salvador', Greinacher, Heldmann und Nell meinten, "daß die Wahlen den Anforderungen der salvadorianischen Verfassung nicht entspricht. Sie waren nicht allgemein, weil die Bewohner eines Fünftels des Staatsgebietes von den Wahlen ausgenommen worden sind. Sie waren nicht frei, weil viele Bürger aus Angst vor Repression zur Wahl gegangen sind und sie waren nicht geheim, weil die Stimmenabgabe in vielen Fällen kontrolliert werden konnte" (TAZ 31.3.).

Man kann aufgrund dieser Wahlen nichts über mögliche Trends und Präferenzen unter den Wählern aussagen. Die meisten Leute "wollten" wählen, ein großer Teil von ihnen aufgrund der Tatsache, daß wie bei den Wahlen vor zwei Jahren mit Sanktionen für diejenigen gedroht wurde, denen der Wahlstempel im Personalausweis fehlte. Wie groß die Anhängerschaft der Kandidaten in Wirklichkeit ist, läßt sich durch das Wahlergebnis nicht weiter präzisieren.

Vor den Wahlen gab es einige Großveranstaltungen der Kandidaten. Dabei konnte D'Abuisson zigtausende von Menschen um sich versammeln. Zu Duarte kamen sehr viel weniger. Daraus kann man aber nichts über die Anhängerschaft folgern. Wahrscheinlich ist es in El Salvador bereits gefährlich, offen für Duarte aufzutreten, denn D'Abuisson und seine Todesschwadronen nennen ihn einen Kommunisten und Freund der Guerilla!

Wir haben keinen Überblick darüber, wer wo den Wählern über die Schulter geschaut und sie zu einem bestimmten Kreuz bewogen hat. Da dies nicht selten der Fall war, steht fest.

Die Wahlen in den Augen der FMLN

Die FMLN/FDR hat die Wahlen für politisch unbedeutend erklärt, sich aber doch politisch und militärisch dazu verhalten. Sie hat zunächst einmal als Alternative zum Urnengang, der ohne ihre Beteiligung von vorneherein jeder Glaubwürdigkeit spottete, Verhandlungen vorgeschlagen und als Grundlage dafür das Projekt einer Übergangsregierung mit breiter Beteiligung vorgeschlagen (vgl. LN 124). Dieses Angebot wurde bis dato von allen, die darin angesprochen waren, ignoriert.

Dann gab die FMLN bekannt, sie würde die Wahlen nicht durch Aktionen behindern und die Bevölkerung auch nicht zum Boykott aufrufen, da ein solcher angesichts der Repression nicht durchhaltbar sei. Dem widersprachen eine Reihe von Äußerungen Anfang März, in denen es plötzlich hieß, man werde die Wahlen mit einer neuen Offensive begleiten und durch Aktionen stören. Die Widersprüchlichkeit solcher Äußerungen ist wohl darauf zurückzuführen, daß es in der FMLN unterschiedliche Positionen zu diesen Fragen gibt. Dies muß solange eine Vermutung bleiben, bis wir genauere Informationen haben. Wir haben letztlich kein klares Bild darüber, wie es dazu kam, daß die Wahlen dann doch von zahlreichen militanten Aktionen begleitet waren. Es wurden Hochspannungsmasten gesprengt und Straßen vermint. Die Zufahrtswege in die von der Guerilla kontrollierten Gebiete waren blockiert, sodaß die Urnen dort nicht hintransportiert werden konnten.

Die Guerilla war im Monat März in erster Linie mit dem Problem befaßt, daß im Rahmen der gemeinsamen Manöver von Honduras und den USA Usamerikanische Einheiten von Panama an die Grenze zwischen Honduras und El Salvador verlegt wurden. Da die FMLN den größten Teil dieser Grenze kontrolliert, mußte sie dies als eine direkte Bedrohung interpretieren. Sie hat aus diesem Anlaß eine Erklärung veröffentlicht, in der die Entschlossenheit zum Ausdruck kommt, notfalls auch gegen die USA zu kämpfen.

Die FMLN ist außerdem seit Anfang März mit einem schwierigen militärischen Problem beschäftigt. Seit diesem Zeitpunkt wurden in El Salvador Usamerikanische Aufklärungsflugzeuge eingesetzt, die mit Nachtsichtgeräten ausgestattet sind. Dadurch ist es möglich, die nächtlichen Truppenbewegungen der Guerilla genau zu kontrollieren. Die Verlegung der Kampfverbände bei Nacht, die der FMLN große Bewegungsmöglichkeiten verschafften, mußte ganz eingestellt werden.

Nach Ansicht der FDR/FMLN haben die Wahlen vom 25. März bewiesen, daß die USA mit diesem Manöver keinen Schritt weitergekommen sind. Vielmehr ist es jetzt noch klarer geworden, daß El Salvador nicht "demokratisch" zu regieren sei. Gewinne Duarte im zweiten Wahlgang, bedeute dies lediglich eine erhöhte Instabilität für das Land. D'Abuissou werde niemals zulassen, daß Duarte regiert, sondern alles versuchen, ihn so rasch wie möglich wegzuputschen. Die Guerilla hofft, daß angesichts einer solchen Pleite diejenigen im In- und Ausland ihren Druck auf die USA verschärfen, die in Verhandlungen die einzige Möglichkeit sehen, die Krise in Mittelamerika zu lindern. Dies seien vor allem die Kirche in El Salvador, sowie weite Kreise des Mittelstandes, die Länder der Contadora-Gruppe und die Sozialistische Internationale. Auch von der Demokratischen Partei in den USA und der dortigen Öffentlichkeit wird eine Reaktion in Richtung Verhandlungen erwartet.

... und die Perspektiven der USA

Auf einem Hearing, das die Grünen Mitte März zu Mittelamerika veranstaltet haben, meinten Experten, die Chancen für eine politische Lösung seien mehr denn je gesunken. Sie erklärten, die USA seien nicht einmal bereit, einem etwaigen Präsidenten Duarte Verhandlungen mit der FMLN zu gestatten. Von dieser verlangten sie vielmehr die absolute Kapitulation. Und das, obwohl die Guerilla stark ist und die Armee El Salvadors immer größere Schwächen zeigt.

Also wollen die USA eine militärische Lösung, entsprechend der Empfehlung der Kissingerkommission. Weshalb marschieren sie dann nicht ein und veranstalten auf Teufel komm raus diese Wahlen, die sie durchgeboxt haben, obwohl auch nicht der leiseste Schimmer eines demokratischen Scheingefechts aufrechterhalten werden konnte?

Bereits im Januar dieses Jahres hatte die Reaganadministration deutlich gemacht, daß sie auf einen vom Volkegewählten Präsidenten in El Salvador nicht verzichten würde. Damals hatten das Verteidigungs- und das Außenministerium von El Salvador in geheimen Gesprächen in Panama versucht, die Wahlen zu verschieben, weil sie fürchteten, diese könnten nicht "sicher und friedlich" abgehalten werden. Die FMLN hatte zu diesem Zeitpunkt eine der wichtigsten Brücken des Landes gesprengt und die von den USA gebaute Kaserne El Paraiso vorübergehend eingenommen. Die sinkende Schlagkraft der Armee und der Zerfall der Elitebataillone ließen die Militärs befürchten, während der Wahlen den Angriffen der Guerilla noch weniger gewachsen zu sein.

Reagan will das eigene Wahljahr wohl dazu benutzen, es allen ein bißchen recht zu machen. Denen, die ihn hart und unerbittlich wollen und denen, die erwarten, daß er weltweit demokratische Zustände schafft. Im Augenblick scheint er Vorbereitungen zu treffen, daß D'Abuissou die Wahl nicht gewinnt. Er wird in der Öffentlichkeit als Chef der Todesschwadronen vorgestellt. Damit ist er verantwortlich für den Mord an den vier nordamerikanischen Nonnen und an Bischof Romero.

Eine "demokratische" Regierung Duarte scheint Reagan im Moment zumindest nicht unwichtig zu sein. Sie bringt auch einige erwägenswerte Vorteile. Denn wenn sie von D'Abuissou weggeputscht würde, könnten die USA als Retter der Demokratie vor aller Welt gerechtfertigt in El Salvador einmarschieren. Würden sie durch die Stärke der Guerilla bedroht, würden sie den selben Anspruch geltend machen. Alles dies ist bisher Spekulation, denn einiges spricht dafür, daß D'Abuissou mit Hilfe seiner Todesschwadronen den zweiten Wahlgang ganz verhindern will. Auch das könnte ein Grund für die USA sein, mit den eigenen Truppen derartige Mißstände beseitigen zu wollen.

Die eigentlichen Fragen bleiben offen

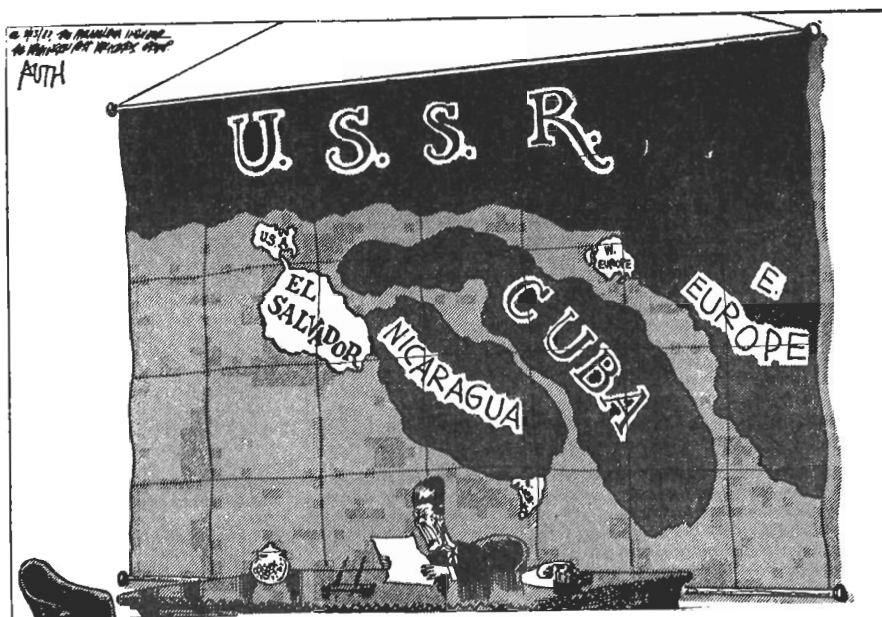
Viele rechnen inzwischen mit einer Invasion in Mittelamerika am Tag nach Reagans Wiederwahl. Und tatsächlich gibt es eine nicht endenwollende Kette von Argumenten, die für diese Möglichkeit sprechen. Wir haben sie hier und in anderen Artikeln der LN aufgezeigt. Eine gegensätzliche Beweisführung gibt es nicht, höchstens Einwände und Überlegungen, die dafür sprechen, daß die Würfel für ein derartig exaktes Timing noch nicht gefallen sind.

In den Reihen der Solidaritätskomitees hört man ebenso oft die These, daß die Stärke und praktische Unbesiegbarkeit der Guerilla zusammen mit der wachsenden Opposition in den USA gegen Reagan letztlich dazu führen könnten, daß es zu Verhandlungen kommt. Dafür spricht auch die in diesem Zusammenhang zitierte Studie der "Carnegie-Stiftung für Weltfrieden", die Mitte Februar veröffentlicht wurde. Dazu heißt es im Mittelamerika Informationsdienst Nr. 1 März 1984: "die USA (müssen) bei einer Invasion in El Salvador und in Nicaragua 61 000 Soldaten einsetzen und zwei bis fünftausend Tote und 19 000 Verletzte einkalkulieren. Die Kosten schätzt die renommierte nordamerikanische Stiftung bei einer Berechnung von 5 Jahren, die die Besatzungstruppen in der Region bleiben müßten auf 16 Milliarden Dollar."

Reagans Hin und Her, zwischen Wahlen und Truppenaufmärschen, Contadora und Kissinger-Kommission sind nichts Neues. Er will es noch ein Weilchen mit der Zermürbungstaktik versuchen und hat dabei die eigenen Truppen in der Hinterhand. Die jüngsten Ereignisse in Nicaragua haben erschreckend deutlich gemacht, daß damit unversehens sehr viel erreicht werden kann.

Es wird immer schwieriger einzuschätzen, wann und aufgrund welcher Tatsachen die Sandinisten und die FMLN nicht mehr standhalten können oder empfindliche Ver-

luste hinnehmen müssen. Wir haben uns angewöhnt, über die Gefahr einigermaßen abstrakt zu reden und die Stärke "unserer" Leute sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador sozusagen für unverrückbar zu halten. Solange der Fall, daß sie Schwäche zeigen könnten, gar nicht ins Blickfeld rückt, befindet sich die Debatte auf einer schiefen Bahn. Wir bekommen dann die Intervention der USA nur noch als den Tag X auf die Reihe, der einem Jüngsten Gericht gleicht, an dem alles verloren ist. Werden wir dann die Hände falten?



CHILE

Die Schrauben werden wieder angezogen

DOPPELSTRATEGIE

Ähnlich wie im August '83 versucht Pinochet mit einer Doppeltaktik von Zugeständnis einerseits, Härte andererseits die anhaltende Protestbewegung gegen sein Regime unter Kontrolle zu halten.

Während er im August zum 4. Protesttag die Hauptstadt Santiago von 18.000 Soldaten militärisch besetzen ließ, schien er mit der Ernennung des Innenministers Jarpa gleichzeitig eine kontrollierte Öffnung zu signalisieren; in der Tat bremste damals Jarpas "Dialogangebot" an die Demokratische Allianz die soziale Mobilisierung innerhalb der Mittelschichten für einige Wochen.

Gegenwärtig versucht Pinochet dieses Spiel offenbar zu wiederholen; die Ablösung der "Chicago-Boys" im Wirtschafts- und Finanzministerium durch weniger dogmatische "Praktiker" ist wohl als Zugeständnis an mittelständische Unternehmer zu deuten; ob mehr als Kosmetik daraus folgt, muß im Augenblick offen bleiben. Die harte Seite der Doppeltaktik allerdings ist sofort spürbar: Gefängnis, Verbannung, Zwangsexil, Zensur, KRIEGSGERICHT.



Manuel Almeyda, der 59-jährige Präsident des Movimiento Democrático Popular während seiner Rede auf dem Nationalkongreß des MDP.

Gezielter Unterdrückung ist das linke Parteienbündnis Demokratische Volksbewegung MDP ausgesetzt (es besteht aus Kommunisten, einem Flügel der Sozialisten und dem MIR). Ihr Präsident Manuel Almeyda war anschließend an dem ersten Kongreß der MDP im Februar in Haft genommen worden (vgl. LN 125), inzwischen wurde er zu zwei Jahren und 200 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einen Generalstreik gegen die Diktatur gefordert hatte; das Urteil, im Berufungsverfahren bestätigt, wurde zur Bewährung ausgesetzt, die Auflagen dafür bedeuten einen politischen Maulkorb.

Der Generalsekretär der MDP, Jaime Insunza (PC) und der ehemalige kommunistische Abgeordnete Leopoldo Ortega, Mitglied der chilenischen Menschenrechtskommission, wurden von Geheimdienstkommandos entführt, in der Nacht noch zum Flughafen gebracht, um am folgenden Tag ins Exil nach Brasilien ausgeflogen zu werden.

Daß es um das Eindämmen erkämpfter politischer Freiräume geht, ist offenkundig; denn den unerlaubten politischen Aktivitäten, mit denen Innenminister Jarpa die Ausweisung begründete, ging Insunza mindestens seit September '83 in aller Öffentlichkeit nach; am 1. April (!) publizierte sogar der großbürgerliche MERCURIO ein umfangreiches Interview mit ihm.

Auf der gleichen Linie liegt die Verbannung von 15 Regimegegnern für 90 Tage in entfernte Regionen des Landes unmittelbar nach dem Protesttag im März. Bei Amtsantritt Jarpas hatte es geheißsen, auf Verbannung und Exil solle verzichtet werden.

PRESSEZENSUR

Da auf die Schere im Kopf, sprich Selbstzensur, der "legal" arbeitenden chilenischen Journalisten in letzter Zeit immer weniger Verlaß war, galt für vier oppositionelle Zeitschriften im Umfeld des Protesttages im März wieder die Vorzensur (Análisis, Cauce, Forte, Mapuchin und Hoy); die Maßnahme, die bis in rechte Medien herbe Kritik herausforderte, ist anscheinend wieder aufgehoben, dafür wurde die letzte Ausgabe von Analisis (am 11. April) beschlagnahmt. Sie enthielt u.a. eine Umfrage, nach der inzwischen 75 o/o der Bevölkerung den Rücktritt Pinochets verlangten (eigentlich eine erstaunlich niedrige Zahl...). Den Herausgeber von Analisis, Cárdenas, erwartet darüber hinaus ein Gerichtsverfahren wegen einer früheren Veröffentlichung; gleichzeitig mit der Beschlagnahme der Zeitschrift wurde er vom Geheimdienst erneut verhaftet.

KONGRESS VERBOTEN

Der für Mitte April geplante Kongreß der im Nationalen Arbeiterkommando CNT zusammengeschlossenen Gewerkschaftsverbände ist kurzfristig verboten worden. Auf ihm sollte die Durchführung des seit einigen Wochen erwogenen Generalstreiks diskutiert werden.

Das faßt brennpunktartig die Entwicklung in Chile seit einem Jahr zusammen: Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Kupferarbeiter Mitte April 1983 beschlossen die Delegierten einen Streik für den 11. Mai; angesichts des um die Kupferminen entfaltenen Militäraufgebots verzichteten die Gewerkschafter auf Streik und riefen

zum 1. Nationalen Protesttag auf. Im April 1984, beim Kongreß der CNT, wären praktisch alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Chiles repräsentiert gewesen, das schien der Diktatur ein unnötiges Risiko. Sie zieht die Schrauben wieder fester an.

ASYL GEGEN KRIEGSGERICHT

Anfang April ließ die chilenische Regierung nach fast dreimonatigem Zögern die vier Mitglieder der linken revolutionären Bewegung MIR ausreisen, die am 16. Januar vor der Verfolgung durch den Geheimdienst CNI Zuflucht in der Nuntiatür von Santiago gesucht hatten (vgl. LN125) Die an sich positive Nachricht über die Ausreise der Asylanten hat allerdings eine schlimme Kehrseite: Sie bedeutet mit ziemlicher Sicherheit das Todesurteil für drei andere Mitglieder des MIR.

Zum Verständnis der Zusammenhänge muß an das Attentat erinnert werden, dem am 30. August '83 der Bürgermeister von Santiago, General a.D. Carol Urzúa, mit seinen beiden Leibwächtern zum Opfer fiel. Das Attentat wurde von der Regierung dem MIR zugeschrieben; einige der angeblichen Attentäter fielen Anfang September bei sogenannten bewaffneten Zusammenstößen mit dem CNI; gegen drei Männer - Jorge Palma, Carlos Araneda und Hugo Marchant -, die ebenfalls Anfang September verhaftet wurden, sollte im November ein KRIEGSGERICHTSPROZESS stattfinden. Dieses Verfahren - im Wortsinn ein kurzer Prozess - ist auf eine Sitzung beschränkt, die Rechte der Angeklagten sind über das unter der Diktatur normale Maß hinaus weiter beschränkt, nur einer der sieben richtenden Militärs muß juristisch qualifiziert sein und gegen das Urteil ist keinerlei Berufungsmöglichkeit gegeben.

Gegen die juristische Absurdität, in der gegenwärtigen Situation in Chile einen Prozess vor einem Militärgericht durchzuführen, riefen die Verteidiger im November das Oberste Gericht an.

Daß dieses Gericht sich überhaupt mit dem Fall befaßte, schien gegenüber seiner jahrelangen Praxis ein bemerkenswerter Schritt; daß es einstimmig den bereits angesetzten Kriegsgerichtsprozess suspendierte, wirkte als kleine Sensation: Nicht länger schien die chilenische Justiz der bedingungslose Komplize der Diktatur. Ehe das Gericht eine endgültige Entscheidung fällte, kamen die Gerichtsferien - und in dieser Phase suchten die vier Miristas Zuflucht in der Nuntiatür. Als der Nuntius sich um freies Geleit für die Ausreise der vier bemühte, erklärte die Regierung plötzlich, auch diese vier seien am Attentat gegen Urzúa beteiligt gewesen; eine ebenso überraschende wie unglaubliche Behauptung, da in dem bislang vorbereiteten Prozess von ihnen keine Rede gewesen war.

Pinochet steckte durchaus in einer Zwickmühle. Einerseits setzte sich der Papst selbst mehrfach für die Ausreise der Asylanten ein, auf der anderen Seite, so wird behauptet, drängten die Generäle darauf, die Ausreise zu verweigern. Am 28. März löste das Oberste Gericht Pinochets Dilemma: es entschied (mit 9 : 4 Stimmen) gegen die Stimme seines Vorsitzenden, ein Militärprozess unter Kriegsbedingungen sei zulässig. Tags darauf stimmte die Regierung der Ausreise der Asylanten zu. Daß es dabei um mehr als ein bloß zeitliches Zusammentreffen der Entscheidungen geht, läßt sich im Nebel offizieller Erklärungen gerade noch erkennen - so stehe laut Oberstem Gericht die Ausreise der vier einer Durchführung des Prozesses gegen die drei Hauptangeklagten nicht im Wege. Beiläufig dementiert der chilenische Außenminister den Diktator mit der Feststellung, Pinochet habe jederzeit die Möglichkeit gehabt über die Ausreise selbst zu entscheiden, während Pinochet beteuert hatte, die Entscheidung liege in den Händen der Justiz.

Mit diesem Arrangement, so ist zu fürchten, stehen die Todesurteile fest, die der Militäranwalt gegen Jorge Palma, Carlos Araneda und Hugo Marchant verlangt. Es sei denn, es gelingt durch internationale Kampagnen das Hau-Ruck-Verfahren des Kriegsgerichtsprozesses zu verhindern; aber selbst bei einem "ordentlichen" Prozess wäre für die drei angesichts der massiven Vorverurteilung seit ihrer Verhaftung im September das Schlimmste zu befürchten.

Mapuche Indianer werden bedroht!

Die Mapuche-Indianer im Süden Chiles haben eine lange kämpferische Tradition. 300 Jahre lang konnten sie sich gegenüber den spanischen Eroberern behaupten. Erst zum Ende des letzten Jahrhunderts wurden sie vom chilenischen Heer besiegt und auf 6 ha Land pro Familie in Reservaten zusammengedrängt. Seitdem gehören die Mapuche immer zu den ersten, die von der Repression betroffen sind, wie z.B. unter Videla oder nach dem Putsch 1973.

Seit Januar d. J. hat die Repression erneut an Brutalität zugenommen. Immer wieder hat es Überfälle der Chilenischen Antikommunistischen Aktion (ACHA) auf die Basisorganisation der Mapuche, Ad Mapu gegeben. ACHA ist eine der seit Ende vergangenen Jahres in der Öffentlichkeit erscheinenden rechtsradikalen Organisationen, die nach eigenen Angaben über 500 Mitglieder hat.

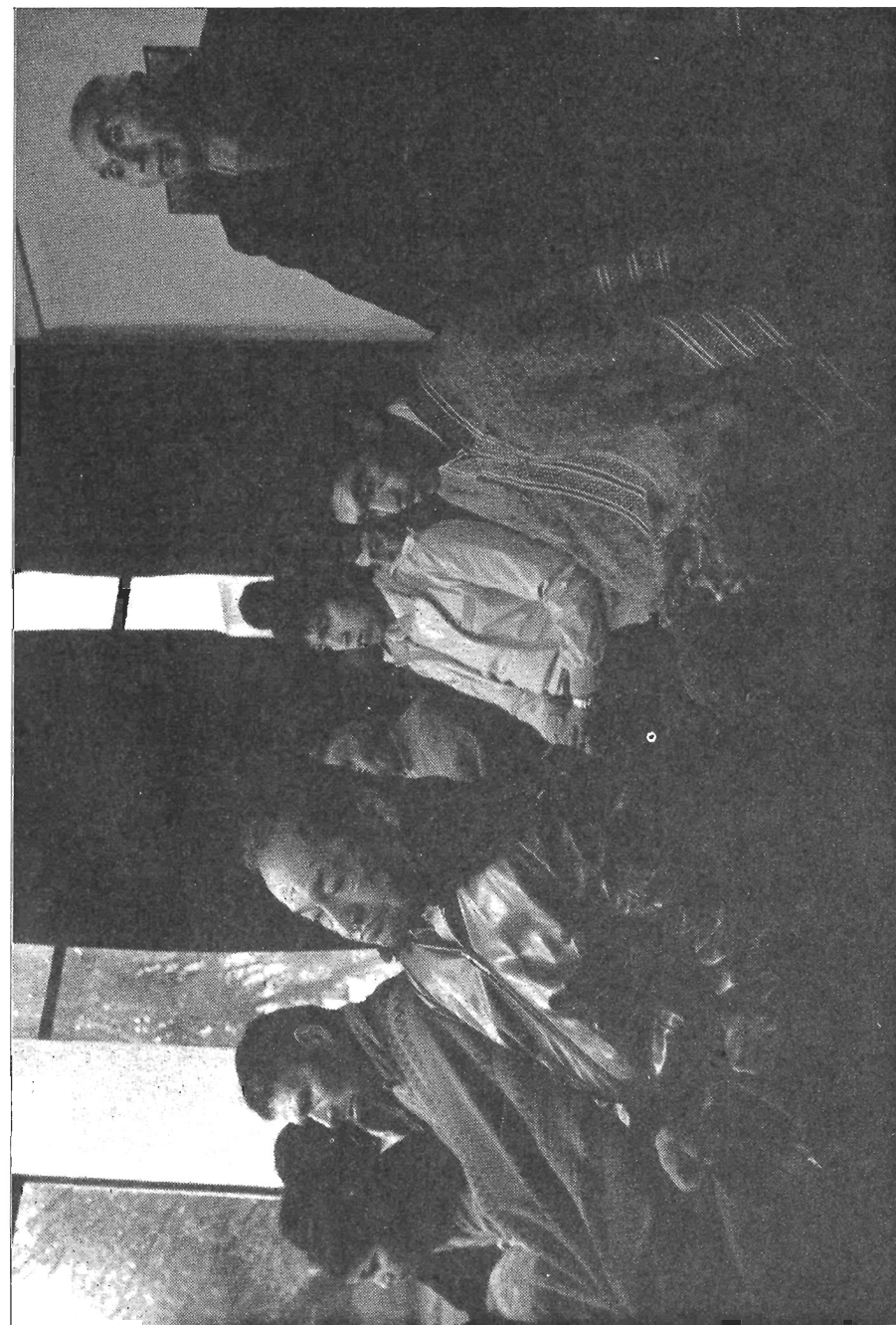
Ad Mapu gehört zu den Basisorganisationen des Widerstandes gegen die Militärdiktatur. In ihr sind die Mapuche-Indianer organisiert, die etwa 7% der chilenischen Bevölkerung stellen. Um Temuco sind jedoch 70% der Landbevölkerung Mapuche. Im folgenden drucken wir eine Erklärung von Ad Mapu anlässlich der jüngsten Ereignisse ab:

"Angesichts einer Reihe von Ereignissen, die in der letzten Zeit innerhalb der größten Mapuche-Organisation Ad Mapu geschehen sind, wenden wir uns mit der folgenden Erklärung an die nationale und internationale Öffentlichkeit:

1. Der 24-jährige Pädagogikstudent Manuel Melin Pehuen, aktives Mitglied der Organisation Ad Mapu, ist am 23. Januar morgens auf dem Weg von seinem Dorf südlich von Temuco zur Zentrale von Ad Mapu (Temuco), wo er um 10.00 Uhr erwartet wird. Er trifft nicht dort ein. Seine Leiche wird 4 Tage später etwa hundert Kilometer westlich von Temuco aufgefunden.
2. Der Ad Mapu-Vertreter Sergio Melina Curiqueo wird am 8. Februar morgens, ca. 11.30 Uhr in seinem Haus, nahe bei Temuco, von 4 Zivilisten überfallen, die sich unter dem Vorwand, sie seien Journalisten, Zutritt verschafft haben. Sie versuchen, ihn zu verhaften. Durch ein geschicktes Manöver gelingt es ihm, seinen Angreifern zu entkommen und nach Temuco zur Zentrale von Ad Mapu zu gelangen, um den Vorfall dort zu melden.
3. Am 11. Februar morgens liegt vor der Tür der Ad Mapu-Zentrale ein Kranz. Auf der Schleife steht: Manuel war der Erste, ACHA (Antikommunistische Chilenische Aktionseinheit) vergibt nicht.
4. Am Montag, den 13. Februar liegen im Briefkasten der Ad Mapu-Zentrale 21 Briefe an alle Mitglieder des Nationalen Führungsgremiums, die eine klare und deutliche Todesdrohung aussprechen.

Die Terrorgruppe ACHA erklärt sich in diesen Briefen noch einmal für den Tod von Manuel Melin verantwortlich.

5. In der Nacht des 1. Februar dringen drei Männer in Zivil in das Haus von German Hueche Pani ein, und schlagen ihn und seinen 16-jährigen, geistig-behin-



derten Sohn Roberto Hueche brutal zusammen. Dann werden die beiden zur Polizeistation in Temuco geschleppt und dort mehrere Stunden lang zu einem "Fall" verhört, vermisste Pferde in Freire (ca. 70 km von Temuco entfernt!) betreffend. Am nächsten Tag liefert man sie ins Gefängnis ein, aus dem sie nach 8 Tagen ohne Anklage oder Prozeß freigelassen werden.

Angesichts der soeben geschilderten Ereignisse müssen wir folgendes klarstellen:

- a) Die aufgeführten Vorfälle zeigen nur zu deutlich die tiefe Krise und immer offensichtlichere Schwäche der augenblicklichen Regierung. Angesichts der Forderungen des Volkes nach Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie antwortet sie einerseits mit jeder erdenklichen Repression und andererseits indem sie Gruppen zulässt, die alle möglichen Terrorakte gegen diejenigen begehen, die den sofortigen Regierungswechsel fordern.
- b) Wir machen die Vertreter der Regierung verantwortlich für alles, was dem bereits Geschehenen vergleichbar ist und für die sich daraus ergebenden Konsequenzen, falls sie bei ihrer kriminellen Vorgehensweise bleiben.
- c) Als Vertreter der rechtmäßigen Organisation der Mapuche, werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um das Verbrechen an Manuel Melin aufzuklären, und die Schuldigen an den Verbrechen gegen unsere Brüder vor Gericht zu stellen.
- d) Wir verdammen energisch diese feigen Aktionen und betonen gleichzeitig, daß diese und andere Methoden uns nie in unserem, jetzt schon 400 Jahre währenden Kampf des Mapuche-Volkes beirren können, der sich heute für die sofortige und endgültige Emanzipation einsetzt. Wir wiederholen für diejenigen, die zum Ziel haben, den von uns gewählten Weg zu versperren, daß keiner der regionalen und nationalen Vertreter von Ad Mapu angesichts der vorgefallenen Ereignisse zurücktreten wird.
- e) Die seit jeher erklärten Feinde der Mapuche möchten unser Volk am liebsten in 1000 Teile aufgesplittert sehen, um es zu schlagen und es endgültig auszulöschen. Um das zu erreichen, sind ihnen alle Mittel recht. Heute z.B. kommen sie uns damit, Ad Mapu sei eine politische Partei. Dazu haben wir ein für allemal zu sagen: Ad Mapu ist keine politische Partei, sondern eine Organisation, in der alle mitarbeiten, die sich für die Interessen unseres Volkes einsetzen. Dabei sind Partei, Religion und Weltanschauung Nebensache. Dieses Bewußtsein ist unserem Volk in Fleisch und Blut übergegangen. Darum wird niemand die Bewegung, die Ad Mapu in Gang gesetzt hat aufhalten können, weder mit Überfällen noch mit Drohungen noch mit Einschüchterungsversuchen. Unser Volk wird mit der Kraft der Massen antworten - vereint mit allen übrigen Unterdrückten, bis wir unsere Freiheit erobert haben."

Unterzeichnet von: José Santos Millao, Presidente Nacional
Rosamel Millaman R., Secretario General
Maria Traipe Avendano, Directora
Lorenzo Boroa Huaiquiu, Vice-Presidente Nacional

Quellen: taz, Chile-Arbeitskreis Tübingen, Ad MapuChile

Das Foto auf Seite 21 wurde auf einer Versammlung von Ad Mapu im Oktober 1982 aufgenommen

Y VA CAER!

REPORTAGE VOM PROTESTTAG AM 27. MÄRZ

Der Tag begann in angespannter Stille. Auf den breiten Ausfallstraßen Santiagos, wo sich sonst endlose Fahrzeugschlangen mühsam ihren Weg ins Zentrum und in die Industriegebiete bahnen, sah man am frühen Morgen des 27.3. Hunderte von Fußgängern am Straßenrand entlangziehen. Die Transportunternehmer Santiagos hatten - wohl mehr aus Furcht vor Anschlägen auf ihre Fahrzeuge als aus Überzeugung - rund 85% des öffentlichen Verkehrs suspendiert. Und die wenigen, die versuchten aus dem Protesttag ein Geschäft zu machen, fanden ihre Busse und Taxis nicht selten mit platten Reifen am Straßenrand, aufgehallen von in der Nacht ausgestreuten "Krähenfüßen".

Obwohl das öffentliche Leben der Hauptstadt auf diese Weise bereits am frühen Morgen lahmgelegt war, schien es mir und den Kollegen des "Fortín Mapocho" - einer vor kurzem wiedergegründeten Tageszeitung der Opposition - zu diesem Zeitpunkt noch zweifelhaft, ob der Protesttag den dringend nötigen erfolgreichen Ausgang nehmen würde.

Die Diktatur hatte in den letzten Tagen massiv versucht, die Bevölkerung so weit als möglich einzuschüchtern. Am Freitag war für das ganze Land der Ausnahmezustand verkündet worden und seit gestern herrschte ab 20.30 Uhr Ausgangssperre im Bereich der Hauptstadt. Anschläge auf Oppositionspolitiker, Razzien in den "poblaciones" und eine Reihe von Zensurmaßnahmen gegen die öffentliche Presse, die Montagnacht in der Beschlagnahmung von 20.000 Exemplaren der Zeitschrift "Cauce" und dem Zirkulationsverbot des "Fortín Mapocho" gipfelten, begleiteten die Kampagne der Regierung. Die Kommandos der Linken antworteten mit Anschlägen auf die Stromversorgung, die ab Freitag Nacht für Nacht zahlreiche Stadtteile in vollständiges Dunkel hüllten, und demonstrierten so die Bereitschaft der Volksorganisationen, sich der von der Diktatur provozierten Konfrontation zu stellen. Bis zum Dienstag aber wollte niemand einschätzen, inwieweit das Regime, das offenbar bereit war, sich unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel an der Macht zu halten, mit seinen Einschüchterungsversuchen bei der breiten Masse der Bevölkerung Erfolg gehabt hatte.

Fast schien es so, als hätte Pinochet, der der Linken nur wenige Tage zuvor ein Blutbad angedroht hatte, gesiegt. Nur die fast vollständige Abwesenheit der in ihren grauen Uniformen leicht erkennbaren Schüler, die sonst zwischen acht und halb neun die Straßen und Bushaltestellen bevölkern, deutete darauf hin, daß nahezu die gesamte Bevölkerung bereit war, zumindest passiv gegen die Diktatur zu demonstrieren. Ansonsten beherrschten die in Abständen von wenigen hundert Metern postierten Mannschaftswagen der Carabineros die Gegend. Weder in den Vierteln rund um die Avenida Grecia, sonst eine der Hochburgen des Protestes, noch im nahegelegenen Universitätsgelände war bis dahin ein Zeichen von Aktivität zu spüren. Carabineros hatten lange vor Vorlesungsbeginn die Zugänge zum Campus der "Universidad Pedagógica" und der "Católica" abgeriegelt und den einlaßbegehrenden Studenten den Zugang verweigert. Lediglich den Kunststudenten der "Universidad de Chile" gelang es, ein schnell angefertigtes Wandbild am Zaun ihres Campus' anzubringen. Die wenigen Studenten, die diskutierend in der Umgebung der Zentralbibliothek ausharrten, zeigten denn auch deutliche Spuren der Ratlosigkeit und Resignation angesichts der übermächtigen Präsenz der Staatsmacht.

Endlich gegen zehn Uhr erreichten uns die ersten Nachrichten spürbaren Protestes. Wieder einmal waren es die Bewohner von La Victoria, die als erste gegen das Regime auf die Straße gingen. Bereits am Morgen hatten sie ihr Viertel abgeriegelt und Manifestationen und Versammlungen organisiert. Die Polizei versuchte mit mehreren Hundertschaften, die Proteste aufzulösen, stieß aber auf den Widerstand der "pobladores", die sich mit Schleudern, Steinen und bloßen Händen zur Wehr setzten. Die Kämpfe dauerten mehrere Stunden, bis sich die Carabineros schließlich zurückzogen, ohne daß es ihnen gelungen war, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen, die zahlreiche Verletzte forderten, wurden mehrere Dutzend Demonstranten festgenommen, darunter auch der Priester des Viertels, Pater Pierre Dubois, der vergeblich versucht hatte, die Polizei davon abzuhalten, in das Viertel einzudringen.

Gegen Mittag entwickelten sich auch in den reicheren Vierteln Santiagos die ersten Aktivitäten. Rund 40 Mitglieder der "Kulturkoordination Santiago" blockierten für kurze Zeit die Kreuzung Av. Irrazaval - Vicuña Mackena durch ein geschickt inszeniertes Happening. Verkleidet als Karnevalszug stürmten sie die Kreuzung und sperrten sie mit einem kerosingetränkten Papierband ab, das sie später entzündeten. Im Schutz der Flammen entleerten sie mehrere Tonnen blutroter Farbe, so daß die Fahrzeuge, wenn überhaupt, die Kreuzung nur langsam und lange Spuren nach sich ziehend passieren konnten. Die nur wenig entfernt postierten Carabineros brauchten über eine Viertelstunde, um den Sinn dieser Aktion zu begreifen. Als sie sich schließlich mit einiger Verspätung auf die Demonstranten stürzten, flüchteten einige von ihnen in einen gerade passierenden Bus. Unglücklicherweise war der Fahrer von dem ungewöhnlichen Geschehen völlig konsterniert und blieb mitten auf der Kreuzung stehen, so daß es den Carabineros gelang, den Bus zu stürmen und mehrere Personen festzunehmen. Nach dieser trotz der Festnahmen gelungenen Aktion beeilten wir uns, ins Zentrum zu gelangen, wo für 12.00 Uhr weitere Kundgebungen angekündigt waren. Am Eingang des Paseo Ahumado - der Fußgängerzone, die die Alameda mit der Plaza de Armas verbindet - war noch kein Anzeichen der geplanten Aktion zu sehen. Der Paseo war bevölkert von zumeist gutgekleideten Passanten, die scheinbar lediglich ihren Geschäften nachgingen. Doch plötzlich wurden aus Passanten Demonstranten und wie auf ein verabredetes Zeichen erscholl aus Hunderten von Kehlen das mittlerweile berühmt gewordene "y va caer, y va caer". Die bereitstehenden Carabineros versuchten die Menge, die sich an den Straßenecken formierte, zu zerstreuen, aber kaum waren sie an einer Kreuzung angelangt, hallten ihnen von der nächsten Ecke die "asesino, asesino" - Rufe entgegen. Selbst die Wasserwerfer wirkten, von Springbrunnen, Bänken und Blumentöpfen behindert eher hilflos, da die zahlreichen Zeitungskioske genügend Schutz vor den Wasserstrahlen boten. Über 2 Stunden versuchte die Polizei - von einigen Festnahmen abgesehen - vergeblich, die "Ordnung" wiederherzustellen. Erst als sich die Kundgebung langsam selbst auflöste, konnten sie mit Mannschaftswagen und Wasserwerfern den Paseo besetzen.



Carabineros in der Fußgängerzone

Auf dem Weg zur "Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät" von wo weitere Demonstrationen gemeldet wurden, erreichte uns über "radio cooperativa" - dem Sender der Christdemokraten, der laufend Nachrichten über die Entwicklung des Protesttages in den übrigen Teilen des Landes brachte - die Nachricht, daß die Demonstrationen in Concepción den ersten Toten gefordert hatten. Während einer Kundgebung der Studenten vor dem Rektorat der Universität wurde der 26-jährige Ingenieurstudent Caupolicán Instroza Lama von einem Gummigeschoß so schwer in die Brust getroffen, daß er wenig später im Hospital verstarb.

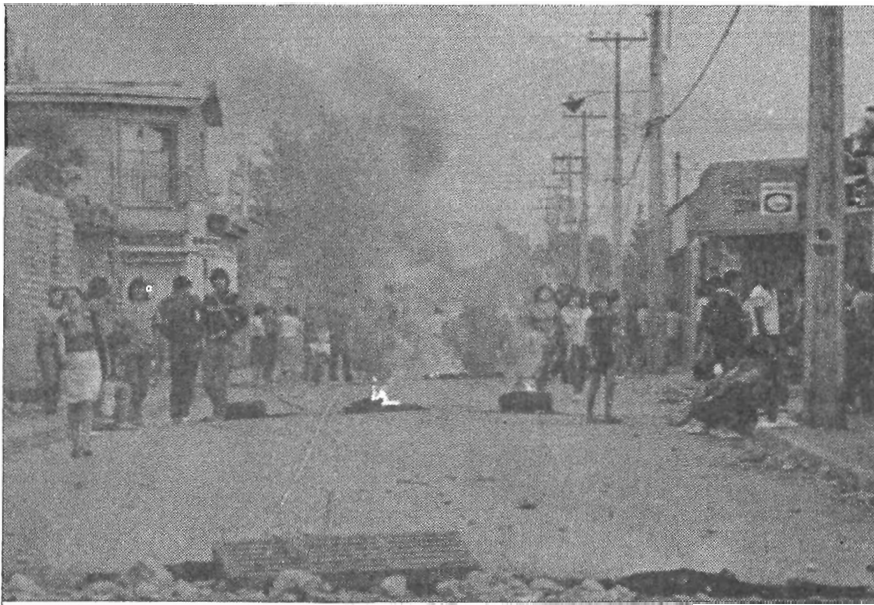
Auf dem Campus der Universität hatten Spezialeinheiten der Polizei über tausend Studenten, die sich zu einer Kundgebung versammelt hatten, eingeschlossen. Mit Tränengas und Gummigeschossen bombardierten sie die Studenten, die sich mit Steinen und Schleudern zur Wehr setzten. Bis zum Abend dauerte die Belagerung an, ehe die Studenten das Gelände wieder verlassen konnten.

Da es nicht möglich war, näher an das hermetisch abgeriegelte Gelände vorzudringen, entschlossen wir uns, über La Victoria nach La Legua zu fahren, wo der Priester des Viertels, Guido Peters, in der "Paroquia" eine Bleibe für neugierige Journalisten organisiert hatte. Unterwegs mußten wir mehrmals lange Umwege fahren, weil die Straßen durch Barrikaden und "Krähenfüße" blockiert waren. Ab vier Uhr nachmittags befand sich nahezu der gesamte Süden Santiagos in den Händen der Bevölkerung. Außer den Wagen der Radiostationen und der Presse waren nur noch wenige Busse und Taxis unterwegs, der übrige Verkehr war so gut wie erloschen. Überall am Horizont stiegen die dichten schwarzen Rauchschwaden brennender Autoreifen in den sich langsam rot färbenden Himmel.



Studenten beim Barrikadenbau

In La Victoria ist die gesamte "población" auf den Beinen und feiert vom Kleinkind bis zum Greis lautstark den Rückzug der Carabineros. Kurz nach unserer Ankunft formiert sich ein Demonstrationszug durch das Viertel, begleitet vom Rhythmus der gegeneinandergeschlagenen Töpfe. Ich frage einen der Demonstranten, dem der Haß und die Wut zehnjähriger Demütigungen und Erniedrigungen, Ausbeutung und Armut deutlich ins Gesicht geschrieben steht, wie sie sich verhalten werden, falls die Polizei zurückkehrt. "Wir werden uns zur Wehr setzen", antwortet er mit halb erstickter Stimme. "Wir wollen, daß das Regime stürzt. 10 Jahre - Ausnahmezustand, Ausgangssperre - wir haben genug von Folter, vom Exil, von den Gefängnissen, jetzt in diesem Augenblick sind viele unserer Gefährten verhaftet, in den Händen des CNI! Warum? Aus dem einzigen Grund, weil sie für ein freies Vaterland, für ein freies Chile protestiert haben! Sie behalten die Macht, warum, weil sie die Waffen haben, sie glauben sich stark deswegen und ermorden uns und unsere Kinder. Wir haben nur die Masse, das Volk um uns zu verteidigen. Aber sie kriegen langsam lange Gesichter und wir werden sie abschaffen, denn sie verkaufen das Land, das ihnen nicht gehört, sondern uns und unseren Kindern, deshalb kämpfen wir und mit der Vernunft und der Gewalt werden wir siegen."



Widerstand in La Victoria

Je länger die Demonstration dauert, desto mehr Menschen schließen sich ihr an und wer noch nicht oder nicht mehr in der Lage ist mitzumarschieren ruft vom Fenster oder von der Tür aus die Parolen gegen die Diktatur mit. Uns bleibt keine Zeit, das Ende der Kundgebung abzuwarten, wenn wir vor Beginn der Ausgangssperre La Legua erreichen wollen.

Lodernde Barrikaden, die wir nach einigen Erklärungen passieren dürfen, markieren den Eingang nach La Legua. Nicht nur die Kreuzungen sondern fast alle Straßen sind durch in kurzen Abständen aufgeschichtete Autoreifen blockiert. Auf meine Frage nach dem Sinn des Flammenmeeres antworten die meist noch jugendlichen, mit Schleudern und Molotow-Cocktails ausgerüsteten Wachposten: "Wir hatten einen

Toten hier, letztes Jahr. Sie kommen, werfen Tränengasbomben in die Häuser, schießen, um uns zu provozieren. Wir sind Menschen, und wir haben das Recht, uns zu verteidigen und wir haben genug von diesem Regime." "Wir wollen die Freiheit", wirft einer der wenigen Erwachsenen ein, "daß wir zu essen haben, daß unsere Kinder wie die anderen zur Schule gehen können, studieren können. Ich habe im PEM (Minimalbeschäftigungsprogramm der Regierung) gearbeitet. Wie soll ich die Ausbildung meiner Kinder bezahlen? 2.000 Pesos (DM 6,00) - das reicht ja noch nicht einmal, um zu essen. Sie haben mich entlassen, jetzt weiß ich nicht mehr wie es weitergehen soll." "Und", kommt ein Dritter, durch unsere Anwesenheit angelockt hinzu, "diese Barrikaden schaden keinem. Sie sind nur zu unserem Schutz da, und ein Symbol dafür, daß wir ein anderes Chile wollen!"

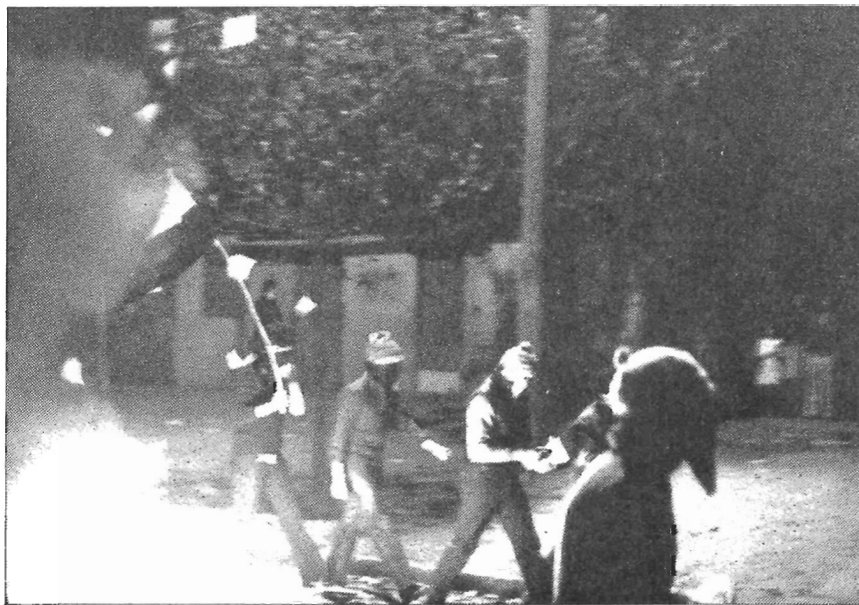
Mit einiger Mühe erreichen wir dann, begleitet von einer Horde kleiner Kinder, denen, obwohl kaum 5 oder 6 Jahre alt, bereits mühelos die Lieder der UP über die Lippen gehen, das Haus des Priesters. Von der Mauer, die seine kleine Kirche und sein Häuschen umfaßt, prangt in riesig - roten Lettern "La Legua marcha", deutlich sichtbares Zeichen von der Rolle der Kirche in diesen Vierteln Santiagos. Vor dem Haus des Priesters feiert eine kleine Menschenmenge ausgelassen den bisherigen Verlauf des Protesttages. Mit Musikinstrumenten und im Rhythmus gegeneinandergeschlagener Steine, die sie im nächsten Moment gegen einen die Bezirksgrenze passierenden Mannschaftswagen schleudern, begleiten sie ihre Gesänge und Parolen. Die kurzen, oft witzigen Parolen beweisen, daß der Einfallsreichtum und das politische Bewußtsein der "pobladores" in manchem weiter ist, als das vieler wohlstatuierter Politiker der Opposition, denen eine gelungene Metapher immer noch wichtiger erscheint, als eine öffentliche Aktion. Während in den Büros vieler oppositioneller Rechtsanwälte und Politiker noch immer das Für und Wider des sogenannten "via violenta" debattiert wird, ist hier in dem Ruf "Allende, Guevara - el pueblo se prepara" die Gegensätzlichkeit dieser beiden legendären Führer Lateinamerikas längst zu einer Einheit verschmolzen.



Nächtliches Töpfe-schlagen gegen die Diktatur



Die Kirche von La Legua



Demonstration nach der Ausgangssperre

Inzwischen ist der Pastor hinzugetreten, von allen Anwesenden stürmisch begrüßt, und bittet uns herein. Während er Kaffee kocht, schildert er mir in kurzen Zügen die Situation des Viertels. "Schau, hier in La Legua - und hier leben rund 35.000 Menschen - sind drei Viertel der Leute arbeitslos. Einige haben noch Arbeit im PEM, aber alle leiden sie Hunger, viele der Kinder sind unterernährt. Die Repression hier war in den letzten Monaten überaus brutal, und das nicht nur während der Protesttage, sondern die ganze Zeit. Vor allem an den Wochenenden gab es immer wieder Razzien und zahlreiche Bewohner wurden einfach von der Straße weg verhaftet. Das hat ein Klima der Angst geschaffen, aber der Hunger ist stärker und vor allem die Jüngeren haben die Angst verloren und sind bereit, zu kämpfen."

Mittlerweile ist es fast acht Uhr abends - eine halbe Stunde vor Beginn der Ausgangssperre und draußen beginnt das traditionelle Töpfeschlagen. Einer der "pobladores" versucht sich in einer kurzen Rede, in der er das Ende der Diktatur, die Auflösung des CNI, das Ende der Repression, Arbeit und Brot fordert, während einige maskierte Jugendliche Flugblätter und Broschüren an die Menge verteilen. Obwohl die brennenden Barrikaden und die verummten Gestalten der Szenerie etwas Gespenstisches verleihen, gleicht das Ganze eher einem fröhlichen Volksfest, als einer tödlich ersten Konfrontation. Selbst "tante Tute" die Verrückte des Viertels empfängt heute statt der sonst üblichen Schmähungen, aufmunternden Beifall, während sie immer wieder neue Sträucher für die Barrikaden heranschleppt. Auch hier formiert sich nach kurzer Zeit ein kleiner Demonstrationszug, der angeführt von roten und schwarz-roten Fahnen mit Hohnschlägen den Beginn der Ausgangssperre quittiert. Zumindest für heute hat das Regime die Kontrolle über das Volk verloren. Im Schutz von Molotow-Cocktails machen die Bewohner immer wieder die Runde durch ihr Viertel und bis weit in die Nacht hinein hallt das "toque de queda - hahaha" durch die engen Straßen, bis sich die Menge, müde geworden, langsam verläuft. Zurück bleiben einige Dutzend Wachposten, bereit die Bevölkerung bei einem Überfall der Carabineros, mit dem noch immer jederzeit zu rechnen ist, sofort zu mobilisieren.

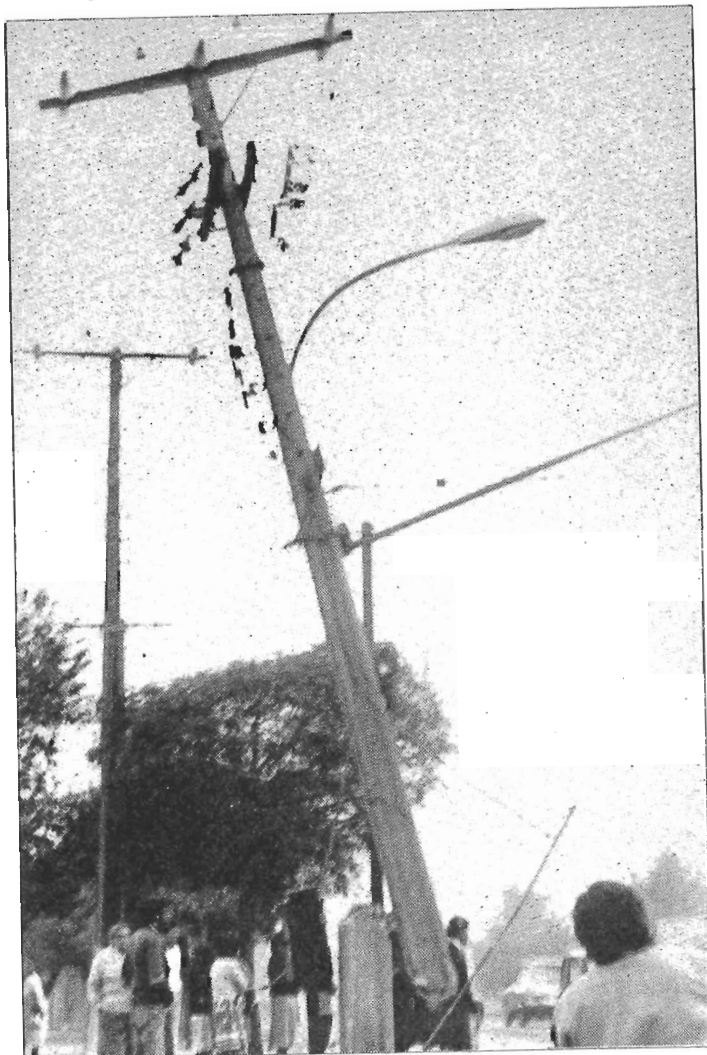
Auch wir ziehen uns in das Haus des Priesters zurück, um eine erste Bilanz des Tages zu versuchen. Kurz nach Mitternacht kommen über "radio cooperativa" die ersten zusammenfassenden Berichte aus den Provinzen und die Stellungnahmen der oppositionellen Organisationen. Wir erfahren, daß die Proteste zwar vorläufig 5 Todesopfer gefordert haben, aber daß das gesamte Land von Punta Arenas im äußersten Süden bis nach Arica an der Grenze zu Peru praktisch vollständig lahmgelegt war. Der Vorsitzende des "Commando Nacional de Trabajadores" dem Zusammenschluß der Gewerkschaften, Rodolfo Seguel, sagt, daß der Tag eher einem Generalstreik, als einem Protesttag geglichen habe; Valdes der Präsident der Demokratischen Allianz spricht von einer vollständigen Niederlage der Regierung angesichts des größten und einheitlichsten Protestes der letzten Jahre, und Jaime Insunza, der Generalsekretär des Movimiento Democrático Popular, deutet an, daß nun der Zeitpunkt des Generalstreiks in nahe Zukunft gerückt sei. Auch wir sind einer Meinung, daß der heutige Tag einen immensen Schritt in Richtung auf das baldige Ende der Diktatur bedeutet. Vor allem die geringe Anzahl der Todesopfer und die Tatsache, daß das Militär im Gegensatz zu den vorangegangenen Protesttagen in den Kasernen blieb, werten wir als Eingeständnis der Schwäche der Diktatur, die heute wohl endgültig die Offensive an die Opposition verloren hat.

Dann folgt die Erklärung "Seiner Exzellenz" General Pinochets, der die Stadt mit dem Hubschrauber überflogen hat und abgesehen von einer "población" nichts Außergewöhnliches bemerkt haben wollte. Auch die langatmige Erklärung von Innenminister Jarpa, der von einer vollständigen Niederlage der Extremisten spricht und dem Land eine erneute Ausgangssperre für den morgigen Tag ankündigt, zeugt von der Verunsicherung, die die heutigen Ereignisse bei den Herrschenden ausgelöst haben.

Dem Regime bleibt nur noch der Ausweg in die erneute brutale Repression, ein Weg, der aufgrund in- und ausländischer Reaktionen ebensowenig gangbar erscheint wie

eine politische Lösung, denn die letzten verbleibenden Brücken zwischen Diktatur und dem bürgerlichen Teil der Opposition sind heute wohl endgültig eingerissen worden.

Als wir La Legua im Morgengrauen verlassen, weht über dem kleinen Platz vor der Kirche, von dessen Bäumen langsam das Laub zu fallen beginnt, eine kleine schwarz-rote Fahne - weithin sichtbares Zeichen, daß nun auch in Chile der Herbst des Patriarchen angebrochen ist.



Kommandos der Linken sprengten in der Nacht zahlreiche Hochspannungsmasten. Die Folge: Stromausfall in vielen Vierteln Santiagos

Diakonin am Protesttag festgenommen

Die 26-jährige Diakonin der ev. Landeskirche Württemberg, Doris Stahl aus Schorndorf, wurde im Verlauf des Protesttages am 27.3.1984 von einer Einheit der chilenischen Carabinerie festgenommen und mehrere Stunden in einem nicht-identifizierten Fahrzeug der Polizei mißhandelt und sexuell genötigt.

Frau Stahl, die sich zur Zeit mit einem Stipendium des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten zu einem Studienaufenthalt in Chile befindet, war am 27.3. gegen 19.00 Uhr in Begleitung ihres Gefährten und eines chilenischen Bekannten auf dem Weg zur Wohnung einer befreundeten Familie im Stadtteil La Florida im Süden Santiagos, als sie angesichts einer brennenden Barrikade in eine Diskussion mit einer Gruppe von Manifestanten verwickelt wurde. In diesem Augenblick versuchte eine Einheit von Carabineros den Barrikadenbau zu unterbinden. Offenbar völlig überrascht von der mit Schlagstöcken gegen die Menschenansammlung vorgehenden Polizei, versuchte Frau Stahl den prügelnden Polizisten zu entkommen. Dabei erhielt sie einen Schlag auf den Hinterkopf und im Fallen einen weiteren auf den Rücken. Die benommen am Boden Liegende wurde daraufhin an den Haaren in den bereitstehenden Bus geschleppt und gezwungen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden des Mannschaftswagens zu legen.

Obwohl Frau Stahl mehrmals auf ihre Nationalität, ihre kirchliche Funktion und die Zufälligkeit ihrer Anwesenheit am Ort des Geschehens aufmerksam zu machen suchte, wurde ihr Begehren nach einer Unterredung mit dem Gruppenführer ignoriert. Den Hinweis auf ihren kirchlichen Auftrag quittierten die Carabineros mit Hohngelächter und der Bemerkung: "Kirche? Alles Kommunisten!"

Zusammen mit drei weiteren Festgenommenen wurde Frau Stahl mehrere Stunden im Bus durch Santiago gefahren. Die mit dem Gesicht nach unten, auf dem Boden des Busses Liegenden waren dabei ständig weiteren Mißhandlungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Darüberhinaus wurde Frau Stahl mehrmals von verschiedenen Polizisten sexuell belästigt, wobei ihr einer der Carabineros die Hose zerriß, um sich Zugang zu ihrem Geschlecht zu verschaffen.

Gegen Mitternacht begannen die Carabineros, die Festgenommenen in verschiedenen abgelegenen Gegenden Santiagos auszusetzen, was die Betroffenen, aufgrund der herrschenden Ausgangssperre und des Schießbefehls in eine lebensbedrohliche Situation brachte. Frau Stahl wurde als einzige zunächst weiter festgehalten. Der Gruppenführer zwang sie, unter dem Gelächter und den Beschimpfungen, ein Kleidungsstück nach dem anderen abzulegen, wobei sie jeweils gezwungen wurde, den schmalen Gang des Busses auf- und abzugehen, um den Carabineros erneut die Möglichkeit zu sexuellen Nötigungen zu geben.

Nachdem sie schließlich geraume Zeit völlig nackt den Übergriffen der Polizisten ausgesetzt war, erlaubte ihr der Gruppenführer letztlich, ihre Kleidungsstücke wieder überzuziehen und unter der Bemerkung "Du wirst die Nacht nicht überleben!" durfte sie den Bus verlassen. Sie befand sich im abgelegenen Stadtteil La Cisterna und versuchte mehrmals vergeblich die Anwohner auf ihre Situation aufmerksam zu machen, ehe es ihr gelang, bei einer hilfsbereiten Familie Unterkunft und Schutz vor den patrouillierenden Polizeieinheiten zu finden.

Am frühen Morgen begab sie sich, nachdem sie eine befreundete Familie aufgesucht hatte, mit schweren Prellungen und Blutergüssen, Schürfwunden und dem Verdacht auf Gehirnerschütterung in ärztliche Behandlung in die Deutsche Klinik, aus der sie nach ambulanter Behandlung wieder entlassen wurde.

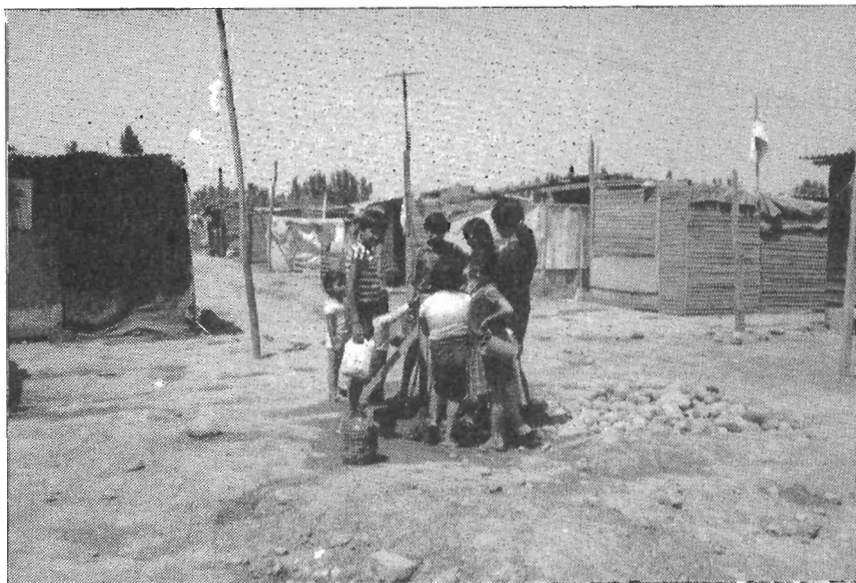
Nachdem sich ihr Gesundheitszustand wieder gebessert hatte, erstattete sie mit

Unterstützung der "Vicaria de Solidaridad" Anzeige gegen die Täter. Die Deutsche Botschaft Santiago legte bei der chilenischen Regierung förmlichen Protest ein, und erreichte immerhin, daß am darauffolgenden Dienstag ein Offizier der Carabinerie in der Botschaft erschien und sich bei Frau Stahl für die Vorkommnisse entschuldigte. Ob es allerdings gelingen wird, die Täter ausfindig zu machen und vor Gericht zu stellen, ist nach den Erfahrungen mit ähnlichen Vorkommnissen in der Vergangenheit mehr als zweifelhaft. Es ist zwar mit einer internen Untersuchung zu rechnen, aber eine öffentliche Anklage oder gar Verurteilung werden die Verantwortlichen wohl kaum zu erwarten haben. Da ist die Kameraderie der chilenischen Streitkräfte vor.

Wir bleiben hier!

Landbesetzungen in Chile (Teil 2)

Im Dezember 1983 berichteten wir über die beiden ersten grossen und erfolgreichen tomas (Landbesetzungen) der letzten 10 Jahre in Chile, die am 22. September 1983 stattfanden. Jetzt, ein halbes Jahr später, konnten wir bei einem Besuch in der toma "Raul Silva Henriquez" eine erste Zwischenbilanz ziehen.



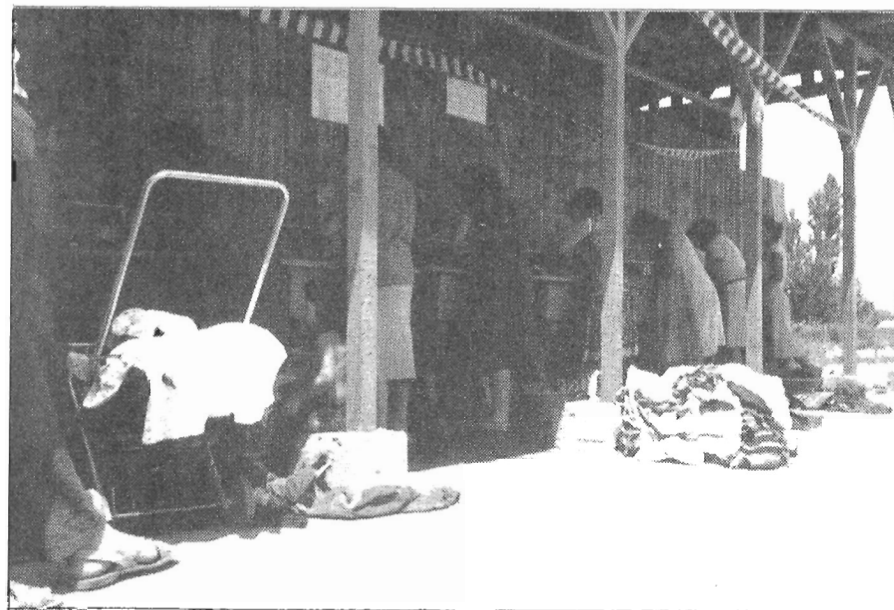
Wasserstelle

Sie haben es geschafft. Illegal, angefeindet und unter grössten Schwierigkeiten einerseits, andererseits mit viel Eigeninitiative und solidarischer Hilfe haben sie sich faktisch durchgestzt. Wer die Bilder der ersten Tage kennt, diese Hunderte von Plastikzelten und Holzverschlägen, ist erstaunt über die Fortschritte. 70 % der

insgesamt 19500 Bewohner haben feste Holzhütten, sog. mediaguas, die teilweise aus Resten und Abbruch hergestellt wurden, teilweise aus neuem Holz das meist über Spendenaktionen reingekommen ist.

An Problemen mangelt es nicht. Die Bewohner haben kein Geld, 80-90% von ihnen sind arbeitslos. Von den 6500 Kindern sind 800 unterernährt. Der Staat erkennt die toma nicht an, die Adresse ist also illegal. Die Kinder können in der Regel nicht an der ohnehin zu teuren Schule eingeschrieben werden. Auch die nächste zuständige Ambulanz des staatlichen Gesundheitsdienstes, die Poliklinik "San Rafael", lehnt die Behandlung der Bewohner ab, ohnehin ist sie dem Ansturm nicht gewachsen. Deshalb betreiben die Landbesetzer eine eigene kleine Ambulanz, die derzeit noch in einem Zelt untergebracht ist. Dort arbeiten freiwillig verschiedene Ärzte oder Medizinstudenten, die Medikamente sind gespendet. Mit Hilfe der auf der grossen Protestversammlung im Parque O'Higgins gesammelten Gelder konnten provisorische Wasserleitungen im Eigenbau verlegt werden und auch Strom hat man sich organisiert. Es gibt ein Waschhaus, öffentliche Duschen und Latrinen und eine Feuerwehr: d.h. ein paar Feuerlöscher, Eimer und eine Gruppe von Freiwilligen. Nicht nur dass die Gefahr eines Brandes immer besteht der bei der engen Bauweise rasch fatale Folgen hätte, auch könnte bei einem grösseren Feuer eine Räumung aus "Sicherheitsgründen" drohen. Der Bau einer Schule ist geplant, noch fehlen aber die Finanzmittel.

Der Zustand der Illegalität zwingt die Bewohner sich selbst zu organisieren und alles selbst in die Hand zu nehmen. Die toma ist in Sektoren unterteilt von je 200-300 Familien und jede Sektor schickt einen Delegierten ins "Zentrale Kommando", wo die Verwaltung geleitet wird. Zusätzlich gibt es noch Kommissionen, z.B. für Gesundheit, Ernährung, Häuser- und Strassenbau, "Polizei", eine kleine Zeitung und sogar einen Richter für Streitfälle.



Das Waschhaus

Das Gelände ist nicht gross, vielleicht 3 Fussballfelder, die Hütten stehen dicht an dicht gedrängt. Vor dem Eingang liegen Abfallhaufen: die städtische Müllabfuhr kommt nur unregelmässig. Am Tor wird man mit einem Besucherausweis versehen und darf sich umschauen. Man sieht fast nur junge Leute, und es wimmelt von Kindern. In jeder zweiten Hütte wird etwas verkauft, oder zumindest angeboten. Die Häuser sind nummeriert, die staubigen Lehmstrassen tragen Namen wie "Hoffnung" oder "Las grandes Alamedas" -wie die Hauptstrasse im Zentrum Santiagos. Der zentrale Platz heisst "Plaza de la Libertad", dort finden Versammlungen statt, und dort gibt es auch eine "Laube für Verliebte"...

Die Lateinamerikaner haben von ihrem Chile-Konto 1000 DM für den Bau einer neuen Poliklinik in der Toma "Raul Silva Henriquez" gespendet. Für den, der sich beteiligen mag hier die Kontonummer:

Elfriede Kohut
Sonderkonto "Hilfe für Chile"
Kontonummer 3800 87-108
Postscheckamt Berlin West



Auch die Händler haben sich inzwischen niedergelassen

URUGUAY

Meinungsäußerung mit den Füßen trotz Repression

Nichts demaskiert gründlicher die Behauptung autoritärer Regierungen, hinter ihnen stünde die schweigende Mehrheit als eine wirklich geräuschvolle Demonstration. Über eine Million Menschen sind im August in Uruguays Hauptstadt Montevideo auf die Straße gegangen, um ihre Feindschaft gegen das Regime des Generals Gregorio Alvarez deutlich zu machen. Am 27. November gab es wiederum eine Demonstration von mehreren Hunderttausenden, die die Rückkehr zur Demokratie forderten. "Armeeoffiziere wagen sich in Uniform nicht mehr auf die Straße", erzählte mir ein Taxifahrer, "weil sie fürchten, daß man sie anspricht." Obwohl die Situation vielleicht Erinnerungen weckt an das, was in Chile geschieht, sollte man den Vergleich nicht zu weit treiben. Uruguay ist ein Sonderfall unter den lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Die Armee hat es immer vorgezogen, nicht im Rampenlicht zu stehen, sie hat die Zügel der Macht zwar fest in der Hand behalten, das mühselige Alltagsgeschäft des Regierens jedoch den Zivilisten überlassen. Heute ist die Armee, über 10 Jahre nach dem Staatsstreich, der sie an die Macht brachte, sowohl politisch als auch wirtschaftlich am Ende.

Der Druck, den das Militär ausübte, und der schließlich zur Auflösung des Parlaments im Juni 1973 führte, stieß auf keinen nennenswerten Widerstand seitens der offiziellen politischen Parteien. Zumindest aus taktischen Gründen wurde er von relevanten Teilen der Bevölkerung begrüßt, die verschreckt waren von der Gewalttätigkeit der Tupamaro-Guerilla. Offene Unterstützung der Besitzenden, die durch den Linksruck bei den Wahlen von 1971 alarmiert waren, und grünes Licht aus Washington taten ein Übriges. Aber die Generale waren nicht gewillt, dem Land eine neue Ordnung aufzuzwingen. Als Präsident Juan Maria Bordaberry 1976 die politischen Parteien durch "Meinungsströmungen" ersetzen und das Parlament in eine ausschließlich verwaltende Institution verwandeln wollte, entließen ihn die Generäle und betonten ihre Bindung an "die demokratischen Traditionen Uruguays".

1977 entwickelten sie Pläne für "eine schrittweise Institutionalisierung". Das bedeutete vor allem die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, über die in einem Referendum 1980 abgestimmt wurde. 1981 sollten wahlen mit einem einzigen, von den politischen Parteien in Übereinstimmung mit der Armee vorgeschlagenen Kandidaten stattfinden; 1986 freie Wahlen mit mehreren Kandidaten.

Die vom Staatsrat und der Militärjunta entworfene Verfassung ließ jedoch keinen Zweifel an den eigentlichen Absichten der Generäle.

Die "wahrhaftige" Demokratie, die sie ankündigten, sollte unter militärischer Aufsicht bleiben. Eines der wichtigsten Exekutivorgane sollte der Nationale Sicherheitsrat (Cosená) werden, bestehend aus dem Präsidenten und den drei militärischen Oberbefehlshabern; sie sollten die letzte Entscheidung in Fragen der nationalen Sicherheit haben. Sie wollten freie Hand, um hinter demokratischer Fassade das Land zu regieren.

Aber man hatte nicht mit dem uruguayischen Volk und seiner langen demokratischen Tradition gerechnet: trotz eines Klimas von Terror und massiver Propaganda für die neue Verfassung stimmten 57% der Wahlberechtigten dagegen. Die Militärs versuchten es aufs Neue.

General Alvarez veröffentlichte einen Drei-Stufen-Plan: 1982 wurde zum "Jahr der politischen Parteien" erklärt, 1983 sollte das "Jahr der Verfassung" werden und 1984 das "Jahr der allgemeinen Wahlen" mit Rückkehr zur Zivilregierung im März 1985.

Tatsächlich hatten die Militärs die Hoffnung nicht aufgegeben. Doch sie brauchten Verbündete. Selbstverständlich wandten sie sich an die konservativen politischen Kräfte. Nach dem Gesetz vom Juni 1982 waren die einzigen genehmigten Bewegungen die beiden traditionellen Parteien, die Colorados und die Blancos (die Nationalpartei) und die Bürgerunion, eine Partei, die sich von den Christdemokraten abgespalten hatte, als diese mit der Linken in der Frente Amplio zusammenarbeitete. Die Christdemokraten und die gesamte Linke blieben verboten.

Darüberhinaus duldete die neue Gesetzgebung keine Parteien, deren "Name, Ideologie und Prinzipien auf eine direkte oder indirekte Verbindung mit ausländischen Parteien hindeutete." Diese Klausel zielte speziell auf die Kommunisten, konnte aber auch gegen die Sozialisten angewandt werden.

Aber die Armee machte einen schweren Fehler, als sie die Wähler aufforderte, Mitglieder der drei zugelassenen Parteien zu nominieren - im Glauben, die weniger radikalen Kandidaten würden gewählt werden. Stattdessen kamen die Gegner des Militärregimes in Colorados und Blancos voll zum Zug, die Bürgerunion erhielt nur einen winzigen Teil der abgegebenen Stimmen. Beinahe 7% der Wähler ließen ihre Stimmzettel leer, mehrere linke Gruppen hatten dazu aufgefordert.

Gespräche über eine Reformierung der Verfassung kamen schließlich letztes Jahr im Mai in Gang. Sie fanden in einer Atmosphäre erregter Spannung zwischen Armee und den Delegierten der drei Parteien statt. Die Generäle drängten auf die Priorität von Sicherheit vor der Freiheit und wollten das Recht behalten, die Oberbefehlshaber und höheren Militärs zu nominieren. Der Präsident, nach der Verfassung von 1976 Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sollte sich mit der Rolle des "strategischen politischen Führers" zufriedengeben.

Am 5. Juli beschlossen die Führer von Colorados und Blancos gemeinsam mit den Repräsentanten der Bürgerunion den Abbruch der Verhandlungen "wegen der unnachgiebigen Haltung der Armeeoffiziere".

Diese ihrerseits reagierten prompt und gaben bekannt, sie würden eine neue Verfassung erzwingen, falls die politischen Parteien nicht nachgäben. Am 2. August wurde jede politische Aktivität untersagt und Parteiführer, die sich "unrechtmäßigen Verhaltens" befleißigten, mußten damit rechnen, ihrer politischen Rechte beraubt zu werden. Die gesamte Presse wurde einer strengen Zensur unterworfen.

Aber die Situation innerhalb der Armee war alles andere als klar. Es gab anscheinend zwei gegeneinander opponierende Gruppen von Offizieren. Die eine von ihnen, angeführt von General Alvarez, war für die Erhaltung des status quo bis 1987; die andere, die einen schnellen Kompromiß mit den politischen Parteien erzwingen wollte, bestand aus Generalen der Luftwaffe und Marine, sowie dem Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, General Boscan Hontou. Die gemäßigten Kräfte hatten offenbar großen Einfluß. So mußte Alvarez, obwohl es ihm gelang, politische Aktivitäten zu unterbinden, akzeptieren, daß der Zeitplan von 1981 unverändert bestehen blieb.

Ein Faktor der für die kompromißbereiten Offiziere ins Gewicht fällt, ist die sich rapide verschlechternde ökonomische Situation. auf diesem Gebiet hat die Armee total versagt. Offiziellen Statistiken zufolge ist die Arbeitslosenquote bei etwa 15%. Sinkende Produktivität ging einher mit der Zerrüttung der Staatsfinanzen und sich rapide verringernden Finanzreserven. 1982 war Uruguay gezwungen, Goldreserven im Wert von 214 Millionen Dollar zu verkaufen. Die Inflation stieg sprunghaft um über 100% an.

Doch der wichtigste Aspekt der Krise ist die Höhe der Schulden, die auf die Wirtschaft drücken. Etwa 50% aller Bauern sind zahlungsunfähig, viele verkaufen ihr Land an ausländische Konzerne. Die Situation in Handel und Industrie ist nicht besser: die Schulden dieser beiden Wirtschaftszweige zusammengekommen betragen 2 700 Millionen Dollar. Uruguays Auslandsschulden insgesamt sind von 750 Millionen Dollar 1973 auf 4 500 Millionen Dollar 1983 angestiegen und die Zinsen schlucken über 40% des Einkommens aus dem Export. 20 der 22 Banken des Landes sind in den Besitz nordamerikanischer, holländischer und spanischer Käufer übergegangen (u.a. auch der Moon-Sekte!).

Die Linke sieht die verheerende Situation als das Resultat eines nicht handhabbaren Modells freier Marktwirtschaft, das Uruguay aufgezungen wurde. Allerdings funktionierte das vorherige Modell, basierend auf Protektionismus und den Prinzipien des Wohlfahrtsstaates, auch nicht besser.

Sogar im optimistischsten Szenario ist mit keinerlei Verbesserung vor Ende Frühjahr 1984 zu rechnen. Der Fleischexport, Uruguays Haupteinnahmequelle, wird 1983/84 50.000 Tonnen nicht übersteigen; 1982/83 waren es dagegen noch 170.000 Tonnen.

Die Gläubiger sind alarmiert, sie tun alles, um Uruguay und sich zu helfen. Die Banken sind einverstanden, die Laufzeit der Rückzahlungen zu verlängern. Sie haben außerdem beschlossen, weitere 240 Millionen Dollar in bar bereitzustellen. Der Internationale Währungsfond (IMF) ist bereit, der Wirtschaft Uruguays mit einem Kredit von 410 Millionen Dollar unter die Arme zu greifen; daran sind allerdings Bedingungen geknüpft - die strikte Durchführung eines Deflationsprogramms, von dem selbst IMF-Vertreter schwerwiegende soziale Auswirkungen erwarten.

Die sind freilich längst an der Tagesordnung. In Montevideo gab es während der letzten Monate ständig Demonstrationen gegen das Regime. Es waren Slogans zu hören wie "Schluß mit der Militärdiktatur", "Die Armee zurück in die Kasernen", "Das Volk an die Macht!", "Amnestie jetzt" oder "Bringt die Verschwundenen zurück".

Kritik am Regime ist riskant. Ein früheres Mitglied der Nationalen Befreiungsbewegung (MLN-Tupamaros), vor kurzem nach 10 Jahren Haft aus dem Libertad-Gefängnis entlassen, meinte: "Irrt Euch nicht. Die Diktatur hat gute Arbeit geleistet. Die Unterdrückung ist sehr wirkungsvoll: es gab kein großes Blutvergießen, gerade soviel, um die Regierung zu stärken."

Die Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit (SERPAJ) vermutet, daß es immer noch 1019 politische Gefangene (unter ihnen 120 Frauen) in verschiedenen Gefängnissen Uruguays gibt. Die meisten von ihnen wurden 1972 festgenommen. 9 Führer der Tupamaros werden in einem Militärgefängnis festgehalten. Sie sind ausnahmslos von Militärgerichten verurteilt worden; in praktisch allen Fällen waren ihre Verteidiger Armeeanwälte, die das Gericht bestimmt hatte. Zivile Anwälte, die zu intervenieren versuchten, wurden entweder festgenommen oder mußten ins Ausland fliehen. 120 Gefangene erwarten ihren Prozeß und 30 weitere sind noch im Gefängnis, obwohl sie ihre Strafe bereits abgesessen haben.

Die 9 Tupamaros sind in einer üblen Lage. Sie werden als "Geiseln" der Armee angesehen. Ihre Zellen, die 2 auf 1 1/2 Meter groß sind, sind vollständig Geräuschisoliert und 24 Stunden am Tag hell erleuchtet. Sie dürfen keinerlei körperliche Arbeit verrichten, sehen ihre Familien nur einmal alle 14 Tage für eine halbe Stunde in Gegenwart eines Armeeoffiziers. Ihre Unterhaltung wird auf Tonband aufgenommen und kann jederzeit unterbunden werden. Die körperliche und geistige Verfassung der Tupamaro-Führer verschlechtert sich ständig: sie leiden alle unter den schweren Verletzungen, die sie bei ihrer Festnahme oder während Folterungen im Gefängnis erlitten haben. Raul Sendic, der einen schweren Leistenbruch hat, wurde mit Händen und Füßen auf den Boden eines Lastwagens geschnallt und mit Höchstgeschwindigkeit von Minas nach Rocha gefahren, eine Strecke von 150 km.

Der Außenminister sagt: "In Uruguay gibt es keine verschwundenen Personen." Die SERPAJ sieht das anders. Sie räumt ein, daß das Mittel des Verschwindenlassens in Uruguay nicht so systematisch angewandt wird wie in Argentinien, dennoch gäbe es 15 dokumentierte Fälle von "Verschwundenen" auf uruguayischem Boden, 126 Bürger Uruguays sind zudem in Argentinien verschollen.

Bis jetzt hat sich die Regierung geweigert, diese Ereignisse näher untersuchen zu lassen. Die Zahl der Festnahmen von Regimegegnern ist in den letzten Monaten gestiegen.

Die Bürger Uruguays werden in drei Gruppen eingeteilt; Gruppe A (ungefährlich für das Regime), Gruppe B (politische Überzeugung unklar) und Gruppe C (Gegner). Jedem Mitglied der Gruppe C ist eine Stellung im Staatsdienst oder im Erziehungssektor verspermt. Auch ein Job im privaten Bereich ist nur schwer zu finden.

Es war immer der Ehrgeiz des Militärregimes, seine Feinde innerhalb der traditionellen Parteien zu neutralisieren und linksgerichtete Organisationen auszumerzen: nach der Gesetzgebung von 1976 haben 12.000 Bürger bis heute keine politischen Rechte. Theoretisch werden sie sie vor 1999 nicht wiederbekommen.

Ungefähr 8.000 von ihnen, die Mitglieder der 1973 aufgelösten linken Parteien, haben kein Wahlrecht. Die übrigen dürfen wählen, jede andere politische Aktivität ist ihnen untersagt.

Die Einführung des Gesetzes zu den politischen Parteien und die Wahlen vom November 1982 versetzten die autorisierten Parteien wieder in die Lage zu arbeiten, wenn auch unter ziemlich schwierigen Bedingungen. Das von der Armee durchgebrachte Gesetz hat neben vielen Restriktionen einige Perspektiven. Im Verlauf ihrer 150jährigen Geschichte waren die beiden traditionellen Parteien, die Colorados und die Blancos, zu einem Konglomerat zweier miteinander in Fehde liegenden Cliquen ohne klares ideologisches Profil heruntergekommen. Die "Caudillos" gaben den Ton an, während das Fußvolk in Parteiangelegenheiten wenig zu sagen hatte. Die Verknöcherung der beiden Parteien war einer der Gründe für den Umsturz von 1973. In der letzten Zeit ist jedoch unter dem Einfluß von neuen Leuten und neuen demokratischen Geflogenheiten der Zusammenhalt gewachsen.

Die Machtverhältnisse innerhalb der Colorado-Partei sind ziemlich klar: 80% ihrer Mitglieder sind "Batlleisten". Die beiden führenden Gestalten sind Jorge Battle, 1971 Präsidentschaftskandidat und nun vom Militärregime ins Exil gezwungen; der andere ist Julio Sanguinetti, ehemals Erziehungsminister in der Regierung Jorge Pacheco Areco und nun Generalsekretär der Partei. Die Colorado-Partei besitzt auch einen aktiven linken Flügel, die Corrente Batllista Independiente, deren politische Färbung gemäßigt sozialistisch ist. Das konservative Element unter der Führung von Ex-Präsident Areco ist inzwischen eindeutig unterlegen. Die Bevölkerung hat es Areco niemals verziehen, daß er dazu aufforderte, im Referendum von 1980 für die neue Verfassung zu stimmen.

Die Colorados, die ununterbrochen 93 Jahre an der Macht waren, wollen unbedingt das Image einer Regierungspartei aufrechterhalten, die sowohl den Staat verteidigt als auch für soziale Gerechtigkeit eintritt. Die Nationalpartei (Blancos) ist in einer viel komplexeren Situation. Normalerweise an die Opposition gewöhnt (außer in der Zeit von 1958 - 1966), hat ihren Rivalen bei den Wahlen 1982 mit über 100.000 Stimmen geschlagen, und das in einem Land mit 3 Millionen Einwohnern. Das war auch ein Sieg für ihre Vertreter der harten Linie gegenüber dem Militär, die Rocha- und Por-La-Patria-Bewegung.

Die Parteien der Frente Amplio sind in einer schwierigen Lage. Sie unterliegen immer noch der Repression. Aber die Frente ist noch am Leben und das nicht zu knapp. Raul Cardoza, der Führer der sozialistischen Partei, sagt

dazu: "Die Frente Amplio lebt als ein Mysterium weiter." Sie hat nach wie vor bemerkenswerten Einfluß unter den jungen Leuten und in der Arbeiterklasse. Bei den Wahlen von 1982 war sie das Zünglein an der Waage.

Der Marsch zum "Tag des nationalen Protestes", der letztes Jahr am 25. September organisiert wurde, machte deutlich, daß Frente-Führer General Liber Seregni populär ist wie je. Die Marschsäule der Demonstranten machte für eine Minute Halt vor dem Appartementhaus, in dem er wohnt und rief: "Seregni, unser Freund, das Volk steht hinter dir."

Es wird noch viel Zeit vergehen, bevor ein echtes Mehrparteien-System entstehen kann. Die traditionellen Parteien stehen dieser Idee sehr lauwarm gegenüber.

Dennoch häufen sich Konsultationen und Gespräche zwischen den autorisierten Parteien auf der einen Seite und den Christdemokraten und Sozialisten auf der anderen (die Kommunisten sind kaum beteiligt). Gleichzeitig hat sich die Gewerkschaftsbewegung, die nach dem Militärputsch zerstört war, unter starkem Druck der Arbeiterschaft reorganisiert. Sie schöpft, ebenso wie die Parteien, alle legalen Möglichkeiten aus.

Die Universitäten, die 1973 unter Polizeirecht gestellt und erbarmungslos gesäubert wurden, sind dabei, etwas von ihrer früheren Dynamik zurückzuerobieren. Die ASCEEP, der Studentenverband, spielte eine besonders aktive Rolle bei der Organisation des Tages des Nationalen Protestes vom 25. September. Die Unruhe unter den Studenten macht nicht nur dem Militär Sorgen (wie zu erwarten war), sondern auch den Führern der traditionellen Parteien.

Überraschenderweise ist erst vor kurzem eine Organisation für die Verteidigung der Menschenrechte in Uruguay entstanden: die Uruguay-Gruppe der SERPAJ. Sie existiert erst seit 1981. Es gab mehrere Gruppen ohne rechtliche Grundlage, so die "Mütter der in Argentinien verschwundenen Einwohner Uruguays" oder die "Mütter der vom Militärgericht verurteilten Gefangenen".

Bis jetzt ist ihr Handlungsspielraum jedoch begrenzt, besonders wenn man sie vergleicht mit den Menschenrechtsorganisationen Chiles und Argentinien. Doch die Kraft der Bewegungen nimmt zu. Die SERPAJ stand hinter dem ersten Tag des nationalen Widerstands gegen das Militärregime, mit dem Ergebnis, daß sie von der Regierung verboten wurde. Eine uruguayische Kommission für Menschenrechte ist vor kurzem gegründet worden.

Die Verwandten der Gefangenen und Verschwundenen haben jedenfalls seit langem die traditionellen Parteien gedrängt, sich für eine Amnestie einzusetzen.

Die Zeit ist reif für die Auseinandersetzung zwischen Zivilisten und Militärs. Die Bevölkerung von Uruguay, deren wachsende Feindseligkeit offensichtlich nicht mehr zu bremsen ist, steht immer geschlossener gegen die Generäle. Für die Militärherrschaft ist es kurz vor zwölf. Jorge Battle drückt das Empfinden einer riesigen Mehrheit aus, wenn er pathetisch schreibt: "Lange Zeit war für das Volk Uruguays das Wort Frieden gleichbedeutend mit Glück; inzwischen ist es von Sklaverei nicht mehr zu unterscheiden."

ARGENTINIEN

Der argentinische Wirtschaftsminister als Bankenschreck

Mitte April besuchte Außenminister Genscher zusammen mit einer Delegation von "Vertretern der Wirtschaft" Argentinien. Im Mittelpunkt seiner Gespräche standen das Problem der argentinischen Auslandsschulden und die Handelsbeziehungen zwischen Argentinien und der BRD. Über die Verhandlungsergebnisse fehlen uns noch genauere Informationen. Der folgende Artikel beschreibt die Umschuldungsverhandlungen der argentinischen Regierung, die den Hintergrund des Ministerbesuchs bilden.

Innenpolitisch mußte Präsident Alfonsín eine Abstimmungsniederlage über das Gewerkschaftsgesetz hinnehmen. Eine gute Nachricht kommt von den Großmüttern der Plaza de Mayo: einige der verschwundenen Kinder sind wiedergefunden worden.

Die Schuldenkrise

Eine der schwierigsten Erbschaften, die die neue Zivilregierung von der Militärdiktatur übernahm, sind die riesigen Auslandsschulden: Sie betrugen im März 1976, als sich die Militärs an die Macht putschten, knapp 9 Mrd US-\$ und stiegen bis 1984 sprunghaft auf ca. 45 Mrd. US-\$ an.



Das unschuldige Kind! Wenn es wüßte, daß es ein berühmter Auslandsschuldner ist!

1984 müssen 22 Mrd. \$ an Zinsen und Tilgung bezahlt werden; der erwartete Außenhandelsüberschuß liegt nur bei 3,5 Mrd. \$. Allein 3 Mrd. \$ sind überfällige Zinsen, die im vergangenen Jahr nicht bezahlt wurden.

Als drittgrößter Schuldner Lateinamerikas muß die argentinische Regierung mit insgesamt 320 Banken über neue Rückzahlungsmodalitäten verhandeln. Von den Krediten stammen 1,5 Mrd. US-Dollar von bundesdeutschen, 8,4 Mrd von US-Banken.

Wegen der nicht gezahlten überfälligen Zinsen wurde Argentinien bereits von einigen US-Banken als "Risikoland" eingestuft. Das bedeutet, daß die Banken einen Teil ihrer Kredite als Verluste verbuchen müssen und andererseits Argentinien an Kreditwürdigkeit bei den internationalen Banken verliert.

Die Frage, wie eine Umschuldung möglich ist, war eines der Verhandlungsthemen bei der Konferenz der Interame-

rikanische Entwicklungsbank in Punta del Este (Uruguay) im März dieses Jahres. Dabei war klar, daß die argentinische Regierung den IWF um einen weiteren Kredit bitten müssen. IWF-Kredite aber sind immer mit harten sozialpolitischen Auflagen verbunden, vor allem Senkung des Haushaltsdefizits durch Kürzung der Sozialausgaben und eine restriktive Lohnpolitik. Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun wurde bei diesen Verhandlungen zum "Bankenschreck" (Handelsblatt) weil er darauf bestand, alle Rückzahlungsmodalitäten neu auszuhandeln und die Vorschläge der Bankenkonsortien und des IWF ablehnte. Im internationalen Wirtschaftsblättermarkt brach eine Spekulationswelle aus: wird Argentinien sich weigern, die Schulden anzuerkennen und gemeinsam mit anderen lateinamerikanischen Großschuldnern ein Schuldnerkartell bilden? Die Gewinne der Banken aus dem Kreditgeschäft schienen in höchster Gefahr. Aber so weit mochte Grinspun dann doch nicht gehen: die argentinische Regierung habe nicht die Absicht, die Banken durch die Bildung eines Schuldnerkartells unter Druck zu setzen; die Regierung verlange lediglich, daß der Versuch der Redemokratisierung auch auf wirtschaftlichem Gebiet von den Kreditgebern unterstützt werde.



Die lateinamerikanischen Repräsentanten rotten sich zusammen, Sekretär Fleming.
- DIE VEREINIGTE SCHULD WIRD NIEMALS BESIEGT WERDEN!

nien eine Finanzhilfe von vier lateinamerikanischen Ländern und einigen Banken, um wenigstens den dringendsten Zinsverpflichtungen nachkommen zu können: Mexiko, Venezuela, Brasilien und Kolumbien gaben gemeinsam einen Kredit von 300 Mio \$, Banken steuerten weitere 100 Mio \$ bei; dafür verpflichtete sich der Wirtschaftsminister, 100 Mio \$ aus der Währungsreserve zur Schuldenzahlung zu verwenden.

Allerdings ist damit das Problem natürlich noch lange nicht gelöst, sondern nur um einige Monate verschoben. Die argentinische Regierung verhandelt jetzt mit dem IWF über weitere Kredite, vor allem über die Freigabe der zweiten Tranche eines Kredites über 1,5 Mrd. \$, die der IWF der Militärregierung gewährt hatte, von denen bisher aber nur 500 Mio \$ ausgezahlt wurden. An die Auszahlung dieser Tranche knüpft der IWF vor allem folgende Bedingung: Die Lohnindexierung - das ist die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation - muß verringert werden. Eines der proklamierten Ziele der Wirtschaftspolitik Alfonsíns war es, die Reallöhne dadurch zu steigern, daß die monatliche Lohnanpassung knapp über der Inflationsrate liegen sollte. Allerdings lag in den ersten Monaten dieses Jahres die Inflation immer über den von der Regierung projektierten Werten: Statt 10% betrug sie im Januar 12,5 und im Februar 17%, so daß jeweils noch zusätzliche Lohnerhöhungen verordnet werden mußten. Im März stieg die Inflationsrate sogar auf 20,3%. Der IWF verlangt nun, daß nach dem Beispiel Brasiliens die Löhne nur noch zu 80% angepaßt werden soll. Das bedeutet, daß die Reallöhne jeden Monat weiter sinken werden. Wirtschaftsminister Grinspun hat Anfang April denn auch verkündet, daß sich die Lohnanpassung in Zukunft nicht mehr nach der tatsächlichen Inflationsentwicklung sondern nach den projektierten Zahlen richten soll, die natürlich unterhalb der realen Inflation liegen.

Gewerkschaft gescheitert

Der argentinische Senat hat die Gesetzesvorlage über Gewerkschaftswahlen abgelehnt. Dieses Gesetz der Regierung Alfonsín sah vor, daß die "Normalisierung" der Gewerkschaften, d.h. die Wiedererlangung der vollständigen Entscheidungsfreiheit und Verfügung über die Gewerkschaftsgelder, erst nach allgemeinen Gewerkschaftswahlen stattfinden solle. Das Gesetz ist heftig umstritten, weil es eine Beteiligung der Minderheitenströmungen an der Gewerkschaftsführung vorsieht, wogegen sich die Gewerkschaftsbosse und die Peronistische Partei heftig sträuben. (Vgl. LN 124 S. 22f.).

Die politischen Institutionen Argentiniens sind dem politischen System der USA nachempfunden. Die gesetzgebende Gewalt wird von einem Parlament mit zwei Kammern ausgeübt: dem Kongreß und dem Senat. Die Abgeordneten des Kongresses werden in Wahlkreisen entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl gewählt (wobei es natürlich starke Verzerrungen gibt). Im Kongreß hat die Regierungspartei UCR zusammen mit verbündeten Parteien die Mehrheit. Im Senat dagegen sitzen pro Bundesstaat zwei Senatoren, unabhängig von der Zahl der Einwohner der Bundesstaaten. Hier haben die Peronisten die Mehrheit. Damit ein Gesetz in Kraft treten kann, müssen beide Kammern einer Regierungsvorlage zustimmen.

Der Kongreß hatte das neue Gewerkschaftsgesetz gegen die Stimmen der Peronisten gebilligt. Im März dagegen lehnte der Senat die Vorlage mit 24 zu 22 Stimmen ab. Deshalb muß die Regierung jetzt mit den Parteien neu verhandeln, um einen Kompromiß zur Neustrukturierung der Gewerkschaften zu finden.

Menschenrechte

Während der Militärdiktatur "verschwanden" auch Kinder und Babys. Sie wurden teils gemeinsam mit ihren Eltern verschleppt und dienten als Druckmittel, um die Eltern zu Aussagen und Geständnissen zu zwingen, teils wurden sie auch in den Gefängnissen geboren. Nach diesen Kindern suchten vor allem die Großmütter der Plaza de Mayo.

Die Großmütter hatten mit ihrer Suche zum Teil Erfolg: seit Dezember konnten sie 17 Kinder finden und identifizieren. Sie lebten unter falschem Namen in Waisenhäusern oder bei Adoptiv-Eltern. Allerdings fanden sie auch heraus, daß drei Kinder erschossen wurden.

Selbst bei der Bundesregierung wächst seit dem Regierungsantritt Alfonsíns das Interesse an der Suche nach den 72 deutschen und deutschstämmigen Verhaftet-Verschwundenen. Bundesaußenminister Genscher sprach bei seinem Besuch mit Alfonsín über dieses Thema. Familienminister Geißler machte den Vorschlag, eine gemischte deutsch-argentinische Kommission zur Aufklärung des Schicksals dieser Menschen zu gründen. Jetzt, wo es den Wirtschaftsbeziehungen nicht mehr schadet, sich für die Menschenrechte einzusetzen, schreibt die Bundesregierung diese Forderung auf ihre Fahnen. Jetzt, wo es wahrscheinlich zu spät ist, wo kaum noch Hoffnung besteht, daß die Verhaftet-Verschwundenen noch am Leben sind.

Brief der politischen Gefangenen von Villa Devoto

Vor einigen Wochen wurde in Argentinien bekannt, daß es noch etwa 100 politische Gefangene gibt. Diese Gefangenen wurden von Militär- oder Zivilgerichten unter der Militärdiktatur zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Regierung Alfonsín bestreitet, daß es noch politische Gefangene gibt, vermutlich mit der Rechtfertigung, daß diese Häftlinge ja rechtskräftig verurteilt seien. Dabei berücksichtigt sie jedoch nicht, daß die Verurteilung unter den Bedingungen der Diktatur erfolgte und insofern nicht rechtmäßig sein kann, da die Gesetze, nach denen die Urteile gefällt wurden, nicht mit der Verfassung Argentiniens in Einklang zu bringen sind. Die Verfahren sprachen zudem jeder rechtsstaatlichen Prozeßordnung Hohn. (vgl. auch den folgenden Artikel)

OFFENER BRIEF AN MINISTER DR. ANTONIO TROCCOLI

Wir als politische Gefangene sind sehr beunruhigt über die öffentlichen Behauptungen, daß es in den argentinischen Gefängnissen "keine politischen Gefangenen gibt".

Diese Aussagen befremden uns, da wir die gleichen Behauptungen von den berüchtigten Vertretern des Prozesses der Nationalen Reorganisation (Selbstbezeichnung der Diktatur, d.Ü.) kennen, der soviel Schmerz und Martyrium über die Arbeiter gebracht hat.

Wir möchten keine spalterische Polemik verbreiten. Aber wir können diese Beleidigung der Märtyrer der Repression, der verschwundenen compañeros und der politischen Gefangenen nicht akzeptieren.

Es gibt noch mehr als 100 politische Gefangene; wir wurden eingekerkert aufgrund des einzigen "Delikts", daß wir gegen die soziale Ungerechtigkeit, gegen Repression und Verfolgung durch paramilitärische und parapolizeiliche Banden gekämpft haben. Weil wir uns vom ersten Tag an gegen die blutigste Diktatur, die unser Land je kannte, zur Wehr gesetzt haben.

Weil wir gegen den Völkermord, die Folter, die Verschleppung von Tausenden von Jugendlichen, Frauen und Kindern, die dem argentinischen Volk zugefügt wurden, gekämpft haben.

Weil wir gegen den Ausverkauf der Reichtümer und der nationalen Souveränität gekämpft haben.

Weil wir gegen die "Selbstamnestie" gekämpft haben, mit der die Militärdiktatur ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit "legalisieren" wollte.

Weil wir gekämpft haben für das Leben und die tatsächliche Demokratie und die Freiheit unseres Landes, für die Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus.

Dafür werden wir weiterhin gefangen gehalten. Deshalb gibt es Tausende von Märtyrern, Verfolgten, Verhaftet-Verschwundenen, Exilierte. Sie sind alle Produkt der oligarchischen und anti-demokratischen Minderheiten und des nationalen und internationalen Finanzkapitals, die sich weigern, ihre Privilegien aufzugeben; sie nennen das "Befreiende Revolution", die ein wehrloses Volk massakrierte; sie nennen es "Plan Conintas"; "Argentinische Revolution"; "Lopezreguismo"; oder "Prozeß der Nationalen Reorganisation" (1); und die Folgen sind Verbrechen und Raub.

Die öffentliche Meinung darf nicht mit falschen Behauptung verwechselt werden. Man muß daran denken, daß sich das argentinische Volk am 30. Oktober (dem Tag der Wahlen, d.Ü.) u.a. kategorisch für die uneingeschränkte Freilassung aller politischen Gefangenen ausgesprochen hat.

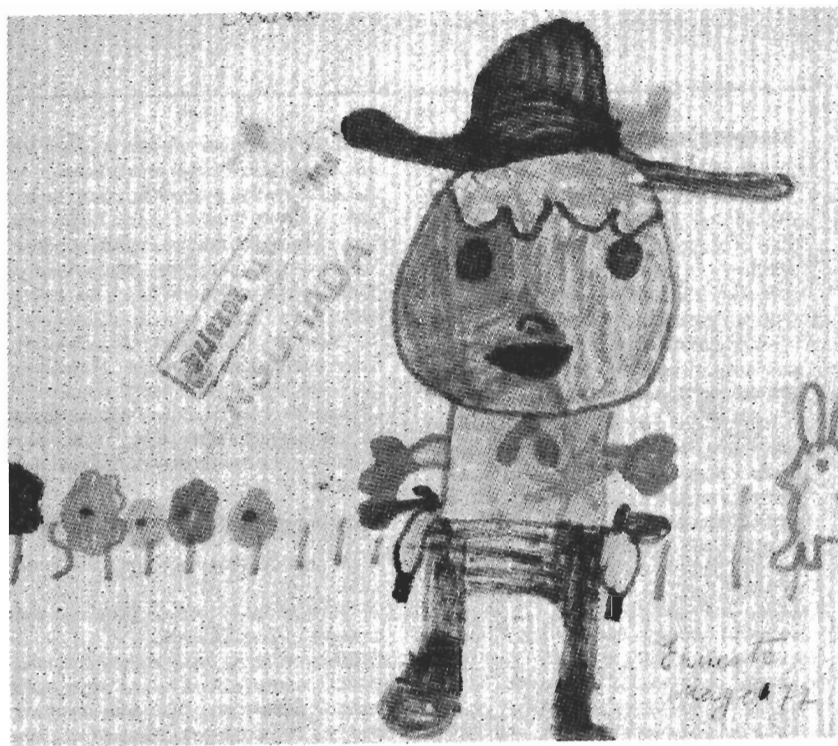
Ihre letzten Behauptungen beweisen wieder einmal die Notwendigkeit einer Mobilisierung des Volkes, damit die Versprechen des 30. Oktober eingelöst werden.

Schließlich, Herr Minister, weisen wir Sie darauf hin, daß Ihr wichtigster Beitrag ist, das einstimmige Mandat des Volkes einzulösen: alle Verhaftet-Verschundenen müssen lebendig wiedergefunden werden; die verschleppten Kinder müssen an ihre Angehörigen zurückgegeben werden; Freiheit für alle politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen; Verurteilung und Bestrafung aller für den Völkermord Verantwortlichen; Abschaffung der Repressionsapparats und der gesamten repressiven Gesetzgebung.

Mit respektvollen Grüßen

DIE POLITISCHEN GEFANGENEN VON VILLA DEVOTO
6. März 1984

- (1) "Befreiende Revolution": So nannte sich die Militärdiktatur, die 1955 die Regierung Perón stürzte.
"Plan Conintes": Wirtschaftsplan auf Kosten der Löhne und Sozialleistungen
"Argentinische Revolution": so nannte sich die Militärdiktatur von Onganía, der 1966 gegen eine zivile Regierung putschte.
"Lopezreguismo": Lopez Rega war "Wohlfahrtsminister" unter Isabel Peron und einer der Gründer der paramilitärischen Todesschwadronen.



Selbst dieses Bild, das ein Kind seinem inhaftierten Vater schickte, wurde von den Gefängnisbehörden der Zensur unterworfen.

Die Organisation der ehemaligen politischen Gefangenen

Seit 1982 treffen sich ehemalige politische Gefangene. Nach ihrer Freilassung stehen sie vor sehr großen Problemen: Viele von ihnen sind physisch und psychisch krank, leiden unter den Folgen der Folter und den unmenschlichen Haftbedingungen. Dazu kommt, daß die Wirtschaftskrise sie besonders hart trifft: Sie finden kaum Arbeit - falls sie überhaupt arbeiten können -, Unterstützung von Seiten des Staates gibt es praktisch nicht. Die ASAMBLEA DE LIBERADOS POLITICOS ist eine Selbsthilfeorganisation der ehemaligen politischen Gefangenen, die versuchen will, durch Konsumgenossenschaften die soziale Situation der früheren Gefangenen zu verbessern. Wir drucken im Folgenden den Aufruf der ASAMBLEA ab und bitten um Spenden für dieses Projekt.

An die nationale und internationale öffentliche Meinung

Wir als Versammlung der befreiten politischen Gefangenen möchten Sie auf zwei sehr wichtige Aspekte der Menschenrechtssituation in Argentinien aufmerksam machen: die politischen Gefangenen und die befreiten Gefangenen.

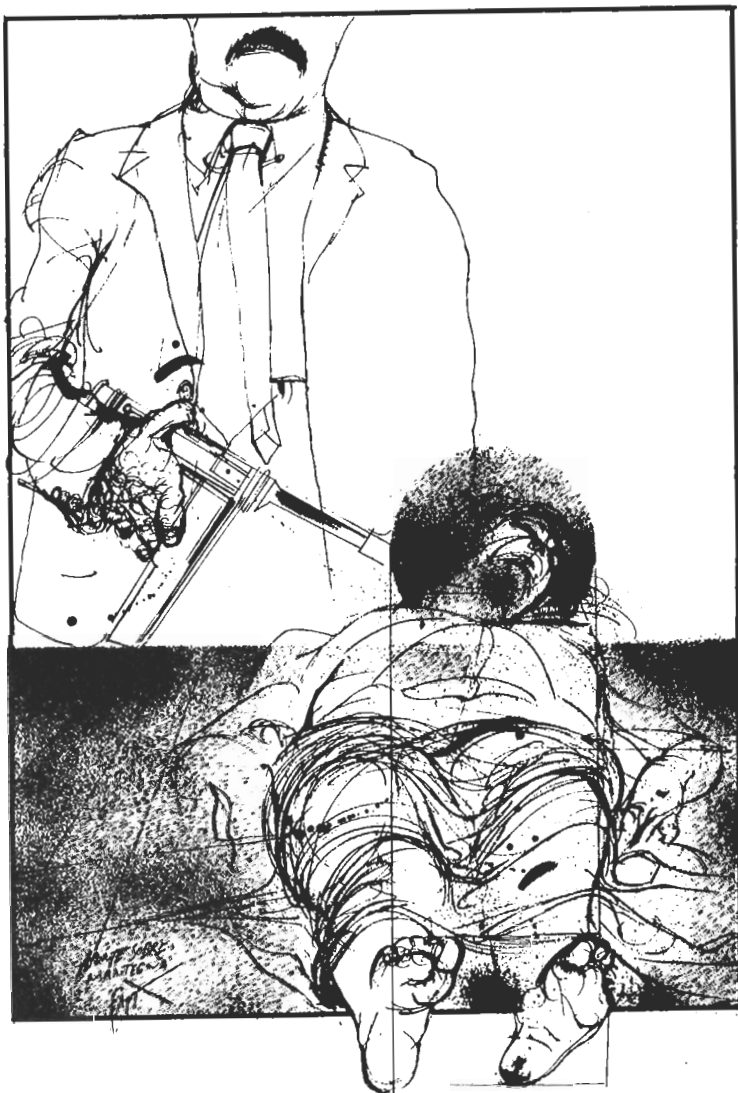
Es gibt noch etwas über 100 politische Gefangene in verschiedenen Gefängnissen des Landes. Auch wenn sich ihre Haftbedingungen im Vergleich zu dem Vernichtungssystem unter der Militärdiktatur verbessert haben, müssen wir feststellen, daß sie von verfassungswidrigen Militärgerichten oder von Bundesrichtern entsprechend den Gesetzen des "Prozesses der Nationalen Reorganisation" (Selbstbezeichnung der Militärregierungen, d.Ü.) verurteilt wurden; diese Gesetze ersetzen unter der Diktatur die nationale Verfassung.

Den Bundesrichtern hatte die Diktatur die Funktion gegeben, den Staatsterrorismus zu rechtfertigen; diese Richter widmeten sich der Aufgabe nicht nur gehorsam, sondern mit einem besonderen Eifer, wie die vielen Anklagen und unsere eigenen Erfahrungen beweisen.

Alle diese "Urteile" von Militär- und Bundesgerichten sind so voll von flagranten Verletzungen der elementarsten Bürgerrechte, daß sie zweifellos als null und nichtig betrachtet werden müssen. Es gibt keinen Fall von Inhaftierung ohne lange und bestialische Folter; das Recht auf Verteidigung - wenn es überhaupt zugestanden wurde - unterlag so großen und willkürlichen Einschränkungen, daß es nur noch rein formalen Charakter hatte; die Verteidiger wurden verfolgt, eingeschüchtert, inhaftiert, verschleppt und ermordet; die Verteidigung wurde von den Anklägern erheblich erschwert. Die Militäranwälte der "Verteidigung" bei den Kriegsgerichten drängten die Gefangenen zu "gestehen" und unterschieden sich nicht von den Staatsanwälten, mit denen sie zusammenarbeiteten.

Unsere Freunde wurden zu acht bis 10 Jahren Gefängnis unter den schlimmsten Bedingungen verurteilt: sie hungerten, wurden gefoltert, wurden in bestialischen Disziplinarmaßnahmen unterworfen, waren von ihren Familien getrennt, hatten keinen Kontakt mit ihren Kindern, Eltern und Gatten; sie ertrugen die Willkür des Bewachungspersonals, ständige Demütigungen; sie hatten keine Möglichkeit kultureller Entwicklung und erhielten keine Informationsmedien; fünf Jahre lang war ihnen jede physische Betätigung, Erholung und Arbeit streng verboten. Viele Gefangene "verschwanden" aus den Gefängnissen, wurden in den Strafzellen ermordet oder von den Sicherheitskräften unter Anwendung des berüchtigten Gesetzes über die Flucht erschossen.

Die hundert Volkskämpfer, die heute noch unter der verfassungsmäßigen Regierung inhaftiert sind, gehören zu den Zehntausenden von Gefangenen der Diktatur, die zusammen mit den Verhaftet-Verschwundenen, den Ermordeten und Exilierten das Resultat einer grausamen staatlich-militärischen Repression sind, die zum Ziel hatte, die Konzentration des Reichtums, die Überausbeutung, die Krankheit, die Unwissenheit und die Ausraubung einer ganzen Nation zu erleichtern. Die Mehrheit der politischen Gefangenen sind einfacher und armer Herkunft; ihre Inhaftierung bedeutete für ihre Familien den Verlust des Einkommens und verursachte ihnen enorme Kosten, um die Gefangenen in den Hunderte von Kilometern entfernten Gefängnissen besuchen zu können.



Diese Situation besteht weiterhin trotz der Anstrengungen der Menschenrechtsorganisationen; sie ist eine Quelle unerträglicher Angst für die Angehörigen und verschlimmert die an sich schon harten Lebensbedingungen im Gefängnis.

Dazu kommen als unvermeidbare Folgen die physischen und in vielen Fällen psychischen Krankheiten, an denen die Häftlinge leiden, schlechte Ernährung, unzureichende oder gar nicht vorhandene medizinische Betreuung, die ständige Anspannung, Schläge und Folter, die erzwungene untätige Lebensweise, das Eingesperrtsein in zu kleinen Zellen: all das wurde von der Militärdiktatur eingesetzt, um uns zu vernichten; und es hat im Laufe der Jahre zu einer Untergrabung der Gesundheit der Inhaftierten geführt. Es ist eine große Ausnahme, wenn ein Häftling nicht an Magengeschwüren, Hämorrhoiden, Asthma, Bronchial- und Lungenkrankheiten, Kreislaufproblemen, Hautkrankheiten, Sehschwäche, Haarausfall, Zahnkrankheiten oder chronischen grippalen Infekten leidet. Es gibt sehr viele Fälle von Verhaltensstörungen, die oft auch noch nach der Befreiung anhalten: Verfolgungswahn und Depressionen, Halluzinationen, Realitätsverlust und Suizidgefährdung, die mehrfach zu tragischen Todesfällen führte.

Soweit die kurze Darstellung dessen, was in den Gefängnissen geschah. Wenn nach der Freilassung die erste euphorische Phase des Wiederfindens der Familie und der Wiederbegegnung mit dem Volk vorbei ist, steht der ehemalige Gefangene vor neuen Schwierigkeiten: Zuerst muß er sich wieder an das gesellschaftliche Leben anpassen, er muß lernen, wieder die Initiative zu ergreifen nach all den Jahren des Lebens in einem System, wo die täglichen Verrichtungen total reglementiert waren. Er findet eine Familie in der Krise vor; wenn er Kinder hat, muß er erst einmal eine Beziehung aufbauen, ebenso zum Lebenspartner. Aber wo es sehr große Schwierigkeiten gibt, das sind die Bereiche von Arbeit, Lebensunterhalt, medizinische Betreuung, Wiederaufnahme des Studiums und allgemein all das, was zu seiner Reintegration in die Gesellschaft beiträgt.

Die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit und dem Fehlen von Unterhalt betrifft den befreiten Gefangenen so wie alle Arbeiter; aber in diesem Fall wird die Situation noch dadurch erschwert, weil er die Jahre im Gefängnis nicht vor möglichen Arbeitgebern rechtfertigen kann. Es ist für einen Ex-Gefangenen nahezu unmöglich, eine Arbeit zu finden, ohne seine Vergangenheit zu verbergen; die Nachfragen bei der Polizei über Arbeitssuchende stellen ein nahezu unüberwindliches Hindernis für die befreiten Gefangenen dar; die Mehrheit von uns ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Unter diesen Bedingungen führen die täglichen Probleme des Überlebens, der medizinischen Versorgung bei Krankheiten, ja selbst Kleidung und Transport dazu, daß Familien auseinandergehen, zu Frustrationen und auch zu erzwungenem Exil. Um die Größe des Problems zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß es derzeit etwa zehntausend ehemalige politische Gefangene gibt. Einige gingen ins Exil; sie flohen vor dem Elend und der persönlichen Unsicherheit, die vom Polizeistaat der Diktatur geschaffen wurde; wir, die wir im Land blieben, können kaum die beschriebenen Schwierigkeiten lösen und fühlen gleichzeitig die Verantwortung, als lebende Zeugen der Repression an der Seite unseres Volkes zu sein.

Die derzeitige Situation zeigt uns, daß die Freiheit der Inhaftierten nicht durch einen einseitigen Akt der Regierung kommen wird, und daß die Probleme der befreiten Gefangenen erst dann gelöst werden können, wenn sie von der Gesellschaft als ganze aufgegriffen werden, vor allem von den demokratischen Institutionen, den repräsentativen und sektoriellen Organisationen. Aus diesem Grund haben wir die Asamblea de Liberados Políticos gegründet. Wir sehen folgende Aufgaben des Kampfes des ganzen argentinischen Volkes als vordringlich an: sofortige und ausnahmslose Freilassung aller politischen Gefangenen; Annullierung aller Urteile; die Verhaftet-Verschwundenen müssen lebendig wiedergefunden werden; die sofortige und bedingungslose Rückkehr aller Exilierten; die Bestrafung der Schuldigen.

Wir bekräftigen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen; wir wollen die nationale Gemeinschaft und den Kongreß der Nation über das Schicksal der 10 000 befreiten politischen Gefangenen aufklären; wir als lebende

Zeugen des Massakers der Diktatur wollen aktiv am Kampf unserer Angehörigen und der Menschenrechtsorganisationen teilnehmen. Wir kämpfen durch politische Aufklärung und die Denunzierung der Verbrechen; aber unsere Forderungen werden wir nur durch die Mobilisierung des Volkes durchsetzen können.

ASAMBLEA DE LIBERADOS POLITICOS

Als unmittelbares Selbsthilfeprojekt plant die ASAMBLEA DE LIBERADOS POLITICOS den Aufbau einer Konsumgenossenschaft, um Arbeitsplätze und billigere Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen. Gleichzeitig soll die Kooperative dazu dienen, die Forderungen der ehemaligen politischen Gefangenen zu verbreiten.

Die Asamblea de Liberados Politicos ist dabei, eine Konsumgenossenschaft "Solidaridad" zu gründen, die Läden in verschiedenen Arbeiterbezirken von Buenos Aires unterhält. Diese Konsumgenossenschaft hat folgende Ziele:

1) ARBEITSPLÄTZE FÜR BEFREITE POLITISCHE GEFANGENE

Wenn der politische Gefangene freigelassen wird, lebt er in einer Krise, die die Folge der jahrelangen Inhaftierung ist (Wiederfinden der Familie, der Freunde, kulturelle Probleme); um die Krise zu überwinden ist die soziale Reintegration unabdingbar. Es ist aber infolge seiner Vergangenheit nahezu unmöglich, diese Reintegration durch einen Arbeitsplatz zu bewerkstelligen, der den Lebensunterhalt garantieren könnte.

Die Genossenschaft soll Arbeitsplätze für ehemalige politische Gefangene schaffen und so zu ihrer sozialen Reintegration beitragen.

2) BESCHAFFUNG VON MITTEL FÜR DIE ARBEIT DER ASAMBLEA DE LIBERADOS POLITICOS

Die Asamblea de Liberados Politicos hält es für sehr wichtig, Informationen über die Verbrechen der Diktatur zu verbreiten. Ein nationaler Zensus wird uns Aufschluß geben über die exakte Zahl der politischen Gefangenen, die Lebensbedingungen der befreiten Gefangenen, um dann ihre grundlegenden Bedürfnisse erfüllen zu können.

Es ist notwendig, Zeugenaussagen zu sammeln, um konkret die Menschenrechtsverletzungen und die Morde in den Gefängnissen und geheimen Konzentrationslagern anklagen zu können, deren Überlebende Zeugen wir sind.

3) VERMINDERUNG DER KOSTEN

Die Genossenschaft hat das Ziel, teilweise die Probleme der ärmsten Sektoren zu lindern; das derzeitige Vermarktungssystem durch Zwischenhändler führt dazu, daß die ärmsten Sektoren für die notwendigsten Lebensmittel mehr zahlen müssen als andere gesellschaftsschichten. Die Verbilligung dieser Produkte soll durch Verträge mit Ernährungsgesellschaften, Gewerkschaften und anderen Wohlfahrtsverbänden erreicht werden.

VORANSCHLAG DER MINDESKOSTEN

- Miete eines Lagers: 1 400 \$ zur Übernahme und dann monatlich 350 \$
- Einrichtung: (z.B. Regale, Kühltruhe, Kasse etc.): 10 000 \$
- Fahrzeug für den Transport der Produkte: 7 000 \$
- Einkauf der wichtigsten Produkte für die erste Aufbauzeit der Genossenschaft: 10 000 \$

WIR BITTEN UM SPENDEN AUF DAS KONTO: Elfriede Kohut, Sonderkonto "Hilfe für Chile", PSchA Berlin-West, 380087-108, Kennwort: Konsumgenossenschaft Argentinien. (Spendenquittungen für das Finanzamt können wir leider nicht ausstellen.)

BRASILIEN

"Diretas já"

Das brasilianische Volk will seinen Präsidenten selbst wählen.

Als vor gut einem Jahr die im November 1982 zum ersten Mal nach 1964 direkt gewählten Gouverneure und ihre Landesregierungen die Arbeit aufnahmen, waren die Erwartungen nach grundlegenden Veränderungen bei vielen Brasilianern noch groß. Besonders in den bevölkerungsstarken und industrialisierten Bundesstaaten des Südostens (São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais) war die Opposition gewählt worden, die ihre Arbeit inmitten der schwersten Wirtschaftskrise Brasiliens zu beginnen hatte. Ein wenig war die Euphorie, die während der Wahlkampagne die Stimmung im ganzen Land beherrschte, bereits gedämpft worden. Der Gang Brasiliens zum Internationalen Währungsfonds (IWF) kurz nach den Wahlen, und die darauffolgende "maxi"-Abwertung des Cruzeiro (30%) hatten schnell wieder deutlich gemacht, daß das Land immer noch von den alten politischen Kräften in Brasília regiert wird - und daran hatten auch die Wahlen von 1982 nichts geändert.

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden sozialen Folgen hat dann die neugewählten Landesregierungen schnell auf harte Bewährungsproben gestellt. Angesichts der wachsenden sozialen Unruhen (Supermarktplünderungen, Landbesetzungen, Kriminalität, etc.) einerseits, und der begrenzten politischen Entscheidungsbefugnis und der leeren Kassen andererseits, beschränkte sich das Regieren weitgehend auf ein Krisenmanagement, mit dem Ziel, die schlimmsten Auswüchse einzudämmen. Die Enttäuschung beim Wähler ließ daher nicht lange auf sich warten, die Popularität der neugewählten Gouverneure sank schnell ab.

In dem Maße, in dem sich die Wirtschaftslage verschlechterte und gleichzeitig von der Bundesregierung die vom IWF geforderten Maßnahmen durchgesetzt wurden, wendete sich die politische Aufmerksamkeit zunehmend nach Brasília. Die Auseinandersetzungen um das neue Lohngesetz hat hierbei eine zentrale Rolle gespielt. Zum ersten Mal seit 1964 hat das Parlament ein Gesetzesdekret der Regierung zurückgewiesen und damit dem Volk neue Hoffnungen auf eine wirkliche Demokratisierung der politischen Entscheidungen im Land gebracht. Zwar wurde das Lohngesetz wenig später in leicht veränderter Form mit den Stimmen einer kleinen Partei, die nicht der Regierung angehört, der PTB (Partido Trabalhista (!) Brasileiro), verabschiedet, doch waren diese Auseinandersetzungen gleichzeitig Anstoß und Ausgangspunkt für eine breite politische Diskussion. Denn im Januar 1985 läuft die Amtszeit des jetzigen Präsidenten Figueiredo aus, und somit werden im Zusammenhang mit seiner Nachfolge von der Opposition neue Forderungen gestellt.

Die zentrale Forderung ist die Direktwahl des Präsidenten, die 1966 von den Militärs abgeschafft wurde. Der nächste Präsident soll nun, jedenfalls nach der gegenwärtigen Rechtslage, von einem Wahlmännnergremium gewählt werden, dessen Zusammensetzung vorsorglich vor den Wahlen 1982 von der Regierung festgelegt wurde. Dieses Wahlmännnergremium (Colégio Eleitoral) repräsentiert jedoch nicht proportional die Wahlergebnisse von 1982, sondern hat noch einige "Ergänzungen" erfahren. Wahlmänner sind demnach alle Abgeordnete des Bundesparlamentes (Deputados Federais), alle Senatoren und je sechs Repräsentanten eines jeden Bundesstaates, die der jeweilige Gouverneur entsendet. Dieses Gremium ist aber deshalb nicht repräsentativ, weil

1/3 der Senatoren sogenannte "Biônicos" sind, d.h. sie sind nicht vom Volk gewählt, sondern von der Regierung eingesetzt; und zweitens weil jeder Bundesstaat sechs Repräsentanten entsendet, unabhängig von seiner Einwohnerzahl. Außerdem gibt es drei Bundesstaaten bzw. Territorien, in denen der Gouverneur auch 1982 nicht gewählt wurde, sondern von der Regierung eingesetzt worden ist. Dadurch verfügt die Regierungspartei über 15 Bundesstaaten (12 mit gewählten Gouverneuren und 3 mit nicht-gewählten), die Opposition hingegen nur über 10 (9 der PMDB - Partido Movimento Democrático Brasileiro und einen der PDT - Partido Democrático Trabalhista). Dadurch verschafft sich die Regierungspartei einen Vorsprung von 35 Stimmen im Colégio Eleitoral.

Würde man allerdings das Wahlergebnis von 1982 zugrundelegen, so ergäbe sich ein ganz anderes Bild: die zehn Bundesstaaten, in denen die Opposition die Wahlen gewonnen hat, repräsentieren ca. 3/4 der Gesamtbevölkerung Brasiliens, 3/4 des nationalen Territoriums und auch 3/4 des brasilianischen Bruttosozialproduktes. Angesichts dieser Tatsache erscheint die Infragestellung der Präsidentennachfolge im Sinne des Regimes nur legitim.



Um in der Frage der Präsidentennachfolge dennoch demokratisch zu erscheinen, hat der jetzige Präsident erstmals seinen Nachfolger nicht selbst ausgewählt wie es seine Vorgänger getan haben, sondern die Entscheidung an seine Partei, die PDS (Partido Democrático Social!) weitergegeben, damit diese "demokratisch" einen Kandidaten wählt. Dieser parteiinterne Wahlkampf, der zur Kandidatur im Colégio Eleitoral führen soll, hat im Januar diesen Jahres offiziell begonnen. Zuerst nominierte sich selbst Paulo Maluf: Unternehmer, Abgeordneter und Ex-Gouverneur (indirekter) von São Paulo. Seine Skrupellosigkeit ist geradezu sprichwörtlich, in der Öffentlichkeit repräsentiert er den korrupten Politiker, wobei dies nicht nur auf Vermutungen basiert, sondern auf weithin bekannten Tatsachen. Seine Taktik ist, einen Gutteil der Wahlmänner, hauptsächlich die Abgeordneten, buchstäblich zu kaufen. Schon jetzt hat er bei verschiedenen Gelegenheiten insgesamt 7 Ministerien für den Fall seiner Wahl versprochen.

Kurz darauf hat sich Mario Andreazza zum Kandidaten gekürt. Er ist Innenminister und war schon in früheren Regierungen Transportminister. In seiner Korruptierbarkeit steht er Maluf nur wenig nach und auch seine Popularität ist nur geringfügig größer. Seine Strategie ist, mit öffentlichen Geldern, über die er als Innenminister in relativ großer Menge verfügt, sich eine Mehrheit im Colégio Eleitoral zu sichern, was er vor allem über die Unterstützung der PDS-Gouverneure versucht.

Und schließlich ist Aureliano Chaves noch ein starker PDS-Kandidat. Er ist Ex-Gouverneur (indirekt) von Minas Gerais und derzeit Vize-Präsident des Landes (ebenfalls indirekt). Da er weder über die Skrupellosigkeit von Maluf, noch über die Gelder wie Andreazza verfügt, sind seine Chancen im Colégio Eleitoral zum neuen Präsidenten gewählt zu werden relativ gering. Er hat sich deshalb für eine billigere Variante entschieden - die Direktwahl.

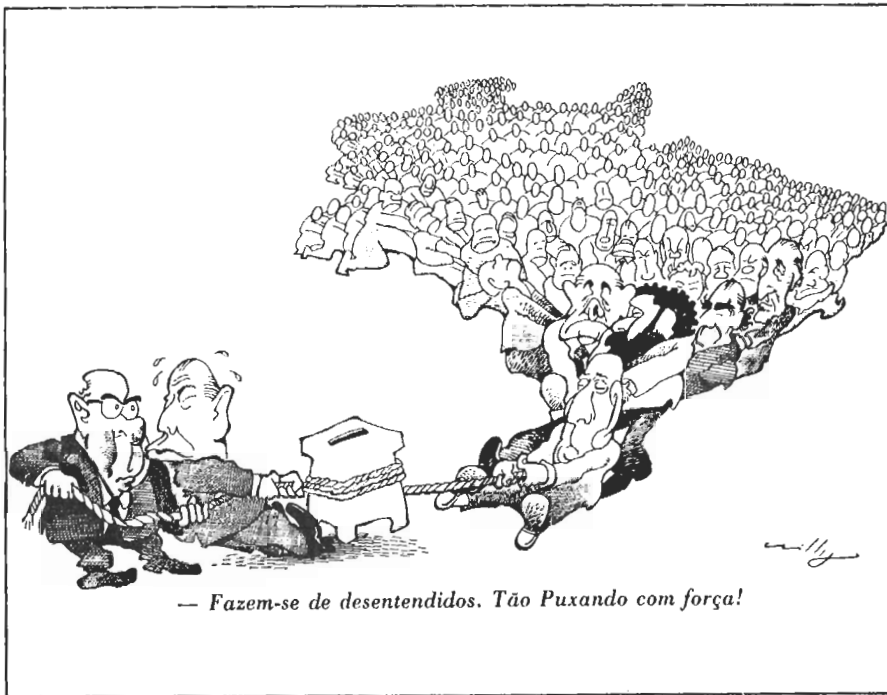
Er hat sich die landesweite Stimmung für Direktwahlen zunutze, und sich auch zum Sprecher derjenigen Politiker in der Regierungspartei gemacht, die Direktwahlen schon jetzt für angebracht halten und nicht erst für 1988, wie es die Regierung verspricht. Dieser Schritt hat ihm, zusammen mit seinem Ruf, ein relativ integrierender Politiker zu sein, viel Popularität eingebracht. Nach einer Umfrage, die vor wenigen Wochen in Brasilien durchgeführt wurde, wäre Aureliano Chaves bereits gewählt worden.

Während aber die PDS versuchte, Brasilien ein weiteres Mal auf einen Präsidenten aus ihren eigenen Reihen vorzubereiten, blieben blieben die Oppositionsparteien ebenfalls nicht tatenlos. Über Parteigrenzen und ideologische Differenzen hinweg, begannen alle Parteien die nationale Kampagne für Direktwahlen gemeinsam zu organisieren. Die Großveranstaltung am 25. Januar in São Paulo bildete dabei einen ersten wichtigen Markstein - 250.000 Menschen haben dort "Diretas Já!" (Direktwahlen jetzt!) gefordert. In den folgenden Wochen sind im ganzen Land verteilt ca. 20 Millionen Menschen auf die Straßen gegangen, um diesen letzten Schritt zur Demokratisierung zu fordern. Diese nationale Kampagne hatte am 10. April ihren vorläufigen Abschluß in Rio, bei dem 1 Million Menschen demonstrierten. Vorläufiger Abschluß deshalb, weil am 25. April eine Entscheidung im Parlament ansteht, bei der über einen Antrag eines Abgeordneten der PMDB zur Gesetzesänderung abgestimmt wird, die die Direktwahl des Präsidenten juristisch möglich machen würde.

Obwohl dies die größten politischen Demonstrationen seit 1964 in Brasilien sind, ist es noch fraglich, ob diese Änderung im Parlament zustande kommt. Selbst wenn das Gesetz das Abgeordnetenhaus passieren würde, den mit 1/3 "Biónicos" ausgestattete Senat würde es wohl kaum passieren. Was in einem solchen Fall für die weitere politische Entwicklung in Brasilien zu erwarten ist, ist im Moment schwer vorhersehbar, denn über diese Möglichkeit haben sich die Oppositionspolitiker noch gar nicht geäußert.

Sie tun dies nicht aus guten Grund, denn hinter der Einheitsfront für die "Diretas" bestehen noch große politische Differenzen. Aus diesem Grund ist von der Opposition bislang auch vermieden worden, über Kandidaten zu sprechen, was aus taktischen Erwägungen allerdings auch vernünftig ist. Doch wie die Abstimmung über den Änderungsantrag auch ausgeht, schon kurz danach wird die Frage entweder über die weitere Strategie, oder über einen gemeinsamen Kandidaten anstehen. Sie kann leicht zur Zerreißprobe für die gesamte Opposition werden, vor allem aber auch der stärksten Oppositionspartei, der PMDB, werden.

Eines ist jedoch in den letzten Wochen sehr deutlich geworden. Die "Abertura", die politische Öffnung, die von den Militärs selbst vor 10 Jahren begonnen wurde mit dem Ziel einer Demokratisierung, hat die Basis, hat das Volk längst erreicht. Nun scheint es an der Zeit zu sein, dieses Versprechen endlich wahr zu machen.



— Fazem-se de desentendidos. Tão Puxando com força!

Sie stellen sich dumm. Aber sie ziehen mit aller Kraft!

Não dá mais pra segurar. O povo quer votar.

DIRETAS JÁ

Dia 21, Candelária, às 16 horas.

ES IST NICHT MEHR AUFZUHALTEN. DAS VOLK WILL WÄHLEN.. DIREKTWAHLEN JETZT!

Interview mit Dalmo Dallari (2. Teil)

Im Folgenden veröffentlichen wir den zweiten Teil des Interviews mit Dalmo Dallari, dessen Anfang wir in LN 124 brachten. Dallari, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität von Sao Paulo, beschreibt die gegenwärtige politische Entwicklung in Brasilien und nimmt unter anderem auch Bezug auf eine Reihe von Themen, die in dem voranstehenden Artikel angesprochen wurden.

Frage: Gilt die an den politischen Parteien Brasiliens geäußerte Kritik auch für die PT?

Antwort: Die PT hat als einzige Partei eine größere Sorge um die langfristigen Probleme an den Tag gelegt. Aber aufgrund der internen Krisen kommt sie auf diesem Gebiet nur sehr langsam voran. Zweifellos ist die PT aber von diesem Aspekt her besser als die übrigen Parteien. Sie ist eine Partei, die noch darum bemüht ist, ihre Basis zu sichern, d.h. die Gruppierungen an der Basis funktionieren zwar, aber durch das Fehlen innerparteilicher Einheit, durch das Fehlen eines Aktionsprogramms und mangelnder Bewußtseinsbildung stagniert die PT, die Basisinitiativen sind immer die selben. Sie drehen sich im Kreise. Gerade in diesem Augenblick glaube ich, daß es gute Möglichkeiten für einen Fortschritt gäbe, denn insbesondere die PMDB-Wähler erkennen heute in großer Zahl, daß sie einen Fehler begangen haben. Ich selbst habe diese Erfahrung in Diskussionen mit Wählern von Franco Montoro gemacht, selbst mit PMDB-Wählern aus anderen Bundesstaaten, die mir zu verstehen gaben, daß sie sich geirrt hätten, daß es notwendig gewesen wäre, sehr viel weiter zu gehen. Und dieses "sehr viel weiter gehen" wäre das Votum für die PT gewesen. Aber sie hatten als Angehörige der Mittelklasse Angst, sich zu jenem Zeitpunkt weiter nach vorne zu wagen, und verstehen erst heute, daß sie dies hätten tun sollen.

Frage: Dies führt uns zu der Frage nach dem politischen Programm der Parteien. Gibt es heute ernstzunehmende Vorschläge der Opposition zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Brasiliens, oder ist es nicht vielmehr so, daß niemand genau weiß, wo es entlang gehen soll?

Antwort: Die in den Parteiprogrammen enthaltenen Vorschläge haben wenig mit dem zu tun, was die Parteien machen. Dies ist ein traditionelles Problem, das nicht nur Brasilien betrifft, sondern ein Teil des Systems der liberalen Demokratie ist; doch in Brasilien ist es sehr akzentuiert. Das Gesetz verlangt von den Parteien ein Programm, doch die Wähler lesen es nicht und offensichtlich erinnern sich auch viele Abgeordnete oder Parteiführer nicht an seinen Inhalt. Daher weiß man nicht, wozu die Programme nützlich sind. Es ist reine Formsache. Gegenüber konkreten Situationen geben die Parteien manchmal gute Stellungnahmen ab, aber nur in Einzelfällen, sie geben ihren Aussagen keine Kontinuität und sie verdrängen ein aktuelles Problem, um sich sofort in neue Auseinandersetzungen von Augenblickscharakter zu stürzen. Heute ist beispielsweise in Brasilien die Frage der Auslandsverschuldung von fundamentaler Bedeutung, jene Verschuldung, die Brasilien erdrückt, die ein Faktor für extreme Arbeitslosigkeit, Krise, Inflation ist. Und es gibt einen weiteren wichtigen Aspekt: die Auslandsverschuldung ist vollständig verfassungswidrig, weil die brasilianische Verfassung klar und eindeutig verlangt, daß von der Regierung abgeschlossene Verträge durch den Kongreß bestätigt werden. Doch keines dieser Abkommen ist vor dem Kongreß verhandelt worden. Wenn daher Brasilien es heute ablehnen würde, die Schulden zu bezahlen, hätten die Gläubiger nicht die geringste Handhabe, weil nach dem Gesetz diese Schulden gar nicht existieren, weil sie durch den Kongreß nicht abgesegnet wurden. Ich habe selbst in verschiede-

nen Artikeln die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt gelenkt, und selbst im Kongreß ist diese Frage diskutiert worden; doch als neue Augenblicksprobleme auftauchten, etwa Streit um Parteiposten, gaben alle Parteien ausnahmslos die Diskussion und die Auslandsverschuldung auf. Daraus wird klar, daß die Haltung der Parteien gegenüber den ökonomischen Problemen nicht konsequent ist, keine Kontinuität hat, und die Parteien haben daher auch kein Gewicht in den Entscheidungen über die Probleme der brasilianischen Wirtschaft.

Frage: ...und haben daher auch keine Alternative zur Politik der Regierung?

Antwort: Ja, dies ist wirklich so. Einzelne Personen, parteigebunden oder nicht, machen Vorschläge, kritisieren, aber sie tun dies immer nur als Individuen. Eine wirkliche Alternative ist tatsächlich bisher nicht entwickelt worden - beispielsweise im Hinblick auf die Außenverschuldung. Soll man ein Moratorium erklären oder in Übereinkunft mit den Gläubigern Umschuldungen aushandeln? All die ist noch nicht in ein zusammenhängendes Konzept überführt worden.

Frage: In internationalen Finanzkreisen, auch hier in der Bundesrepublik, ist man der Ansicht, daß Brasilien seine Schulden auf jeden Fall bezahlen muß. Wie reagiert die öffentliche Meinung in Brasilien darauf?

Antwort: Die öffentliche Meinung in Brasilien ist über die Frage der Auslandsverschuldung nur sehr schlecht informiert. Was das Volk weiß, ist, daß die Auslandsverschuldung Arbeitslosigkeit hervorruft und zur Inflation beiträgt. Die Gläubiger treiben ein sehr geschicktes Spiel, in dem sie dem Volk zu verstehen geben, Brasilien sei moralisch verpflichtet zu zahlen. Man redet sogar vom "Eingeständnis der Schulden", um dem Volk zu vermitteln, daß es ehrlos und unmoralisch sei, sie nicht abbezahlen. Das bedeutet ja schon, daß Brasilien die Schulden auf jeden Fall zurückzahlen hat. Doch anstatt darüber zu diskutieren, ob das Land die Schulden zahlen soll, redet man nur darüber, wie man zahlen soll. Dagegen müßte die Frage der Verschuldung selbst zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Es gab in dieser Hinsicht einige Ansätze, allein schon vom gesetzlichen Aspekt her, denn diese Schulden sind durch den Kongreß nie bestätigt worden. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist, daß die Regierung dem Volk niemals gesagt hat, wofür sie das Geld aus den Auslandskrediten verwandt hat. Was man weithin weiß, ist, daß ein Teil dieser Anleihen in öffentliche Vorhaben wie den Staudamm Itaipu, die Atomkraftwerke in Angra dos Reis, die Transamazônica, die Brücke zwischen Rio und Niterói, in öffentliche Projekte von zweifelhafter oder eindeutig nicht vorhandener Priorität geflossen sind, was insgesamt einen großen Teil der öffentlichen Schulden verschlang. Andererseits weiß man auch, daß ein Teil der Verschuldung aus Krediten an private oder juristische Personen mit Bürgschaften der brasilianischen Regierung resultiert. D.h., die Regierung verbürgte sich für die Verschuldung von Privatleuten. Diese aber haben nicht bezahlt, und so muß die Regierung heute die Verpflichtungen dieser Schuldner übernehmen. Ein weiterer Aspekt, der mitbetrachtet werden muß, betrifft die Zinsen. In diesem Fall handelt es sich um internationale Verpflichtungen, die zum Zeitpunkt ihrer Übernahme günstige Zinsbedingungen von 6% - 7% im Jahr boten. Es hat sich mittlerweile aber herausgestellt, daß Brasilien im Augenblick mehr als 20% Zinsen zahlt. Dies ist Wucher, absolut unmoralisch und es ist absurd, daß der Gläubiger angesichts solcher Immoralität behauptet, es sei unmoralisch, die Schulden nicht bezahlen zu wollen - während in Wahrheit die Immoralität in den Schulden selbst begründet liegt. Es handelt sich nämlich um Schulden, die nicht zum Wohle des brasilianischen Volkes aufgenommen wurden, ihm keine Vorteile brachten, sondern die internationalen Banken und Geschäftsmakler beträchtlich bereicherten. Daher ist in Wahrheit die Verschuldung unmoralisch. Ich sehe keinerlei unmoralisches Verhalten darin, die Einstellung der Zahlungen zu deklarieren.

Ein letzter wichtiger Aspekt diesbezüglich ist die landläufige Meinung, daß die internationalen Geschäftspartner die Lieferungen stornieren würden und Brasilien schrecklich darunter zu leiden hätte. Oder aber es wird gesagt, Brasilien verfüge über keine ausreichenden Ölreserven für eine handfeste Auseinandersetzung mit den

Gläubigern, denn in diesem Falle würden die Öllieferungen eingestellt und das Land zum Stillstand kommen. Ebenso wird beispielsweise hinsichtlich der Arzneimittel argumentiert. In diesem Bereich ist Brasilien von den Vereinigten Staaten, aber auch speziell von Deutschland abhängig. Man sagt also, das Land stünde ohne diese Produkte da. All dies ist meiner Meinung nach völlig unrichtig, denn Brasilien ist ein großer Abnehmer deutscher Maschinen, wie auch deutscher Chemieprodukte. Es ist offensichtlich, daß die deutschen Maschinenhersteller, die internationalen Mineralölgesellschaften ihre Lieferungen nicht einstellen können, da sie sich sonst dem Problem der verstärkten Arbeitslosigkeit in den Mutterländern gegenübersehen würden. Der Abnehmer ist für den Produzenten notwendig. Die Kaufkraft des Konsumenten muß genutzt werden. In Brasilien sind wir mehr als 120 Millionen Konsumenten. Das ist keine Kleinigkeit, sondern ein respektabler Markt! Ich glaube absolut nicht, daß die Verweigerung der Schuldentrückzahlung an die internationalen Banken als Auswirkung hätte, daß wir notwendigen Lieferungen aus dem Ausland nicht mehr erhalten würden. Ich glaube dies deshalb nicht, weil die Produzenten verkaufen müssen, oder aber andernfalls Arbeitslosigkeit und Gewinneinbußen riskieren würden. Brasilien ist noch immer ein sehr dankbares Feld für Investitionen, das sicher sehr hohe Gewinne sichert.

Frage: Aber verengen sich aufgrund der ökonomischen Zwangslage nicht die realen Machtmöglichkeiten der Opposition, bestimmte ökonomische Forderungen, z.B. in Lohnfragen, oder politische Bestrebungen, wie die Direktwahlen, durchzusetzen? Dies auch angesichts der Tatsache, daß die Gouverneure der wichtigsten Bundesstaaten der Opposition angehören und es scheint, daß es von 1982 bis heute in diesen Staaten keinerlei grundlegende Veränderungen gegeben hat, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung hätten verbessern können.

Antwort: Dies ist zum Teil der Tatsache geschuldet, daß diese Gouverneure der Opposition keine klaren oppositionellen Standpunkte eingenommen haben. Im Gegenteil, sie haben eine Position des Ausgleichs, eine Kompromißhaltung gesucht, welche die Opposition sehr stark geschwächt hat. Darüberhinaus gibt es Spannungen innerhalb der Opposition. D.h. selbst die PMDB, die größte Oppositionspartei, ist in viele Flügel gespalten. Sie ist faktisch keine Partei, sie ist eine Bewegung, sehr heterogen. All dies läßt die Opposition schwächer werden. Sie agiert nicht als Ganzes. Daneben stellt sich das Problem, daß der gesamte Regierungsapparat in Brasilien von der Regierung selbst installiert wurde. So sprechen wir heute in Brasilien von Direktwahlen für das Amt des Staatspräsidenten, aber um dies zu erreichen, wäre eine Verfassungsänderung notwendig. Nach der Verfassung, die von den Militärs deklariert wurde, kann eine Verfassungsänderung nur dann in Kraft treten, wenn zwei Drittel des Abgeordnetenhauses und zwei Drittel des Senats ihr zustimmen, was praktisch unmöglich ist, vor allem hinsichtlich des Senats. Die Regierung hat nämlich die sog. "biônicos" geschaffen, das sind von der Regierung ernannte Senatoren. Daher stammt schon einmal ein Drittel der Senatoren aus der freien Ernennung durch die Regierung. Darüberhinaus gibt es das Problem der Wahlkorruption, der Verfügbarkeit des administrativen Apparates, was der Regierung immer die Mehrheit im Senat garantiert. Während man also die Annahme einer Verfassungsänderung durch das Abgeordnetenhaus für möglich halten kann, im Senat würde sie nicht angenommen. Die Opposition allein wird also diese Zustimmung nicht durchsetzen können. Und hier taucht ein weiterer Aspekt auf, der sehr zu Zweifeln Anlaß gibt und mit der Regierung zu tun hat. Man weiß nicht genau, was die Regierung im Hinblick auf die Nachfolge Figueiredos im Schilde führt. Wenn die Regierung tatsächlich gegen die Kandidatur von Maluf wäre, wie es manchmal den Anschein gehabt hat, würde die Regierung selbst heute eine effektive politische Öffnung im Sinne von Direktwahlen vorantreiben. Maluf hat seine gesamte Macht zur Korruption auf die indirekten Wahlen ausgerichtet. Er hat die Mehrheit im Wahlmännergremium regelrecht gekauft. In Direktwahlen hingegen, abhängig von der Stimmabgabe des Volkes, glaube ich nicht, daß er die nötigen Stimmen zusammenbekommen würde. Wenn die Regierung also tatsächlich den Aufstieg Malufs blockieren wollte, würde sie auf diese Verfassungsreform und die Direktwahlen hinarbeiten, aber im Augenblick wird dies gerade nicht getan. Zur gleichen Zeit, in der sie sich gegen Maluf ausspricht, hält die Regierung unverrückbar an den indirekten Wahlen fest. Dies aber ist in der Tat der Weg zum Aufstieg Malufs. Somit wird es sehr schwierig, genau vorherzusagen, wo wir uns hinbewegen, weil man letztendlich nicht

weiß, wer in Brasilien regiert und diejenigen, die an der Regierung teilhaben, kleben an ihren Sesseln.

Frage: Und welche Strategie hat die Opposition im gegenwärtigen Moment der Nachfolgediskussion?

Antwort: Die Opposition konzentriert all ihre Organisationskraft, all ihre Druckmittel auf die Direktwahlen für das Amt des Präsidenten. Bis jetzt ist unklar, wie die Opposition das Hindernis der Verfassungsreform überwinden will. Man hat diese Frage nicht einmal diskutiert. Dem gegenwärtigen Eindruck nach hofft die Opposition auf einen großen Druck der öffentlichen Meinung. Sie hofft, die öffentliche Meinung werde zugunsten der Direktwahlen eintreten und so einen starken Druck auf die Regierung ausüben. Bis jetzt ist dies noch nicht geschehen.

Frage: Deswegen hat die Opposition auch noch keinen eigenen Kandidaten?

Antwort: Diese Frage stellt sich langsam; wer wäre der Kandidat, unterstellt, es gäbe Direktwahlen. Die Wähler sind von der Opposition sehr enttäuscht. So sind Gouverneure, die sich als sozusagen natürliche Kandidaten anböten, es heute nicht mehr. Dies geschieht mit der PMDB selbst. Personen wie Montoro oder Tancredo Neves werden heute nicht mehr als Kandidaten gesehen.

Frage: Welche Chancen hätte beispielsweise Brizola?

Antwort: Brizola ist in gewisser Weise unberechenbar und immer für Überraschungen gut. Selbst sein Wahlsieg in Rio de Janeiro kam gegen alle Erwartungen. Es gibt unterdessen einige Daten, soweit man aus ihnen eine Analyse bilden kann, gegen Brizola. Er leidet heute bereits unter einer großen Auszehrung in Rio de Janeiro. Er hat schon nicht mehr die Unterstützung, über die er bei seiner Wahl verfügte. Außerdem gibt es ein weiteres schwerwiegendes Problem. Brizolas Partei hat keine nationale Ausstrahlung, sie existiert in Rio de Janeiro, in Rio Grande do Sul und in kleinerem Maße auch in Sao Paulo. Aber selbst in Sao Paulo hat die Partei wegen des Abkommens von Brizola mit Ademar de Barros Filho eine erneute Schwächung erlitten. Brizola hat immer auf der These des Sozialismus bestanden, die man schon als "farbigen Sozialismus" bezeichnete, ein Sozialismus gemäß den Bedingungen in Brasilien; und jetzt liefert er in Sao Paulo die Partei an den Sohn des Ademar de Barros, einen Erben des Populismus seines Vaters, aus. Dieser ist ein extrem konservativer Mann, ein Großunternehmer, der mit den großen Wirtschaftsinteressen verquickt ist. Somit stellt einen scharfen Gegensatz zu Brizola dar und hat beträchtlich zur dessen Schwächung beigetragen. Brizolas Chance läge in einer großen Einheit der Oppositionsgruppen, um ihren Kandidaten, eben Brizola, zu benennen. Aber die Ambitionen innerhalb der PMDB sind ebenfalls sehr groß, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß sie einem solchem Prozeß folgen würde. Die PMDB, die Oppositionspartei mit einem Apparat auf nationaler Ebene könnte, wenn sie ihn Brizola zur Verfügung stellen würde, diesem - wer weiß - sogar zum Wahlsieg verhelfen. Aber innerhalb der PMDB gibt es bereits verschiedene Kandidaten, die schwerlich seiner Kandidatur zustimmen dürften.

LN: Vielen Dank für dieses Gespräch!

KOLUMBIEN

Die kolumbianische Politik: Die Sterilität von Wahlen

DAS SCHEITERN DER WAHLMASCHINERIE¹

Die Argumente derer, die den Wahlprozeß nicht akzeptieren und alternative Wege für den gesellschaftlichen Wandel vorschlagen, sind bekannt. Diese Argumente reichen von den oberflächlichsten Betrachtungen über die Macht der Klientelwirtschaft (Clientelismo), über die Manipulierung der Kommunikationsmittel und Wahlergebnisse durch die mächtigen Gruppen, bis zu den tiefsinnigen Überlegungen über die Unmöglichkeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch Wahlen zu verändern, weil diese die zugrundeliegende gesellschaftliche Ungleichheit reproduzieren: Die rein formellen Postulate von Freiheit und Gleichheit zwischen den Bürgern.

Die Wahlen vom 11. März 1984 in Kolumbien werfen viele Fragen auf wie: Haben sie zur Stabilität der Regierung beigetragen; haben sie dem herrschenden Machtblock dazu verholfen sich für eine einheitliche kapitalistische Entwicklungsstrategie zu entscheiden; oder haben die Wahlen die politischen Parteien wiederbelebt?

Die Antwort auf diese Fragen kann nur negativ sein. Weder Liberale noch Konservative haben die wesentlichen Probleme der aktuellen Konjunktur angesprochen. Man hat von ihnen weder ein Wort über eine allgemeine Agrarreform noch eine Stellungnahme über die Verbesserung der Situation der Bauern in den Kriegszonen gehört. Kein Politiker dieser Parteien hat gewagt, ein Wort zu erheben gegen die wiederholten Einladungen Belisario Betancurs zu privaten ausländischen Investitionen, keiner dieser Politiker hat empfohlen Überlegungen anzustellen, wie das Beschäftigungsniveau und die soziale Sicherheit verbessert werden könnten.

Insgesamt gesehen haben die Streitigkeiten über den politischen Stil oder das Image der verschiedenen Vertreter zwischen den Fraktionen dieser zwei Parteien das politische Programm zum wiederholten Male ersetzt.

Die Wahlenthaltung (70 %) hat der Propaganda der Regierung eine Absage erteilt und läßt die Milliarden von Pesos, die in die Wahlwerbung gesteckt worden sind - um die Apathie, den Unglauben an Wahlen oder den Aufruhr der Bevölkerung zu besiegen - als ungenügend erscheinen, um die Krise der kolumbianischen "Demokratie" zu überwinden.

Die erhoffte Zunahme in der Wahlbeteiligung, gestützt auf die Zahlen über die Wahlbeteiligung bei der Wahl Betancurs 1982 und auf die Meinungsumfragen, die dem Präsidenten als populär darstellten, ist wider Erwarten nicht eingetreten. Dies läßt folgende Frage offen: Vertreten die traditionellen bürgerlichen und linken Parteien als Organisationsformen "noch" die Interessen der Volksschichten, oder werden sie immer mehr von den "Bürgerinitiativen" (Movimientos Civicos) als eine mögliche Organisationsform breiter Schichten der Bevölkerung überrollt, wie sich vor allem in den letzten zwei Jahren gezeigt hat?

¹ Zeitschrift Solidaridad; Elecciones de Mitaca y situación política; Bogotá; März 1984; No. 52

HINTERGRUNDBEDINGUNGEN FÜR DIE WAHLEN VOM 11. MÄRZ

Welche Bedingungen als Hintergrund für die Wahlen vom 11. März 1984 zugrundelagen, wird in den folgenden Zeilen gesagt werden.

1.- Eine schwierige wirtschaftliche Lage (siehe LN 125)

Das Gewicht der wirtschaftlichen Krise des internationalen Kapitalismus und dessen protektionistischer Politik mit der Schrumpfung des Welthandels führt einerseits in Ländern wie Kolumbien zu einer stärkeren Gewichtung der Auslandsverschuldung, zu höheren Zinsraten, zu Preisverlusten bei den Exportprodukten, zur Verteuerung der Importkosten und zu einer größeren Kontrolle durch das Ausland über die Rohstoffe wie Erdöl und Kohle, und andererseits zur Verelendung breiter Schichten der kolumbianischen Bevölkerung. So zum Beispiel beträgt nach offiziellen Zahlen die Arbeitslosigkeit in Medellín - einst eine florierende Industriemetropole - 14-17 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung.

2.- Eine Reaktivierung der Arbeiter- und Volksbewegung

Die Durchführung von starken regionalen Streiks in diesem Jahr (Provinzen: Antioquia und Narino), wo viele Einwohner ihrer Aktivitäten unterbrochen haben, um gegen die hohen Tarife der öffentlichen Dienste und die soziale Vernachlässigung ihrer Regionen zu protestieren; die Streiks der in der Gewerkschaft FENALTRASE organisierten staatlichen Bediensteten, der Streik des Stahlwerkes von Paz del Rio, sind Indikatoren für das Entstehen von neuen Kämpfen.

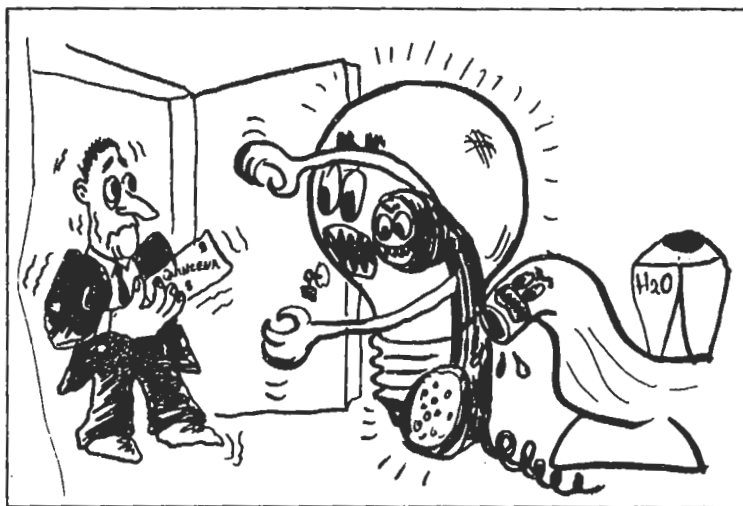


Begräbnis der während des regionalen Streiks in Antioquia ermordeten Personen

Zugleich zeugen das Bemühen um die Einheitsgewerkschaft und die Diskussionen darüber von der Notwendigkeit, aus gewonnenen Erfahrungen, der jetzigen und zukünftigen Regierungen vereint entgegenzutreten.

3.- Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in dem nationalen Entwicklungsplan Wachstum mit Gleichberechtigung zusammengefaßt wird, und die dem ausländischen Kapital Vergünstigungen gewährt. Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei der die Regierung zum Beispiel das ausländische Kapital nicht verpflichtet, seine Gewinne in Kolumbien wieder zu investieren. Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren langjährige Medizin, die das Hungern von 40 % der Bevölkerung, das Fehlen von Trinkwasser für 30 % der städtischen und für 65 % der ländlichen Bevölkerung, die ärztliche Versorgung auf dem Lande und in der Stadt bis jetzt nicht zu lösen vermochte, spiegelt die Klassenzusammensetzung in der kolumbianischen Regierung wider.

Zu der jetzigen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist noch hinzuzufügen, daß während dieser Regierung 40 Krankenhäuser geschlossen wurden und daß der Wohnungsbauplan 'Casas sin cuota inicial' (Häuser ohne Vor-Anzahlung) für die unteren Schichten bis jetzt nur zu 45 % realisiert ist und nicht mal "das wachsende Wohnungsdefizit zwischen 1983 und 1986 von 395.000 Wohnungen decken wird" 2).



DER STURM VOM 11. MÄRZ 1984

Belisario Betancur war bemüht, ein neutrales Bild von sich und der Regierung vor der Öffentlichkeit zu zeichnen. Er hat verboten, daß sich Regierungsangestellte und staatliche Bedienstete an der Wahlkampagne beteiligen.

Es ist aber eine Täuschung, zu behaupten, der Staat und seine Funktionäre seien neutral, wenn es bei solchen Wahlen darum geht, die bürokratischen Pfründe und die regionalen Leitungsfunktionen im Staate unter sich zu verteilen.

Die Wahlen von März 1984 waren für die konservative Partei eine Bewährungsprobe, um die Einheit für die Präsidentschaftswahlen von 1986 zu bewahren, wobei sie sich noch nicht auf Alvaro Gomez Hurtado, Emilio Valderrama oder eine anderen festgelegt haben und nach wie vor mit der Unterstützung des "Neuen Liberalismus" rechnen.

Die offizielle Linie des Liberalismus hat nach den Wahlen für die Gemeinderäte und Provinz-Parlamente Stimmen hinzugewonnen. Sie ist wieder die "Mehrheitspartei" in Kolumbien geworden, aber ohne eine definierte Doktrin und politische Einheit.

Der "Neue Liberalismus" ist nicht zur stärksten Fraktion der Liberalen geworden. Es bleibt abzuwarten, ob ihr Vertreter, Luis Carlos Galan Sarmiento, 1986 als Einheitskandidat der Liberalen auftreten wird.

Auf jedenfall ist die Zielsetzung dieser Fraktion der Liberalen, gegen die Bürokratie und die Klientelwirtschaft einzutreten, bei diesen Wahlen von ihnen über Bord geworfen worden. Für die Wahl des Gemeinderates von Bogotá bedienten sie sich der Privilegien der Regierungsmaschinerie und im Department Cundinamarca konnten sie auf die Unterstützung von 40 Bürgermeister rechnen 1).

Insgesamt gesehen haben sie sich nicht mit den dringlichen Problemen der Bevölkerung auseinandergesetzt, sondern sich in die Kämpfe um die Verteilung der Schlüsselpositionen innerhalb der staatlichen Verwaltung eingelassen.

1 Zeitschrift Colombia Hoy ; März-April 1984; Bogotá; No. 32; S. 13

2 CAMACOL; In: Zeitschrift der Contraloría general de la república; Bogotá; 1983; No. 148-149

TRAUMEN KOSTET NICHT VIEL

Im Unterschied zu anderen Ländern des amerikanischen Kontinents ist die kolumbianische Linke, u. a. ., aufgrund der Wahlproblematik gespalten. Die Eigenschaften, die die legale kolumbianische Linke charakterisieren sind: Reformismus, bürokratische Haltung und gesellschaftliche Abkapselung. Sie setzen sich ein für die "Demokratisierung des nationalen und regionalen Lebens", die direkte Wahl (Elección popular) der Bürgermeister und Provinz-Gouverneure, die Verlagerung der Entscheidungen über den Haushalt und über die Tarifregelung für öffentlichen Dienstleistungen in die Parlamente, und für die Aufhebung des Zwei-Parteien-Systems innerhalb der kolumbianischen Institutionen. Sie schlagen etwas vor, was die kolumbianische Oligarchie seit mindestens zwei Jahren mit einem anderen Wortschatz propagiert. Außerdem sind sie gesellschaftlich abgekapselt und wenn sie die Unterstützung der Arbeiterbewegung bekommen, mißbrauchen sie sie. 1)

So hat während des 32. Plenums der kolumbianischen Föderation der Lehrer (FECODE) die Mehrheit sich für die Organisation einer Wahlfront der Lehrer entschieden und die Basis übergangen. Diese Front hat innerhalb der vereinigten Linken FRENTE DEMOCRATICO am Wahlprozeß teilgenommen.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Wahlbeteiligung wieder zu ihren traditionellen Prozentzahlen zurückgekehrt ist, wobei man nicht sagen kann, daß dies das Resultat einer allgemeinen Bewußtwerdung über die Rolle von Wahlen oder eine Absage an den Parlamentarismus sei.

Zu denken gibt die Anzahl der Stimmen für die vereinigte Linke (100.000) und der Verlust von einigen Sitzen. Das Desaster ist noch größer, wenn man die große Zahl von Bewegungen und Parteien die sich in dem FRENTE DEMOCRATICO (Demokratischer Front) zusammengeschlossen haben, berücksichtigt.

Die Wahlen von März 1984 haben die "offiziellen Mehrheiten" der Liberalen und Konservativen bestätigt und das spezifische Problem der Wahlenthaltung der Masse der Bevölkerung - der wirklichen Mehrheit - wieder in den Vordergrund der Analysen über die Krise der kolumbianischen "Demokratie" gestellt.



1 Colombia Hoy; a.a.O.; S. 14

Zusammenarbeit von Militär und paramilitärischen Gruppen

Am gleichen Tag an dem Belisario Betancur im August 1982 sein Amt als kolumbianischer Präsident antrat, wurde in der Escuela de Suboficiales Inocencio Chincá in Popayan Floresmiro Chagüendo "auf der Flucht erschossen", - ermordet auf dem Gelände der Militärschule. Einen Tag darauf gab es ein Massaker an 8 Campesinos in Amalfí, Antioquia. Die Untersuchungen darüber blieben bisher ohne Ergebnis. Eigene Recherchen des Solidaritätskomitees mit den politischen Gefangenen (CSPP) ergaben, daß die Bauern von Militärs umgebracht wurden. Viele Kolumbianer mögen gedacht haben, daß dies die letzten Greuelthaten im Dunstkreis der gerade abgetretenen Regierung Turbay Ayala gewesen seien, einer Regierung, die in den Jahren 1978 bis 1982 die Menschenrechte mit Füßen getreten hatte.

Am 8. August 1983 und am 1. September des gleichen Jahres wurden - was die kolumbianische Tagespresse verschwiegen - in den Regionen Magdalena Medio und Huila Ortschaften vom Militär bombardiert, wobei in dem Ort Vuelta Acuña im Magdalena Medio 17 Menschen ums Leben kamen und mehr als 1000 die Flucht ergreifen mußten. Im Oktober 1983 veröffentlichte das "Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte" ein erschütterndes Dokument, in dem die Repressionsakte des letzten Jahres der Regierung Turbay dem ersten Jahr der Regierung B. Betancurs gegenübergestellt werden. Auffällig ist dabei die Abnahme von Wohnungsdurchsuchungen (258 auf 56) und von Verhaftungen. Was in erschreckendem Ausmaße zugenommen hat, sind Folterungen, Morddrohungen und Morde, die von Seiten des Militärs, der Polizei und paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Letztere haben unter der Regierung B. Betancurs viermal mehr Menschen gefoltert (109) und mehr als siebenmal so viele Personen (456) umgebracht (vgl. unten).

Paramilitärische und parapolizeiliche Gruppen treten Tag für Tag dreister auf und verstärken ihre Aktivitäten im ganzen Land. Die bekannteste und am besten strukturierte Gruppe ist der MAS (Muerte a los secuestradores - Tod den Entführern, vgl. LN 113). Daneben existiert eine Vielzahl von weiteren Gruppen: Escuadrón de la Muerte, El Grupo, MAOA (Muerte a Abigeos), CAFIES (Castigo a Firmantes e Intermediarios Estafadores), FALCO, Tiznados, Movimiento Anticomunista Colombiano, Los Grillos, El Escuadrón Machete, MAICOPA (Muerte a Invasores, Colaboradores y Patrocinadores), Falange.

Alle diese Gruppen gleichen sich in dem gemeinsamen Vorhaben, Regierungsgegner, aktive und amnestierte Guerrilleros, Bauernführer, Stadtteilführer, Gewerkschafter und politische Aktivisten physisch zu eliminieren. Kennzeichnend für alle Gruppen ist ihre direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit dem

COMITE PERMANENTE POR LA DEFENSA DE LOS DERECHOS HUMANOS

COMISION COORDINADORA

Carrera 7ª No 15-38 Of. 809-8 Tel. 282-43-90 y 234-49-03
A. A. 13817, BOGOTÁ, D. E.

		Repressionsakte während des letzten Jahres der Regierung Turbay A. 7.8.81 - 6.8.82	Repressionsakte während des ersten Jahres der Regierung B. Betancur 7.8.82 - 6.8.83
MORDE	total	369	674
	durch Einheiten der Streitkräfte der Polizei und des Geheimdienstes (I)	183	159
	durch paramilitärische Gruppen (II)	60	456
VERHAFTUNGEN	total	3998	2231
	I	3910	2206
	II	9	-
VERSCHWUNDENE UND ENTFÜHRTE	total	145	97
	I	104	54
	II	20	14
FOLTERUNGEN	total	309	619
	I	268	487
	II	26	109
VERLETZTE	total	72	122
	I	50	99
	II	9	16
MORDANDROHUNGEN	total	66	340
	I	42 ⁺	133
	II	19	194 ⁺⁺
DURCHSUCHUNGEN	total	258	56
	I	239	47
	II	1	-
ANSCHLÄGE (ATENTADOS)	total	7	22
	I	1	7
	II	2	14
VERTREIBUNG VON FAMILIEN	total	804	780
ASYLIERTE	total	20	2

+ und ein ganzes Dorf ++ und zwei ganze Dörfer

ANMERKUNG: Wo die Summe von I + II nicht zu der unter "total" angegebenen Zahl führt, sind die Verantwortlichen dieser Repressionsakte unbekannt.

Militär oder der Polizei. Viele von ihnen sind nach Aufhebung des Ausnahmezustandes im Juli 1982 entstanden. Offensichtlich ist die Verbindung zu den Militärs bei der Gruppe Tiznados, die im Magdalena Medio gegen die FARC (Guerillagruppe) kämpft, sowie bei den Gruppen El Machete und Los Grillos, letztere damit befasst, "Kolaborateure der Guerilla" umzubringen. Wie einige Mitglieder dieser Gruppe angeben, wurden sie für Geld und mit dem Versprechen, ihren "Dienst" als Militärdienst anzuerkennen und sie mit dem Militärausweis auszustatten, angeworben.

Die Beziehungen zwischen MAS und Militärs wurden Anfang 1983 öffentlich, als der Generalstaatsanwalt 163 Personen der Mitgliedschaft im MAS anklagte, unter ihnen 59 namentlich genannte aktive Militärs. Obwohl man davon ausgehen kann, daß wesentlich mehr Militärs, bis in die höchsten Ränge, in Aktivitäten paramilitärischer Gruppen verstrickt sind, zogen die Untersuchungen in den Fällen der namentlich Genannten bisher für sie keinerlei Konsequenzen nach sich. Die Militärs blockieren ein weiteres Vorgehen bzw. eine Verurteilung, indem sie beanspruchen, die Angeklagten vor ein Militärgericht zu stellen, da die ihnen zur Last gelegten Verbrechen "im Zusammenhang mit der Dienstausbildung" (sic!) stünden. Was zu erwarten ist, wenn Militärs sich selbst "richten", kann man sich ausmalen.

Im "Escuadrón de la Muerte", der vorgibt das gemeine Verbrechen zu bekämpfen, - eine Aufgabe die sonst der Polizei zufällt, - sind Vertreter dieser Institution anzutreffen. Die Aufgabenverteilung zwischen Polizei, Militär und paramilitärischen Gruppen wird jedoch flexibel gehandhabt. Im August 1983 waren es 4 Polizisten, die in Medellín den Studenten Luis Fernando Giraldo mit einer am Bauch befestigten Dynamitladung in die Luft sprengten, nachdem sie ihn vorher auf bestialische Weise gefoltert und stranguliert hatten.

Alle paramilitärischen Gruppen gehen bei ihrer "Arbeit" nach dem gleichen Schema vor. Sie durchsuchen die Wohnung ihres Opfers, foltern dieses dann und bringen es anschließend um. Ihr Ziel ist die physische Ausrottung der "Subversion" an jedem Ort, sie dringen dafür bis in die staatlichen Gefängnisse vor.

Ihre Aktionen haben Schrecken und Unsicherheit in verschiedenen ländlichen Regionen verbreitet. Es fanden Massaker an Campesinos und Vertreibungen statt, die an die schwärzesten Zeiten liberal-konservativer Violencia in den 40er und 50er Jahren erinnern. Vergleiche zu den Praktiken der Militärdiktaturen des südlichen Lateinamerikas und Mittelamerikas drängen sich auf. Anlässlich der Entdeckung von 22 Kadavern in einem Massengrab in Remedios (Antioquia) im Oktober 1983 schreibt Daniel Samper, Kolumnist der Tageszeitung "El Tiempo": "Die Gewalt, unter der das Land seit einigen Jahren leidet, imitiert bewusst die repressiven Mechanismen, die seit Jahren im Cono Sur Anwendung finden. Immer mehr gleichen wir dem Argentinien der Militärdiktatur..." In Remedios waren, nach Angaben des in dieser Region arbeitenden Patres Gabriel Yepes Yepes, im August 82 insgesamt 22 Personen, Bauern, Minenarbeiter, Kinder, Frauen und alte Menschen ermordet worden. "Gruppen des Heeres kamen am 2. August des vergangenen Jahres in Zivilkleidung in diese Region. Am 13. August des gleichen Monats verließen sie das Gebiet wieder, in gleicher Aufmachung." Was zurückblieb, war ein Massengrab.

In alarmierendem Maße zugenommen hat auch die Zahl der Verschwundenen. Laut offiziellen Angaben waren es Ende 1983 rund 200 namentlich bekannte Personen. In Wirklichkeit dürfte die Zahl wesentlich höher liegen. Jede Woche findet Donnerstag Mittag im Zentrum Bogotá eine Demonstration der Familienangehörigen der Verschwundenen statt. Zum letzten mal gesehen wurden viele der jetzt Vermissten, als sie von Organen des Militärs, der Polizei oder des Geheimdienstes verhaftet wurden.

Estimada, Respetada, Apreciada y de pronto Asesinada Señora :

EL MAS LE DESEA FELIZ NAVIDAD Y PROSPERO AÑO NUEVO

Tenemos conocimiento de que su esposo RODRIGO CORDOBA, estuvo fuera del País realizando un curso militar y que se dedicará a entrenar a los miembros primarios de las GUERRILLAS DEL M-19 y que es en Sintra-Cocacola es lo que usted hace allí (LAS NARICES DONDE NO LE IMPORTA).

Con esta misiva estamos dándole un ultimatum a RODRIGO y BEATRIZ especialmente a RODRIGO por ser el principal metiche, por dárseles de revolucionario, de líder y de entorpecedor de nuestra democracia, esperamos BEATRIZ que se retiren de sus actividades izquierdistas o de lo contrario les pesará toda la vida, pues los exterminaremos UNO A UNO, aconseje a su criminal ESPOSO, dígame que no joda más de lo contrario (EL MAS NO PERDONA DESPUES DE ADVERTIR).

Bucaramanga, 23-Dez-83

Verehrte, respektierte, geschätzte und plötzlich ermordete Señora:

DER MAS WÜNSCHT IHNEN FROHE WEIHNACHTEN UND EIN ERFOLGREICHES NEUES JAHR

Wir haben Kenntnis davon, daß ihr Mann RODRIGO CORDOBA sich außerhalb des Landes befand, um an einer militärischen Ausbildung teilzunehmen, daß er in Zukunft die neuen Mitglieder der GUERRILLASCHULEN DER M-19 trainieren wird, daß er als Funktionär von USITRAS (Gewerkschaftsverband A.d.Ü.) nur dazu da ist, um die braven Leute irrezuführen.

Wir möchten dir mitteilen, daß wir von deinen täglichen Aktivitäten und denen deines kriminellen Mannes wissen, vor allem von denen in Sintra-Cocacola (Betriebsgewerkschaft von Cocacola, A.d.Ü.), d.h. von dem was du dort machst (STECKST DEINE NASE REIN WO ES DICH NICHTS ANGEHT).

Mit dieser Botschaft stellen wir RODRIGO und BEATRIZ ein Ultimatum, vor allem RODRIGO, der sich gefällt als Revolutionär, als Führer, als Hindernis für unsere Demokratie, im, der der Hauptverwickelte ist. BEATRIZ wir erwarten, daß ihr von den linken Aktivitäten ablaßt, wenn nicht, wird euer ganzes Leben zu Ende sein. Wir werden euch einen nach dem andern vernichten. Rate deinem kriminellen Mann, sag ihm, daß er keinen Ärger mehr macht. (DER MAS VERZEIHT NICHT, NACHDEM ER GEWARNT HAT)

WÖLFE IM SCHAFSPELZ - NÜTZLICHE IDIOTEN - KOMMUNISTISCHE MÖRDER

WIR WERDEN MIT DEM GANZEN GEWICHT DES MAS ÜBER EUCH FALLEN

Im August 1982 tönte B. Betancur bei seiner Antrittsrede laut über die "Plaza de Bolivar": "Ich will nicht, daß ein einziger weiterer Tropfen kolumbianischen Blutes vergossen wird...nicht ein einziger" und schloß mit den Worten: "...Gott ist mein Zeuge, ihr (das Volk, A. d. Ü.) seid meine Bürger". Da B. Betancur und seine Regierung ihr Versprechen nicht eingelöst haben, müssen nun die Bürger die Schuld bezahlen.

In Bezug auf die Verbindung der paramilitärischen Gruppe MAS mit dem Militär wurde von einer Kommission des III. Menschenrechtsforums, das im März 83 stattfand, folgende Befürchtung geäußert:

"Das Schlimmste was dem Land und seinen Zivilinstitutionen zustoßen könnte, wäre eine Weigerung des Militärs, ein Verfahren vor Zivilgerichten zu akzeptieren. Dies würde in der Tat einen Schlag gegen die zivile Justiz bedeuten, seine vollkommene Ignorierung durch das Militär.

Die Bevölkerung würde es zu der Erkenntnis zwingen, dass der furchteinflößende MAS, entgegen dem, was wir alle wünschen, die Unterstützung des Militärs hat."

Genau dieser Fall ist in Kolumbien eingetreten. Die Militärs haben verhindert, daß Mitglieder ihrer Institution vor zivilen Gerichten für Verbrechen, die sie im Namen von paramilitärischen Gruppen verübten, verurteilt werden können.

So wie in den Fällen der Verbrechen des MAS hat sich die oberste gerichtliche Instanz (Tribunal Superior Disciplinario), die letztendlich über die Zuständigkeit für ein Verfahren zu entscheiden hat, in strittigen Fällen immer wieder für eine Überführung an die Militärgerichte ausgesprochen. So auch zuletzt im Februar 1984 in der Angelegenheit von Valbuena Barriga, der als Kommandant des Militärstützpunktes in Segovia (Antioquia), für ein im August 83 begangenes Massaker an über 20 Campesinos der Region Cañaveral verantwortlich war.

Es scheint in Kolumbien ein ungeschriebenes Gesetz zu sein, daß Mitglieder der Polizei, des Militärs, sowie den diesen Institutionen jeweils angegliederten Geheimdiensten, von keinen außer den eignen, nachsichtigen, Gerichtsinstanzen zur Verantwortung gezogen werden können.

Dieses Privileg haben sich die Militärs von der Regierung B. Betancur nicht nehmen lassen, und die Mitglieder der erwähnten Institutionen (Polizei, Militär, Geheimdienste F-2 und B-2) verübten in diesem Bewußtsein im Zusammenspiel mit den paramilitärischen Gruppen Morde an Campesinos, Gewerkschaftern und Stadtteilführern in ständig größerem Ausmaße.



200 Verschwundene in Kolumbien

BRD-CHILE

Chile im Bundestag

Befriedigung über längst abgebrochenen Dialog

Im September 1983 hatte die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag zu Chile eingebracht, in dem begrüßt wird, daß der Kampf der demokratischen Parteien und der Arbeitnehmer um ihre Rechte breitere Unterstützung findet und das chilenische Regime dafür kritisiert wird, daß es "das Aufbegehren des Volkes genauso blutig unterdrückt, wie es einst die Demokratie beseitigt hat". Unter anderem fordert der Antrag, daß die U-Boot-Lieferung an Chile unterbleibt.

Der SPD-Antrag wurde im September an den Auswärtigen Ausschuß verwiesen, der ein halbes Jahr brauchte, um ihn in die folgende Fassung zu verkehren:

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen;

b) folgende Entschließung anzunehmen:

Eingedenk der vielfältigen traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und chilenischen Volk verfolgt der Deutsche Bundestag mit Aufmerksamkeit und Sorge die Entwicklung in Chile. Er verurteilt grundsätzlich und weltweit die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele und spricht die Erwartung aus, daß die beiden auch von Chile ratifizierten Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen volle Anwendung finden.

Die Verfassung von 1980 versteht die Militärregierung als Übergangsregierung und sieht für 1989 Präsidentschaftswahlen vor. Der Deutsche Bundestag stellt deshalb mit Befriedigung fest, daß es in den letzten Monaten zu ersten Ansätzen eines Dialogs zwischen Regierung und demokratischer Opposition mit dem Ziel gekommen ist, rascher als ursprünglich vorgesehen, eine politische Öffnung und einen Übergang zur Demokratie zu erreichen. Der Deutsche Bundestag würde es begrüßen, wenn das im Rahmen des Dialogs von der Regierung angekündigte Ziel vorgezogener Parlamentswahlen sobald wie möglich verwirklicht werden könnte.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alles in ihren Kräften stehende zu tun, um zur Wiederherstellung freiheitlich demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Chile zum frühestmöglichen Zeitpunkt beizutragen,
- alle in Chile an dem neuen Dialog Beteiligten, insbesondere die Träger der staatlichen Gewalt, dazu anzuhalten, die Bemühungen um einen friedlichen Übergang zu demokratischen Verhältnissen zu intensivieren und dabei auf jede Gewaltanwendung zu verzichten.

Der Deutsche Bundestag hat zur Kenntnis genommen, daß durch einige Zugeständnisse der Militärregierung, insbesondere durch die Rückkehrerlaubnis für Zwangsexilierte, Fortschritte gemacht wurden, daß aber die Menschen- und Bürgerrechte immer noch nicht voll wiederhergestellt sind. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihren Einfluß bei der chilenischen Regierung dahin gehend auszuüben, daß diese

- alle Voraussetzungen für ein ungehindertes Wirken der demokratischen Parteien schafft,
- die gewerkschaftlichen Rechte wieder voll herstellt,
- alle Personen freiläßt, die sich aus politischen Gründen in Haft befinden, das Schicksal der zwischen 1973 und 1977 Verschollenen voll aufklärt sowie polizeiliche Übergriffe auf die Bevölkerung abstellt.

Der Deutsche Bundestag versichert dem chilenischen Volk, daß ein freiheitlich-demokratisches Chile mit der Freundschaft und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann.

Dieser Antrag wurde am 5. April mit der Mehrheit von CSU/CDU und FDP beschlossen. Aus der vorangegangenen Debatte einige Zitate, die keiner Kommentierung bedürfen:

Abgeordneter Brück (SPD):

"... In der Entschließung der CDU/CSU wird auch vom begonnenen Dialog gesprochen. Dazu muß man leider sagen: Der Dialog ist unterbrochen. Die Regierung Pinochet ist nicht in der Lage, echte Zugeständnisse in Richtung Demokratisierung zu machen. Deshalb lese ich in der Beschlußempfehlung des Ausschusses mit Erstaunen den Satz: 'Die Verfassung von 1980 versteht die Militärregierung als Übergangsregierung und sieht für 1989 Präsidentschaftswahlen vor.' Wie eigentlich kann man einen solchen Satz in einer Entschließung des Deutschen Bundestags, des Parlaments eines freien Landes, unkommentiert schreiben? Kein Wort der Kritik an dieser sogenannten Verfassung von 1980; kein Wort der Kritik an der sogenannten Übergangsregierung. Demokraten können doch nur eins fordern: Die Regierung Pinochet muß zurücktreten. ... Sie muß den Weg für eine demokratische Entwicklung freimachen. Wenn in dem Koalitionsantrag an alle appelliert wird, keine Gewalt anzuwenden, muß man deutlich sagen: Gewalt wird durch das Regime angewendet. ..."

Abgeordneter Klein (CSU):

"... Jetzt ist in Lateinamerika die Demokratie auf dem Vormarsch. Die Kräfte der pluralistischen Mitte werden stärker. ... Was für zahlreiche andere lateinamerikanische Staaten gilt, trifft auch für Chile zu: Der mühsame und oft leidvolle Demokratisierungsprozeß hat mächtige Gegner. Totalitäre Linke und autoritäre Rechte liefern sich gegenseitig Rechtfertigung für die Anwendung von Gewalt. ... Wir müssen doch aber schlicht - ich für meinen Teil sage auch: mit Respekt - zur Kenntnis nehmen, daß die Junta die Rückkehr zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit will. ..."

Abgeordnete Frau Gottwald (GRÜNE):

"... Chile ist eines der dunkelsten Kapitel, das die bundesdeutsche Außenwirtschaft und Außenpolitik je geschrieben hat. ... Die sozialliberale Bundesregierung hat Anfang der 70er Jahre den internationalen Wirtschaftsboykott gegen das demokratische Chile aktiv mitgetragen. ... Sie war aktiv dabei, als die USA der neuen demokratischen Regierung von außen das Wasser abgegraben haben. Ganz anders jedoch war es in den Folgejahren. Nachdem dank der USA und ihrer Geheimdienste - was Herr Klein eben vergessen hatte zu erwähnen - einer der blutigsten Militärputsche in Lateinamerika erfolgt war, änderte sich die Politik der sozialliberalen Bundesregierung. Mit Zustimmung der BRD erhielt Pinochet internationale Kredite, das bilaterale Umschuldungsabkommen zwischen der BRD und Chile wurde unterzeichnet, der Handel mit Chile blühte wieder, das bundesdeutsche Kapital zeigte sich wieder investitionsfreudig dank der durch Terror billig gehaltenen chilenischen Arbeitskraft, und die Bundesregierung unterstützte diese Entwicklung durch die Erhöhung der Exportbürgschaften für Chile. Die Krönung dieser Politik war die Genehmigung des Baues zweier U-Boote für das Terrorregime im Jahre 1980. Daß der U-Boot-Bau auch die tatsächliche Auslieferung nach sich ziehen sollte, ist nur logisch und wurde vorbereitet durch die Ausbildung chilenischer Militärs an den Rüstungsgütern auf bundesdeutschen Werften. Auch wenn die SPD heute ihren Antrag hier einbringt - den wir unterstützen - muß sie sich doch eines sagen lassen: Dieser Sinneswandel in der Chile-Politik, liebe Genossen und Genossinnen, hätte euch 14 Jahre früher, zu Zeiten eurer Regierungsverantwortung weitaus besser zu Gesicht gestanden. ..."

... Aber laut Bundesregierung ... finden U-Boote bei der Austragung innenpolitischer Konflikte keine Verwendung. Wollen Sie sich eigentlich über uns lustig machen, oder wie soll ich solche Erläuterungen von Ihnen verstehen? ... Seien Sie doch ehrlich, sagen sie doch gleich, daß Sie die innenpolitische Situation in Chile reichlich wenig interessiert. Dann hätten Sie wenigstens nicht gelogen. Sagen Sie doch hier laut und deutlich, daß Sie bereit sind, zur Aufrechterhal-

tung ihrer Interessen jeden Schrott - und seien es Rüstungsgüter - an jedes Terrorregime der Dritten Welt zu liefern. Sagen Sie das doch. ..."

Abgeordneter Waltemathe (SPD):

"... Meine Damen und Herren, wenn jetzt die Koalitionsmehrheit feststellen will, daß die Menschenrechte in Chile noch nicht voll wieder hergestellt worden seien und daß Pinochet angeblich großzügige Rückkehrerlaubnisse angeordnet habe, so gehen diese Feststellungen völlig an der chilenischen Wirklichkeit vorbei. Es ist nicht die Wahrheit, die dort in dem Antrag ausgedrückt wird. Tatsache ist, daß das Regime in Chile die Namen von lediglich 3411 Chilenen veröffentlicht hat, die angeblich nach Chile zurückkehren dürfen. Auf diesen Listen stehen u.a. auch die Namen von Menschen, die niemals im Exil gelebt haben. Es stehen darauf die Namen von kleinen Kindern, ja, es stehen sogar Namen von politischen Gefangenen darauf, die in die Hände der chilenischen Geheimpolizei geraten und verschwunden sind. Mehrere Chilenen haben die Erfahrung gemacht, daß sie am Flughafen von Santiago de Chile zurückgewiesen wurden, obwohl sie auf den Listen verzeichnet waren.

Am 13. Dezember 1983, vor einem guten Vierteljahr, hat auf der Konferenz der christdemokratischen Weltunion in Santiago de Chile der Generalsekretär der CDU zur Demokratie in Chile aufgerufen. Er hat gesagt: "Ein demokratisches Chile kann auf die freundschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen." In diesem Punkt stimmen wir mit dem Generalsekretär überein. Natürlich kann ein demokratisches Chile mit unserer Freundschaft und Unterstützung rechnen. Es klang sicherlich besser als die Töne 1977, als Strauß die unter dem Militärregime neu erworbene Freiheit pries. Aber leider ist die Bundesrepublik Deutschland immer noch sehr zaghaft gewesen - ich füge hinzu: auch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition -, überhaupt den Feststellungen der UNO-Menschenrechtskommission zu folgen und das Pinochet-Regime eindeutig zu verurteilen. Nunmehr hat die Bundesregierung ausgerechnet zu einem Zeitpunkt die Ausfuhr von zwei U-Booten nach Chile genehmigt, da Pinochet seinem Volk den Kriegszustand erklärt hat. Der Ausnahmezustand ist etwas anderes. Dieser Deutsche Bundestag, meine Damen und Herren, wäre gut beraten, die Dinge beim Namen zu nennen und nicht durch nebelhafte Formulierungen den Eindruck zu erwecken, als seien in Chile Normalität und demokratische Entwicklung eingekehrt. ..."

Staatsminister Möllemann (FDP):

"... Auf den ersten Blick haben sich in der Tat die Aussichten auf eine Besserung der Lage nach der von der chilenischen Regierung im August 1983 verfügten partiellen politischen Öffnung verschlechtert. Es gibt jedoch bei sorgfältiger Betrachtung auch Anzeichen dafür, daß angesichts der jüngsten Gewalteszesse die Bereitschaft zum Gespräch auf beiden Seiten wieder zunimmt. Gerade in dieser Situation begrüßt es die Bundesregierung, daß ihr die heutige Debatte des Deutschen Bundestages die Gelegenheit gibt, sich mit den in der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses aufgeführten grundsätzlichen Zielsetzungen zu identifizieren. ..."

... Den Vorwurf, die Bundesregierung trage mit der Lieferung von zwei U-Booten an Chile zur Stabilisierung der chilenischen Diktatur bei, weise ich zurück. Die Lieferung erfolgt auf Grund privatwirtschaftlicher Vereinbarungen. Die Genehmigung zur Herstellung der U-Boote wurde von der Bundesregierung Schmidt 1980 unter Berücksichtigung der inneren und äußeren Lage Chiles erteilt. Damit wurde gleichzeitig deutlich, daß die Ausfuhr nur versagt werden würde, wenn sich die Umstände, die bei der Entscheidung maßgeblich waren, wesentlich änderten; das ist nicht der Fall. Ja, die Umstände, die bei der Genehmigung seinerzeit gegeben waren, haben sich in der Tat nicht wesentlich geändert. Aber eine solche Genehmigung, Frau Gottwald, führt zu einer gewissen Bindung auch gegenüber dem Unternehmen, dem gegenüber der Staat, die Bundesregierung aus der Bundeskasse regungspflichtig wird, wenn sie eine erteilte Genehmigung, ohne daß sich die Umstände geändert haben, die ihr zugrunde lagen, zurückzieht. Bitte, Herr Kollege Brück, es hat nichts mit Redlichkeit zu tun, wenn man diesen Sachverhalt nicht klar darstellt. Sie müssen dann sagen: Wir verlangen, daß die Bundeskasse mehrere hundert Millionen DM Schadenersatz dafür übernimmt, daß eine Verpflichtung, die Helmut Schmidt eingegangen ist, nicht eingelöst wird, wiewohl sich die Voraussetzungen nicht geändert haben. ..."

SOLIDARITÄT

Gründung einer alternativen Stiftung

Das Dritte-Welt-Haus Bielefeld und der Mittelamerika-Informationsdienst (mid) haben uns folgendes Papier über die mögliche Gründung einer "alternativen Stiftung" analog zu den bestehenden Stiftungen der etablierten Parteien zugeschickt.

Vertreter verschiedener 3.Welt-Gruppen haben (z.T. im Auftrag des BUKO) an einigen Sitzungen teilgenommen, die sich mit der Gründung einer "alternativen Stiftung" beschäftigt haben. Wir wollen Euch hiermit über die Ergebnisse dieser Beratungen informieren und Euch gleichzeitig einladen, an der Gründung einer solchen alternativen Stiftung mitzuwirken.

Hintergrund der Stiftungsdiskussion ist die Tatsache, daß alle etablierten Parteien durch ihre "parteinahen" Stiftungen jedes Jahr Millionenbeträge aus öffentlichen Mitteln (vor allem Bundeshaushalt) kassieren, während die GRÜNEN keine derartige Stiftung gegründet haben und dieses Geld quasi vorbeifließen lassen.

Andererseits haben die GRÜNEN gegen die bestehende Form der Geldzuwendungen an die Stiftungen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, weil zum einen hier eine indirekte Form der Parteienfinanzierung durch öffentliche Gelder stattfindet, und zum anderen keine ausreichende Nachweispflicht über die Verwendung der Gelder besteht. Auf diesem Hintergrund war von Anfang an klar, daß eine dem GRÜNEN Milieu entspringende Stiftung zum einen wirklich unabhängig von der Partei der GRÜNEN sein müßte, zum anderen eine völlige Offenlegung der Finanzen unverzichtbar wäre.

Auf dem Hintergrund dieser Prinzipien haben sich Vertreter verschiedener Bewegungen (Sozialpolitik, Weiterbildung, Frauen, Ökologie, Friedensbewegung, Dritte Welt) und GRÜNE Parteimitglieder einige Male getroffen, um über die "alternative Stiftung" zu beraten. Allen Anwesenden war der Wunsch gemeinsam, daß die Stiftung parteiunabhängig, ohne Einfluß GRÜNER Funktionäre von den verschiedenen sozialen Bewegungen getragen werden sollte, wobei die einzelnen Politikfelder sogenannte "Fachbereiche" bilden sollten, die relativ autonom im Rahmen der Stiftung über Projekte in ihrem jeweiligen Bereich beraten und entscheiden sollen. Der Vorbereitungskreis hat hierfür mittlerweile einen Satzungsentwurf ausgearbeitet, der eine solche Struktur auch juristisch festschreiben soll. Der hier für eine solche Stiftung vorgeschlagene Name soll nach dem Willen der Vorbereitungsgruppe lauten: DEZENTRALE - Verein zur Förderung emanzipatorischer und ökologischer Bewegungen und Initiativen.

Für die DRITTE-WELT-BEWEGUNG könnte die Gründung einer solchen Stiftung bedeuten, daß mittelfristig erhebliche öffentliche Gelder - allerdings für festgelegte Zwecke - zur Verfügung stehen. Das BMZ fördert heute in einer Größenordnung von über 200 Mio DM Projekte der "parteinahen" Stiftungen. Ein gewisser Prozentsatz dieser Gelder (vielleicht rund 15 Mio DM) stünde damit auch einer alternativen Stiftung, die von den GRÜNEN nominiert wird, zur Verfügung. Diese Gelder wären wohlgeordnet zweckgebunden für bestimmte Projekte ("Förderung der Sozialstruktur in Entwicklungsländern", "Förderung der gesellschaftspolitischen Bildung in Entwicklungsländern"). Es käme dann also darauf an, sinnvolle, verantwortbare Projekte zu finden, deren Förde-

rung von der Dritte-Welt-Bewegung befürwortet werden kann. Wir sollten schon frühzeitig der Versuchung widerstehen, ähnlich wie andere Entwicklungshilfeeinrichtungen nur deshalb, weil viel Geld zur Verfügung steht, unkritisch Projekte zu finanzieren. Es bedarf also einer mittelfristigen Planung und einer kritischen Konzeption, damit Qualität und Quantität übereinstimmen.

Die meisten Dritte-Welt-Gruppen haben bisher nicht eigenständig Projekte in der Dritten Welt gefördert. Sie sind wahrscheinlich eher an finanziellen Zuwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit interessiert. Auch hier sind u.U. gewisse Mittel aus dem BMZ-Bildungsetat zugunsten der Stiftung zu erwarten, wenn auch die Kriterien der Vergabe eher restriktiv sind. Wir sollten allerdings nicht davon ausgehen, daß die Gründung einer solchen Stiftung uns alle finanziellen Sorgen nehmen kann.

Wenn unter dem Strich eine Gründung einer derartigen Stiftung uns dennoch sinnvoll erscheint, so vor allem deswegen, weil wir uns im Projektbereich langfristig eine nicht unerhebliche Förderung gerade solcher Maßnahmen versprechen, die bisher keinen Förderer finden. Wir dürfen auch erwarten, daß eine Stiftung mit beträchtlichem Finanzvolumen wichtige Dienste für die Dritte-Welt-Gruppen und ihre Arbeit leisten könnte. Dies gilt auch für die wissenschaftlichen Mitarbeiter einer derartigen Stiftung und für die Verwertung ihrer Forschungsergebnisse.

Die Gründung einer Stiftung beinhaltet auch Gefahren. Ein großer Apparat, wie er bei dem zu erwartenden Finanzvolumen wohl notwendig ist, bedeutet sicher auch eine entsprechende Eigendynamik. Derartigen Gefahren kann nur begegnet werden, wenn die Dritte-Welt-Bewegung tatsächlich diese Stiftung (vor allem den "Fachbereich Entwicklungspolitik") trägt, sich an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen (in der Fachbereichsversammlung, im Fachbereichsrat und im Vergabeausschuß) beteiligt und so dafür sorgt, daß sie es ist, die die politische Richtung bestimmt.

Wir möchten Euch deshalb einladen, an diesem Gründungsprozeß einer alternativen Stiftung teilzunehmen.

Als Termin möchten wir einen Nachmittag während des nächsten BUKO (31.5. bis 3.6.84 in Münster) vorschlagen, weil viele Gruppen dann ohnehin dort zusammenkommen werden. Vorgesehen ist der Samstag, den 2.6. um 14 Uhr 30.

Anlaufstelle zwecks genauer Ortsangabe: Infozentrum Solidarische Welt, An der Mühlen 25, 44 Münster, Tel.: 0251/521302

Der Satzungsentwurf wird beim BUKO verteilt.

Lieder, Gedichte, Texte und Zeichnungen

zum 4. JAHRESTAG DER ERMORDUNG VON
ERZBISCHOF ARNULFO ROMERO

aus den salvadorenischen Flüchtlingslagern
spanisch, ca. 8 Seiten

zu beziehen bei: Kurt Trautwein, Universitätsstr. 19, 43 Essen 1

BITTE BEI BESTELLUNGEN RÜCKPORTO BEILEGEN!

Aufruf

Ende Februar wurde SANTOS GILBERTA IGLESIA, eine Frau aus den Flüchtlingslagern von Colomoncagua, vermutlich von honduranischen Militärs beim Versuch nach El Salvador zurückzukehren, verhaftet. Offensichtlich hat sie aus Angst vor der geplanten Verlagerung die Nerven verloren und sich alleine auf den Weg in die Heimat gemacht.

Bis heute ist über ihren Verbleib noch nichts genaueres bekannt. Wahrscheinlich befindet sie sich in der honduranischen Militärbasis Marcala.

Wir möchten Euch dringend bitten, Briefe an den UNHCR, sowie an die Menschenrechtskommission der UNO in Genf zu schicken und nach dem Verbleib dieser Frau zu fragen.

UNHCR
z.H.v: Peter Härtling
Palais de Naciones
CH-1211 Genf 10

Menschenrechtskommission der
Vereinten Nationen
Palais de Naciones
CH-1211 Genf 10

Da sich nun, wie obiger Bericht zeigt, die Situation im Grenzgebiet ständig zuspitzt, sind wir sehr besorgt über das Schicksal der Flüchtlinge, die sich weiterhin gegen diese Verlagerung wehren und bereit sind Widerstand zu leisten.

Deshalb möchten wir Euch nochmals auffordern, an den UNHCR (Adresse s. o.), sowie an folgende Organisationen Protestbriefe gegen die Verlagerung zu senden:

Weltrat der Kirchen
150 route de Ferney
CH-1211 Genf 20

Deutsche Bischofskonferenz
Evangelischer Rat der Kirchen



Zelt in einem Flüchtlingslager in Honduras: Hier müssen 3-4 Familien hausen, d.h. ca. 15 Personen. Links neben dem Zelt befindet sich ein kleiner Gemüsegarten.

Frauenaktion gegen Schering

Am 23. März fand in Berlin ein von Schering organisiertes Symposium zum Thema: "Empfängnisverhütung - Bewertung verschiedener Methoden aus heutiger Sicht" statt.

Obwohl zu erwarten war, daß keine neuen Methoden dargestellt würden, und obwohl auch die Sicht- und Argumentationsweisen der Vertreter der Pharmaindustrie und der Mehrheit der Ärzte - für die dieses Symposium veranstaltet wurde - allzugen bekannt sind, erscheint es uns trotzdem sinnvoll, einige Argumente aufzuzeigen, die zeigen, wie wenig die Forschung an Verhütungsmethoden Frauen im allgemeinen und erst recht Frauen in der 3. Welt berücksichtigt.

In vielen Beiträgen, ja sogar in der Einleitung, wurde auf die Bedeutung der Empfängnisverhütung hingewiesen. Es wäre "ein zwingendes Gebot, sich mit den heutigen Verfahren der Verhütung der Fortpflanzung zu beschäftigen", wenn man bedenken würde, daß in unterentwickelten Ländern oft fast 40% der Bevölkerung unter 14 Jahre alt ist. Die Angst vor der Bevölkerungsexplosion wurde kräftig geschürt: "Überbevölkerung und zunehmende Rohstoffverknappung machen Maßnahmen zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion notwendig." "Die Entwicklung einer sicheren Kontrazeption ist die Voraussetzung zu einer gesteuerten Kontrolle der Überbevölkerung. (...) Es wäre sinnvoll, wenn sich die Weltbevölkerung einer freiwilligen Selbstkontrolle unterziehen würde."

Ungesagt steht hinter diesen Argumenten die Behauptung, daß die Bevölkerungsexplosion - natürlich die in den Ländern der 3. Welt - für die Rohstoffverknappung verantwortlich ist. Die Frage nach der Verteilung der Rohstoffe und die danach, wer denn die meisten Rohstoffe und Nahrungsmittel verbraucht, wird erst gar nicht gestellt. Die Nordamerikaner, die lediglich 6% der Weltbevölkerung ausmachen verbrauchen mehr Energie als alle Menschen in den Entwicklungsländern, deren Anteil an der Weltbevölkerung 2/3 beträgt. Die Bevölkerungspolitiker - zu denen im weitesten Sinne auch Schering zählt, für den der Export von Verhütungsmitteln in die 3. Welt die Hauptprofitquelle ist, - argumentieren für die Durchsetzung von Geburtenkontrollprogrammen damit, daß Überbevölkerung für die Armut verantwortlich ist. Doch folgende Tatsachen beweisen das Gegenteil:

- Die "armen" Länder produzieren mehr Nahrungsmittel als die Industrienationen.
- Hungersnöte gibt es in Bolivien mit 5 Einwohnern pro Quadratkilometer, als auch in Indien mit 172 - nicht aber in Holland, wo 326 Menschen pro Quadratkilometer leben.
- In der Sahel-Zone stieg der Export von Baumwolle während der großen Hungersnot Anfang der 70-er Jahre zwischen 1966 und 1972 um 400%. Gemüseexporte sowie der Export von Rindfleisch und Erdnüssen erreichten Rekordhöhen.

Eine Verringerung der Bevölkerungsdichte führt nicht zwangsweise zu weniger Armut, wie die Familienplanungsprogramme uns Frauen hier und in der 3. Welt weismachen wollen.

Staatliche Kontrollprogramme zur Geburteneindämmung wurden auf dem Symposium als effektiv dargestellt: "Es hat sich gezeigt, daß in Entwicklungsländern diese Kontrolle bereits jetzt zu guten Erfolgen geführt hat, und hierdurch die Bevölkerungsexplosion möglicherweise kontrolliert werden kann."

Hinter den staatlichen Familienplanungsprogrammen stehen immer wirtschaftliche, machtpolitische und rassistische Interessen, z.B. das Interesse der Herrschenden an der Verminderung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die Gesundheit und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen spielen bei der Planung und Durchführung der Programme keine Rolle.

Sowen in den Ländern der 3. Welt die Nebenwirkungen verschiedener Verhütungsmittel bewußt verschwiegen, die Pillenpackungen erhalten dort z.B. andere Waschetzel. Die 3-Monatsspritze, ein langwirkendes hormonelles Verhütungsmittel, wird verstärkt in den Ländern der 3. Welt eingesetzt, obwohl sie seit 1978 in den USA wegen ihrer schweren Nebenwirkungen verboten ist. (In der BRD wird sie hauptsächlich an Ausländerinnen und psychisch Kranke verabreicht.) Auch die Forschung bei den Verhütungsmitteln geht dahin, die Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen noch weiter auszudehnen. Beispiele hierfür sind die Entwicklung der "5-Jahres-Pille" oder langwirkender Hautimplantate, die verhütend wirken.

Um den Protest gegen diesen Pharmakonzern, dessen Praktiken und Profitmaximierung auf Kosten der Frauen auszudrücken, gelangen 40 Frauen in den Saal, in dem Schering das Symposium über Empfängnisverhütung abhielt. Knallkörper wurden geworfen und die Frauen entrollten ihre Transparente.

HIER TAGT SCHERING UND CO. ZU BEVÖLKERUNGSPOLITIK
BEVÖLKERUNGSPOLITIK = AUSROTTUNG DER ARMEN STATT DER ARMUT

ALLEN BEVÖLKERUNGSSTRATEGEN WERDEN WIR DAS HANDWERK LEGEN!

SCHERING MACHT BLUTIGE PROFITE AUF KOSTEN VON FRAUENKÖRPERN

Die Veranstalter und die geladenen Gäste reagierten zunächst mit Arroganz: "Was will denn der Kindergarten hier?" "Es scheint eine Demonstration zu geben." Einige Frauen versuchten, über Mikrofon ihre Argumente gegen Verhütungsmittel wie Pille und 3-Monatsspritze und gegen die von Politikern und Pharmaindustrie geführte Bevölkerungspolitik auszudrücken. Zwei Scheringangestellte versuchten sie mit Handgreiflichkeiten daran zu hindern. Nach Rangeleien mit dem Hotelpersonal verließen die Frauen den Saal unter lautem Schreien: "Bayer, Schering und Konsorten, helfen mit bei Völkermorden!" Am Ausgang versuchte ein Hotelangestellter den Frauen die Tür zu versperren. Diese konnten jedoch durch eine Nebentür entkommen und auf die Straße gelangen. Zwei Polizisten, die kurz darauf in ihrem VW-Bus erschienen, versuchten eine Frau herauszugreifen. Nachdem dies mißlungen war, setzten sie Tränengas ein und sprühten es aus kürzester Entfernung auf die Frauen. Als Verstärkung für die Polizisten kam, zerrten diese 20 Frauen brutal in die Wannen und verhafteten sie. Sie wurden dann nach der Aufnahme ihrer Personalien freigelassen. Strafanträge wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden gestellt. Eine Frau bekommt wahrscheinlich eine Starafanzee wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.



LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Im Mehringhof · Gneisenaustr. 2 · 1000 Berlin 61

Tel 030/693 40 29

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN Gneisenaustr. 2 D-1000 Berlin 61

betrifft: KRIEGSGERICHTSPROZESSE gegen Miristas (Chile) (vgl. S. 19)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

anbei schicken wir Euch die neuesten Informationen über die zu erwartenden Kriegsgerechtsprozesse - mit Todesfolge - gegen 3 Leute vom MIR in Chile.

Wir verbinden damit die Bitte, Euch eurer Möglichkeiten nach an einer nationalen Protestkampagne zu beteiligen.

Wir schlagen Euch mehrere Möglichkeiten dafür vor.

1. die üblichen Protestbriefe und -telegramme an den Diktator, das chilenische Innenministerium etc. Hat natürlich nur Sinn, wenn das zahlreich passiert.
2. Aufforderung an das Auswärtige Amt in Bonn, sich für die Suspendierung des Kriegsgerechtsprozesses einzusetzen und falls da nichts läuft, die Begnadigung der Angeklagten zu fordern und anzubieten, sie in der BRD aufzunehmen.
3. Mangels bisher interessierter Masse hier in Berlin (Chilenen und Deutsche) - offensichtlich muß immer erst Blut fließen, bevor sich die Leute rühren - sehen wir uns auf die Schnelle nicht in der Lage, größere Mobilisierungen zustande zu bringen. Jedoch wollen wir uns auch nicht nur auf den üblichen Papierkram beschränken. Wir planen also hier in Berlin für Mittwoch den 2. Mai einen so massiv wie möglichen Besuch bei chilenischen Konsulat, wo wir unseren Protest ausdrücken wollen und gleichzeitig verlangen, daß dieser sofort über Telex nach Chile vermittelt wird. Vorher wollen wir das Konsulat nicht verlassen.

Wir fänden es gut, wenn sich in anderen Städten der BRD am gleichen Tage oder kurz vorher oder später gleiche Aktionen ergäben. Es versteht sich, daß dazu soviel "Öffentlichkeit" (Presse etc.) wie möglich eingeladen werden soll.

Wenn von euch jemand andere und/oder bessere Aktionen plant, wären wir froh, wenn ihr uns informieren würdet. Adresse und Telefon siehe oben.

Mit solidarischen Grüßen

die LN-Redaktion

PS: Alle, die an der Aktion am 2. Mai in Berlin teilnehmen wollen, laden wir zu einer Vorbesprechung am 30. April um 18.00 in den Räumen des FDCL (Adresse siehe oben, 2. Aufgang, 5. Stock) ein.

REZENSIONEN

Selbst unter der Bitterkeit

Gedichte von Otto René Castillo

aus Guatemala

Hrsg.: Informationstelle Guatemala e.V.

Maistr. 29

D-8000 München 2

2. erweiterte Auflage,

München, Januar 1983

ISBN 3-923872-00-3

Mit diesem Buch "Selbst unter der Bitterkeit" ist es dem Herausgeber gelungen, eine umfassende Darstellung der Dichtung in Mittelamerika unter dem besonderen Aspekt des Werkes von Otto René Castillo zu erzeugen.

"Der Dichter ist moralisches Verhalten" (M.A. Asturias). In der ganzen Spanne dieses Satzes ist das Werk Castillos zu verstehen. Über die Schwierigkeit des täglichen Lebens unter der Repression in Guatemala und später El Salvador findet der Dichter Castillo zu einer intensiven und direkten Sprache, die ihn mit den Problemen und der Liebe zu seinem Land und dem Volk verbindet.

MEIN LAND MEINE LIEBE

Alle/ Liebe der Welt/ liegt auf meinen Lippen,/ wenn ich dich küsse,/ wenn ich in deine Seele stürze/ wie ein blindes Gestirn/ in die Nacht der Einsamen.
Hör es, sieh es, fühl es.

Es ist die heimliche Vereinigung/ deiner Verliebten/ in der Tiefe meines Speichels.

Alle/ die Küsse der Liebe/ einen sich auf meinem Mund/ und auf deinem,/ all die Liebe,/ all das Leben!

Es sei/ meine Liebe immer/ deine Begleitung./ Damit/ nie fehle meine Liebe/ in deinen Fundamenten./ Erhebe dich/ sicher über/ ihr, mein Land/ mit deinen nackten Füßen,/ voller Schlamm und voller Pfade. (Kapitel 1, S. 11)

Schon im Vorwort von Peter Paul Zahl wird deutlich, wie stark bei Castillo Poesie und Widerstand im persönlichen Leben eine Einheit ist. Daß dies über die schriftstellerische Arbeit hinausgehende Verantwortung für Castillo bedeutet hat, wird auch aus der - den Gedichten folgenden - Zeittafel mit biographischen Notizen und seinem persönlichen Schicksal deutlich. Er wurde am 19. März 1967 von Spezialeinheiten der guatemaltekischen Armee erst brutal gefoltert und dann ermordet. Das Ziel all seiner Kämpfe, ob als Dichter oder im Guerillakampf, so scheint es, war die revolutionäre Verwirklichung der Liebe und der Hoffnung für eine gerechte Zukunft seines Landes. Entstanden sind die Gedichte im Zeitraum von 1955 - 1967 (bis

heute zum Teil unveröffentlicht).

Über diese Zeit und die gesellschaftlichen bzw. persönlichen Umstände Castillos schrieb Roque Dalton das Nachwort. Hierbei bezieht er sich auf das Ende der Revolution in Guatemala 1954 und die darauf folgende Konterrevolution. Die Zeit des Exils in El Salvador wird ausführlich beschrieben und Roque Dalton ordnet Castillo in die "... Avantgarde der revolutionären Ungeduld jener Zeit", ein.

So stehen die Gedichte immer wieder in diesem praktischen und nachvollziehbaren Zusammenhang. Am Ende seines Nachwortes schreibt Roque Dalton: "Es gibt wenige Beispiele, die moralisch mehr beweisen, daß dies eine Welt ist, die über alle Risiken und alle Opfer hinweg verändert werden muß".

Wie wahr dieser Satz ist, wird gerade heute angesichts der Schilderungen aus dem guatemaltekischen Hochland, den Flüchtlingslagern und des Völkermordes an der indianischen Bevölkerung besonders kraß deutlich.

So ist dieses Buch nicht nur durch die Gegenüberstellung von Spanisch/Deutsch (verbunden mit eindrucksvollen Fotos) ein Beitrag zur internationalen Solidarität, sondern auch ein Zeugnis von der kraftvollen und bildreichen Dichtung eines Volkes "... UNTER DER BITTERKEIT".

Inhalt: Vorwort P.P. Zahl

1. Kapitel: Mein Land, Meine Liebe

2. Kapitel: Morgen der Sieg

3. Kapitel: Flügel des Gesangs

4. Kapitel: Das Private zählt auch

Nachwort Roque Dalton

Der Erlös aus dem Verkauf des Buches geht in Projekte zur Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Guatemala und Südmexiko.

INFO-MATERIAL : Broschüre zur Situation der MENSCHENRECHTE in Guatemala, englischsprachig, 33 Seiten.
zu bestellen : Kurt Trautwein, Universitätsstraße 19, 43 Essen 1

HUMAN RIGHTS

IN GUATEMALA

COMITE PRO JUSTICIA Y PAZ DE GUATEMALA

February 1984

A report published in collaboration
with the World Council of Churches

Von einem der auszog, die Wahrheit zu finden...

Günter Wallraff u.a.
Nicaragua von Innen
Reihe konkret, Hamburg 1983

Den meisten von uns ist es längst bekannt. Günter Wallraff war im August 1983 zehn Tage lang als Staatsgast in Nicaragua. Was er dort erlebte, schrieb er in Konkret und in einem Buch nieder, gab er auf Pressekonferenzen und zahlreichen Veranstaltungen bekannt. Wir hören und lesen von einem Land, in dem alles das Wirklichkeit geworden ist, was wir von einer Revolution erhoffen und erträumen.

Wallraff hat sich nach allem erkundigt und die kompetentesten Männer und Frauen des Landes befragt, die Comandantes, die Chefs, die Repräsentanten. In schönen Worten und stilistisch einwandfrei liefert er uns demzufolge eine Art Hofbericht, die Geschichte Nicaraguas gesehen mit den Augen seiner Macher, d.h. für ihn die Geschichte Nicaraguas gesehen mit den Augen seiner Macher, d.h. für ihn derer, die es wissen müssen. Keinen Augenblick zweifelt er an der Vollständigkeit seiner Informationen, seiner Beobachtungen, die er - immer von einem Schwarm offizieller Interpreten umgeben - in den kurzen Tagen seines Aufenthalts gesammelt hat.

Über allem, was er erlebte liegt ein zauberhafter Glanz, leuchtet eine helle Flamme. Sie lassen die Menschen schön und edel erscheinen mit denen Wallraff zusammen trifft. Jeder von ihnen ist ein kleiner Märchenheld; und wie im Märchen gibt es auch nur die ganz Guten und die Bitterbösen. In Wirklichkeit sieht es ja anders aus. Da kämpft der Riese Goliath doch gegen einen David, der durchaus auch schlechte Eigenschaften hat. Aber die Wirklichkeit ist eben kein Märchen.

Man könnte versuchen, die Angelegenheit auf sich berufen zu lassen, sich zu sagen, daß es wohl nichts schadet, wenn Wallraff mit seinem Heldenepos durch die Lande zieht. Zumindestens bringt er die Rolle klar zum Ausdruck, die die USA in Mittelamerika spielen. Es wird anhand seiner Beiträge auch deutlich, wie wichtig es ist, die Solidaritätsarbeit zu intensivieren.

Dagegen spricht jedoch die Gefahr, die von einer derartig kritiklosen Berichterstattung ausgeht. Wo der Informant behauptet, er wisse über das Streikverbot, die Löhne der Arbeiter, die Lebensbedingungen der Campesinos, die Situation der linken Opposition, die Stimmung in der Bevölkerung und die Macht- und Entscheidungsstrukturen innerhalb des Staatsapparates Bescheid.

Dagegen spricht, daß er von allem keine Ahnung haben und einzig die Version nachbeten kann, die ihm nun einmal vorgetragen worden ist. Dagegen spricht, daß eine solche Berichterstattung sehr vielen Leuten aus der Solidaritätsbewegung gefällt und mehrere hundert Menschen Wallraff erst kürzlich in Berlin atemlos gelauscht haben. Da hat niemand hinterher gefragt, ob dies denn das Ergebnis einer jahrzehntelangen Erfahrung als Reporter sein könne. Ob er nicht gelernt habe, daß ein offizieller Schreiber und Staatsgast notwendigerweise als solcher ins Bild gesetzt werde. Ob er wirklich glaube, daß die Sandinisten plötzlich alles in die Welt hinausposaunen wollten, nur weil er ihr Gast war. Warum er es nicht vorgezogen habe, wenigstens festzustellen, daß seiner Erkundigungsreise solche Grenzen gesetzt waren. Nein, sie haben alle geklatscht und waren zufrieden, haben sich gefreut, daß es der Wallraff auch gesagt hat, der ja bekanntlich für die Wahrheit zuständig ist. Jetzt haben sie einen Verbündeten mehr gegen die lästige Kritik und die zweifelnden Fragen. Jetzt können sie an ihrem Wolkenkuckuksheim weiterbasteln.

Es gibt auch andere Stimmen in der Solidaritätsbewegung und viele, die sich über Wallraff sehr geärgert haben. Aber die sind lange nicht so bekannt, in ihre Veranstaltungen kommen nur wenige, ihre Diskussionen sind oft äußerst frustig. Da machts mit Wallraff einfach viel mehr Spaß.

Eingegangene Bücher

LAOON ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN (Lateinamerika-Dokumentationsstelle FB 6, Gesamthochschule Kassel, Heinrich Plett-Straße 40, 3500 Kassel)
Heft 9/10: Dieter Gawora: Lateinamerika hier - Zur Entwicklung der internationalen Solidarität in der Bundesrepublik, Kassel 1983

Heft 11: Paulo Süß: Entwicklungsstrategie und Integrationswort in Amazonien. Regionale Analyse und Aktion. Kassel 1984

Heft 12: Den Haag-Resolution: Eine alternative Politik für Zentralamerika und die Karibik. Kassel 1984

Sonderdruck: Klaus Schimpf / Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Christen und Revolution. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in den sozialistischen Ländern Afrikas und Lateinamerikas. Kassel 1983

William Prescott: Die Eroberung Mexicos. Mit 16 farbigen indianischen Abbildungen. 390 S., Verlag C.H. Beck, München 1984 (Nachdruck von 1842)

Jay Jennings: Der Atzteke. Roman. 865 S., Fischer-Verlag, Frankfurt 1984

Dieter Nohlen (Hrsg.): Lexicon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. 640 S., Handbuch rororo, Reinbek 1984

Hans A. de Boer: Entscheidung für die Hoffnung. Auf den Spuren der Veränderung in Lateinamerika und Afrika. Vorwort von Erhard Eppler. 175 S., Peter Hammer-Verlag, Wuppertal 1984

Che Guevara: Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAL / Schaffen wir 2,3, viele Vietnams / Das Wesen des Partisanenkampfes. Eingeleitet und übersetzt von G. Salvatore und R. Dutschke. Oberbaumverlag, Berlin 1984

Leopoldo Mármora: Nation und Internationalismus. Probleme eines sozialistischen Nationenbegriffs. 194 S., edition con Periferia, Bremen 1983

Gerhard Stapelfeld: Peru - "Im Namen der Freiheit ins Elend". Notizen und Analysen. 140 S., Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1984

Al Imfeld: Zucker. 205 S., Unionsverlag, Zürich 1983

Mittelamerika-Frauengruppe Kassel: Frauen in Nicaragua. 35 S., Kassel 1984. Bestelladresse: Jutta Keppler, Kantstr. 10, 3500 Kassel

Gitta Rösing / Frank Lehmann: No pasarán. Bilder und Berichte aus Nicaragua. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt 1984

Elisabeth Burgo: Rigoberta Menchú - Leben in Guatemala. 245 S., Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1984

Pablo Yáñez Barrios: Antenor Flores - Das Leben eines chilenischen Arbeiters erzählt im Exil, Lamuv Taschenbuch 31, Bornheim-Merten 1983

Clarita Müller-Plantenberg / Rolf Rempel: Soziale Bewegungen und räumliche Strukturen in Lateinamerika. Beiträge von C. Müller-Plantenberg, E. Pradilla, A. Quijano, W. Robinson (MINVAH, Nicaragua), Roberto Segre, P. Singer. Reihe Urbs et Regio 31, 1984

Philip Agee / Regina Fuchs / Manfred Ernst: Generalprobe Grenada. Augenzeugenberichte und Analysen. 190 S., Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1984

Mario Benedetti: Die Sterne und Du. Erzählungen aus Uruguay. Dialog Dritte Welt. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984

Andrea Nispel u.a.: Jedem das Seine. Von der Teilung der Arbeit und der Teilung der Macht. Frauen in Lateinamerika am Beispiel Guatemala. Texte und Fotos zu einer Ausstellung. 120 S., Edition con, Bremen 1984

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info Nr. 75, April 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Rolling back in die fünfziger Jahre - Mittelamerika im Strudel des zweiten Kalten Krieges - US-Militärstützpunkt Honduras - "Wir haben Verständnis für die Interessen der USA in dieser Region" - Aus den parlamentarischen Ausschüß

Berichte und Hintergründe: Nicaraguas Gewerkschaften: ... Gesellschafts- und Arbeiterinteressen gleichzeitig vertreten / Wahlen in Nicaragua: Frei, manipuliert oder international dirigiert? / "Wahlen" in El Salvador: Sand in die Augen der Weltöffentlichkeit / Porto Nacional in Brasilien: Mit Revolverhelden gegen Kleinbauern / Bodenschätze gefährden Yanomami-Indianer / Nicht das Geld - die politische Autorisierung durch den IMF braucht die Regierung: Interview mit Lula über die Verschuldungssituation in Brasilien / Kolumbien: Flughafenpiste durch das Stadtviertel
Ländernachrichten: Nicaragua: Minen vor Nicaraguas Häfen / Peru: Massiver Protest der peruanischen Arbeiter gegen die Wirtschaftspolitik Belaúndes / Der Streik der SUTEP braucht unsere Unterstützung. Solidaritätsbewegung: Von der Schulaufgabenhilfe zur (Über-) Lebenshilfe: Ein Kinderprojekt in den Favelavierteln von Santiago de Chile / Zur Umkehrung des eingleisigen Informationsflusses: Unterstützungsauftrag für wir

Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/1984 (März)

Postfach 2846
2000 Hamburg 19

Schwerpunkt: "Staudämme"

Gewinner und Verlierer des "Fortschritts" - Mahaweli: Fragwürdige Ziele eines Mammutprojektes - Der alte Mann und das Wasser - Cabora Bassa: Politisches Fauspfand für Südafrika - Forschung für die Herrschenden - Manantali - Problematische Neuordnung einer Flußregion - Der Akombo Dam am Volta See - Bakolori: Der Widerstand der Bauern - Assuan: ein Staudamm zwischen Ost und West - Kostbarer als Gold: Die Geschichte der Staudämme.

MITTELAMERIKA-MAGAZIN Nr. 36, März 1984

Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Guatemala: Kein Ende des bewaffneten Widerstands / Das neue Armeegesetz / Die Wiederbelebung der Wirtschaft: Ein Hirngespinnst / El Salvador: Die Todesschwadronen lassen sich nicht kontrollieren / Nicaragua: Wahlen in Nicaragua / Pflanzenschutz zwischen Ökonomie und Ökologie / Projekt: Biologischer Pflanzenschutz für Nicaragua / BRD: Bundestag: "Drogenhändler, Geheimpolizisten, politische Gefangene" / Solidaritätsarbeit: "Matsch, Flöhe, Langeweile" (Arbeitsbrigaden in Nicaragua) / Mittelamerikasolidarität soll kriminalisiert werden / Kultur: Zeitgen. Dichtung: die Erben Ruben Darios.

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 2, März 1984

Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Schwerpunkt: MOSAMBIK: Frontstaat unter Druck

Krieg und Hunger: Rahmenbedingungen mosambikanischer Entwicklungspolitik / Abkommen zwischen Mosambik und Südafrika / Abkommen kein Sieg für Pretoria / "Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen: Dürre und Überschwemmung treffen Mosambik hart / Eine umstrittene Kampagne: Überlegungen zur 'Operação Produção' / Alphabetisierung in Mosambik / Das Wort 'Frau' kommt nicht vor / Die neugegründete mosambikanische Gewerkschaft / Kaum Vorteile, aber keine Nachteile: Die Bedeutung der Lomé-Konvention für Mosambik / Lennestadt-M'Kondede: Eine Schulpartnerschaft / Koordinierungskreis Mosambik / Die Südafrika-Politik der Bundesregierung / Kein Konto für Apartheid.

epd-Entwicklungspolitik Nr. 6/84

Postfach 174192, 6000 Frankfurt 17

Bericht/Analyse: K. Friedrich Schade: Visualisierung gesellschaftlicher Istbestände - Otto Neuraths Bedeutung für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit / Wolf-Dieter Just: Armut in der Europäischen Gemeinschaft - Die Kirchen und die Süderweiterung der EG / Karl-Heinz Ruprecht: Eine alte Baukultur neu entdeckt - Die Sanierung der Altstadt von Algier

Dokumentation: Ethik und Verteilung (Werner Simpfendorfer) / Die Befreiung der Christen (Cedric Mayson) / Menschenrechtsverletzungen in Südostasien / Zur Analyse von Rüstung und Entwicklung (Dieter Senghaas)

Nr. 7/84

Bericht/Analyse: Franz Nuscheler: Reagonomics und Entwicklungspolitik / ders.: Hinterhofpolitik / Götz Hünemörder: Direktkontakte zur "Dritten Welt" / Interview: Ernst Käsemann: 50 Jahre nach Barmen ... / Dokumentation: Kirchenamt der EKD: Auf dem Weg zu einer neuen Entwicklungspolitik der EG.

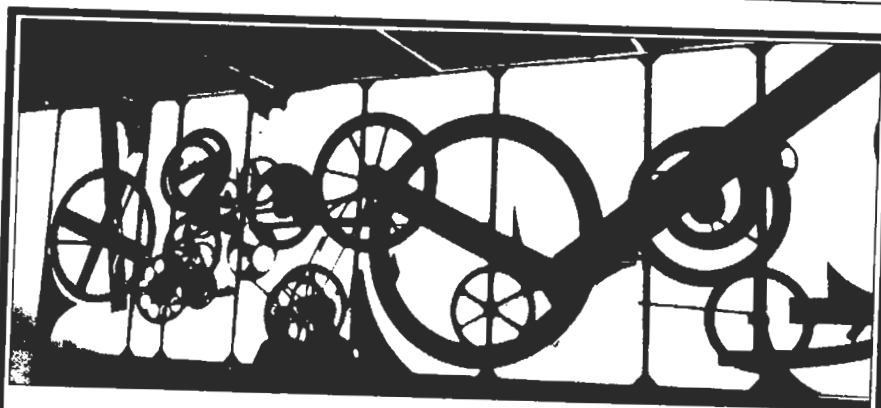
NEUERSCHEINUNG

GRENADA NACHRICHTEN NR. 7/8

I N H A L T: Zusammenfassung der wichtigsten Redebeiträge von KENRICK RADIX, Minister der Regierung Bishop, auf der 2. bundesweiten Grenada - Solidaritätskonferenz in Hamburg/ Maurice Bishop and the 19. of Oct. Martyrs Foundation gegründet/ Bericht über eine Konferenz der NJM Support Group in London/ "Die zweite Zerstörung der Revolution"- Bericht einer britischen Untersuchungskommission/ "Meinungsumfragen" auf Grenada zur Frage der Wahlen/ Die Militarisierung des Karibischen Beckens/ Ausführliche Dokumentation der internationalen Presse über die politisch-wirtschaftliche Entwicklung auf Grenada nach der US - Invasion.

Das Heft hat einen Umfang von 56 Seiten im DIN A 4 Format und kostet 6 DM exklusive Porto.

Bezug über: KARIBIK INFORMATIONSZENTRUM HAMBURG, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50 Tel. 040/ 390 37 45



Die Unterscheidung zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Lohnarbeit bedeutet also, daß zwar weiterhin ein geringer Teil der zu verrichtenden Arbeiten in Form von Lohnarbeit gemacht werden muß, diese aber nicht mehr den größeren Teil des Lebens eines Menschen beanspruchen wird.

(Andre Gorz in der links
Mai 1984)

Und dann sieht man über ihre Köpfe hinweg, in der Luft flatternd, einen roten Faden herabsteigen. Die Erde erzittert; das Projektil dringt vier Fuß tief in den Boden; stöhnend fallen die Soldaten der ersten beiden Reihen übereinander; die Schreie eines Sterbens zerreißen die Luft.

(Jose Marti
"über den 1. Mai 1886" in der links, Mai 1984)

links lesen

● Monatlich 36 Seiten, Einzelheft DM 3,50, Jahresabo DM 38,- incl. Versandkosten. Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, probeexemplar kostenlos.

EL PARCIAL

SECTAS PROTESTANTES EN CENTRO-AMERICA: LA SANTA CONTRAINSURGENCIA

EL PARCIAL - Heft 12 (April 1984)

Das Heft umfaßt 134 Seiten, davon 119 Presedokumentation. Die Texte sind überwiegend auf spanisch, wobei vor allem mexikanische, honduranische und guatemalteki-sche Publikationen berücksichtigt wurden; daneben wurden auch Quellen in englischer und deutscher Sprache aufgenommen.

Inhaltliche Gliederung: Das Vordringen der protestantischen Sekten nach Mittelamerika/Honduras: eine vorsichtige Hierarchie der katholischen Kirche und ihr Auskommen mit den protestantischen Sekten/Die "Moonies" in Honduras: der unaufhaltsame Weg zur Macht im Hintergrund/World Vision: vermeintliche Wohltätigkeit im Dienste der Armeen von Honduras und El Salvador/ Protestantische Sekten im revolutionären Nicaragua: Juniorpartner der reaktionären Fraktion der katholischen Kirche/Das Modell einer Counterinsurgency-Sekte in der Regierung: die "Iglesia Verbo" in Guatemala.

Das Heft kostet 10,00 DM + Porto und ist zu beziehen über Doris Hermes, Kielort-allee 4, 2 Hamburg 13.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

ABRIL DE 1984 12

blätter des iz3w
Informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Sowjetunion und Dritte Welt II. Teil

Nr. 116 · März 1984

Nachrichten und Berichte zu:
Westpapua, EG-Nahrungsmittelhilfe
Sowjetunion und Dritte Welt II. Teil:
Nationalitäten i. d. SU: Koloniales Erbe
oder Emanzipation? Sowjetische
Intervention in Afghanistan,
Rüstungspolitik, **Repression in der
BRD: §§ 129/129a Nestlé-Boykott,
UN-Menschenrechtskommission,
BRD-Entwicklungspolitik,
Libanon-Hilfesauftrag,
BUKO-Kampagnen...**

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg



SOLIDARISCHE WELT Nr. 104,
Nov. 83. Schwerpunkt: **Lateinamerika.**
America India — ein Kontinent stellt
sich vor. ASW-Projektförderung. Länd-
liche Entwicklung/Rechtshilfe (Boli-
vien), Landwirtschaft (Nicaragua). Lite-
raturhinweise. — Projekt-info zu Nica-
ragua, Bolivien und Brasilien.

Spendenerwartung: DM 2,50 Bezug:

Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e.V.
Friedrichstraße 236
D 1 Berlin 61
Tel. 030/251 02 65

Manfred Heckhorn El Salvador Die Enkel des Jaguar

Einblicke in ein kleines Land
Rotbuch 255 · 168 Seiten · DM 14 (Abo 13)

Manfred Heckhorn hat Erzählungen und
Gedichte, Dokumente und Analysen montiert, um
Einblicke zu geben in Tradition und Leben dieses
kleinen Volkes. Vulkane, Vertreibungen und
Macheten kennzeichnen die Geschichte, das
„kollektive Gedächtnis“ z.B. Erinnerungen an
indianische Gewohnheiten und den nieder-
geschlagenen Aufstand von 1932 — lebt im Alltag
fort. Welche Perspektiven hat die Befreiungs-
bewegung?

Götz Aly/Karl Heinz Roth Die restlose Erfassung

Volkszählungen, Identifizieren, Aussondern
im Nationalsozialismus
Rotbuch 282 · 160 Seiten · DM 14 (Abo 13)

Bei der Volkszählung 1939 sind alle deutschen
Juden einzeln vom Statistischen Reichsamt für
eine Zentralkarte erfaßt worden. Am 18.10.1983
erklärte Innenminister Zimmermann vor dem
Bundesverfassungsgericht: „Bei den 19 Volks-
zählungen, die es seit 1871 gegeben hat, gab es
keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistik-
geheimnisses.“

Herta Müller Niederungen

Prosa
Rotbuch 285 · 144 Seiten · DM 13

„Jeder hat bei seiner Einwanderung einen Frosch
mitgebracht. Seitdem es die gibt, loben sie sich,
daß sie Deutsche sind, und reden über ihre
Frosche nie, und glauben, daß es das, wovon zu
reden man sich weigert, auch nicht gibt. Dann
kam der Schlaf. Ich hei in ein großes Tintenfaß
So dunkel mußte es im Schwarzwald sein
Draußen quakten ihre deutschen Frosche.“

**Neu im
Rotbuch Verlag**

Potsdamer Str. 98 1000 Berlin 30